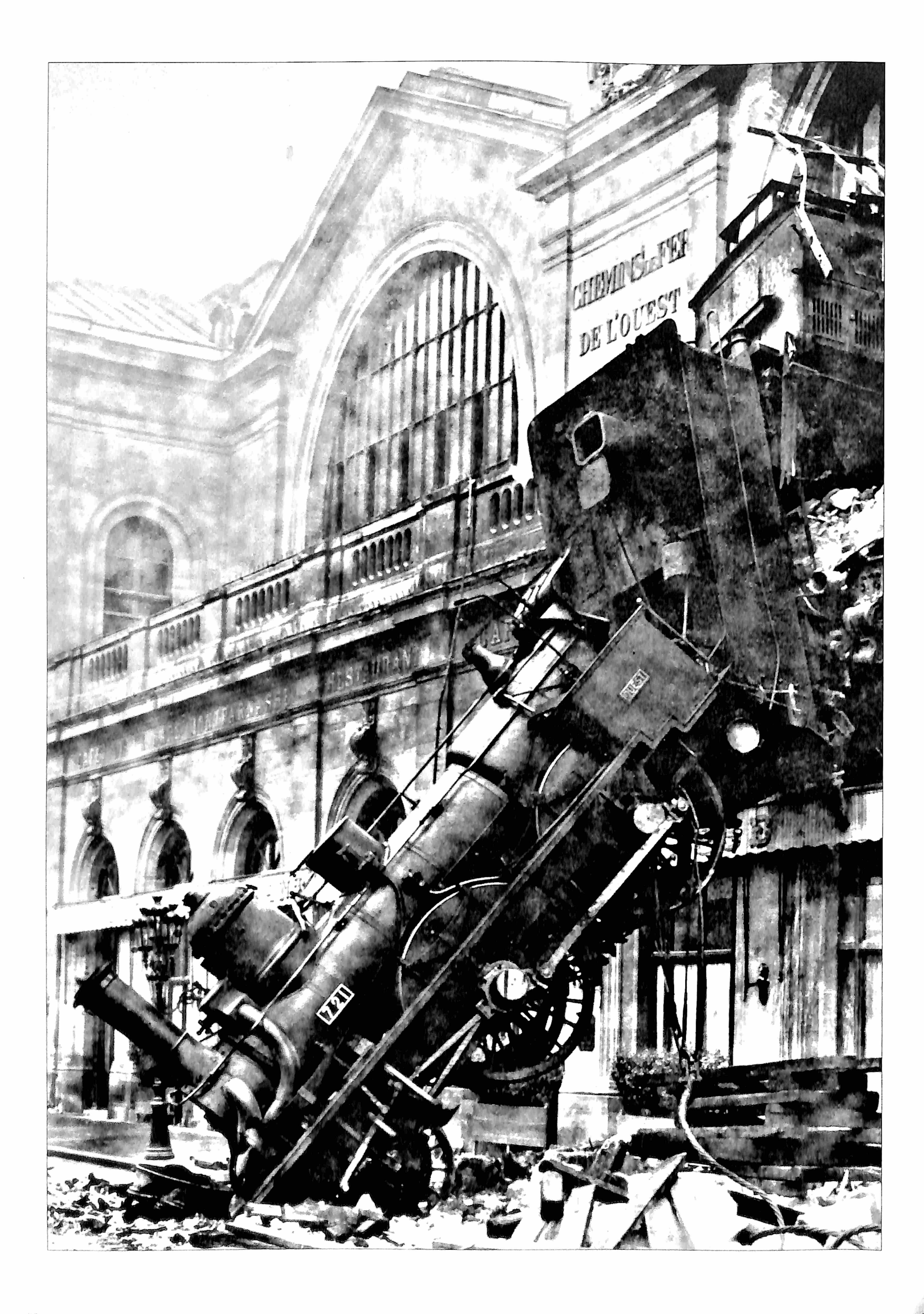
EUR 5,00

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 60/2012 ISSN: 2192-6719

RASSISMUS IN DER KRISE


DE L'OUEST
7211

INHALT

ABBILDUNGEN IM HEFT

EDITORIAL

Das Ende ist nah!

Am 21.12.2012 endet die Welt, wie wir sie kennen. Steht in der »BILD«. Da geht die Erde in die dunkle Spalte (die Achse der Milchstraße) und der Biene Maya Kalender endet. Biene Maya Kalender? Das klingt eher nach Kassandra. Andererseits ist es übertrieben, den Maya Katastrophismus vorzuwerfen. Immerhin haben sie mit dem Kalender ein Produkt entwickelt, das knapp 1000 Jahre länger lief als die Hochkultur der Maya. Vermutlich sind sie daran untergegangen. Wegen der Langlebigkeit ihrer Produkte.

Aber der Trend geht eh vom ausdauernden »Biene-Maya-Kalender« zum kurzatmigen »Willi-Kalender«, bzw. ganz allgemein zu Willi-Produkten. Das verdanken wir den globalen Glühwürmchen- äh Glühbirnenherstellern. Die gründeten 1924 das Phoebuskartell mit dem Ziel, die Lebensdauer von Glühbirnen von einigen tausend auf genau 1000 Stunden zu begrenzen. Und sie waren so erfolgreich, dass das Prinzip »geplante Obsoleszenz«, also der geplante Verfall und Neukauf von Produkten zum Standard wurde. Mittlerweile gibt es Modeläden wie Hasi und Mausi, die mit Einmalklamotten erfolgreich sind. Und so zeigt sich mal wieder, dass sich Geschichte in Widersprüchen bewegt. Die Langlebigkeit von kapitalistischen Unternehmen hängt ab von der Kurzlebigkeit ihrer Produkte.

Und wie verhält es sich mit dem Kapitalismus insgesamt? Mittlerweile gab es sogar in Davos kapitalismuskritische Stimmen. Na ja, zumindest nachdenkliche Stimmen. Wobei das Krisengequatsche totaler Mist ist. Es gibt keine Fehler in der Regulation des Kapitalismus. Kapitalismus entwickelt sich durch und in Krisen. Dafür muss man gar nicht Marx zitieren. Auch bürgerliche Soziologen wie Schumpeter haben diese Erkenntnis gehabt. Krisenzeiten sind Herrschaftszeiten. Keine Endzeiten. Das zeigt sich besonders schön an der »Griechenland-Rettung«. Da tut das Euro-Doppel Merkozy so, als würden sie den »sparunwilligen Griechen« Geld schenken und dürften ihnen deshalb einen EU-Sparkommissar zu Seite stellen. Da wundert es nicht, dass griechische Medien den vorgeschlagenen EU-Kommissar liebevoll mit dem Spitznamen »Gauleiter Südost« betitelt haben. Und so kommt die griechische Demokratie nach über 2000 Jahren zu ihren Wurzeln zurück. Damals durften nur die Besitzenden Politik gestalten. Und so ist es auch heute. Denn die »Rettung« der Griechen ist vor allem eine Rettung der deutschen und französischen Banken, Rüstungsunternehmen und privaten Gläubiger. Und die versuchen gerade, ein »Menschenrecht auf Rendite« durchzupauken. Währenddessen sind 70 Prozent der Arbeitslosen in Deutschland von Armut bedroht. Bemerkenswert: Im EU-Durchschnitt sind es »nur« 45 Prozent. Aber die Schuldenbremse der Euro-Staaten wird schon zu einer Anpassung an deutsche Verhältnisse führen.

Glücklicher Weise haben die Nazis das Prinzip der geplanten Obsoleszenz beherzigt: 1000 Jahre versprechen und nach 16 Jahren den Laden an die Wand fahren. Wobei es leider noch versprengte Überreste gibt. So berichtete das Nachrichtenmagazin »Titanic« kürzlich, dass eine Studie bei 20 Prozent der Deutschen »latent antisemitische Einstellungen« festgestellt habe. Die anderen 80 Prozent würden später untersucht. Zum Beispiel Erika Steinbach, die seit gefühlten 1000 Jahren Vertriebenenvorsitzende ist. Die überraschte mit einer Twitter-Nachricht, in der sie darauf hinwies, dass die NSDAP links gewesen sei: National SOZIALISTISCHE deutsche ARBEITER-PARTEI. Herrschaftszeiten! Davon sollte sie mal ihren Kollegen Alexander Dobrindt (CSU) und den Verfassungsschutz informieren. Vielleicht, dass die dann nach zehn Morden endlich auf die Idee kommen, den NSU-Terror ernst zu nehmen. Stattdessen diskutieren die konservativen »Sicherheitsexperten« ein Verbot der NPD. Aber die NPD zu verbieten bringt es nicht, solange der Verfassungs-»schutz« erlaubt bleibt, der den NSU gedeckt hat. Die Diskussion über Parteiverbote soll vermutlich eher von irgendwas ablenken. Vielleicht von der zunehmenden Armut in Deutschland? Von den hohe Unternehmensgewinnen? Von der Korruption, die dazu führt, dass die Besitzenden sehr viel mehr mitregieren?

Aber vielleicht ist das auch egal.
Denn am 21.12.2012 endet die Welt.
Eure ZAG

PS: Endspurt! Das Ende ist nah und die ZAG sucht für die nächste und dann wohl auch letzte Nummer neue Mitarbeiter_innen, die live vom Ende der Welt berichten. Gerne in Berlin, aber auch die Unterstützung mittels moderner Elektrokommunikation ist möglich.






BREAK THE SILENCE
MORD ANKLAG-
EN!

»Oury Jalloh – Das war Mord«

Repression und Widerstand gegen die rassistische Wirklichkeit in Dessau

□ CHRISTIAN JAKOB

Nazi-Demos, von der Polizei zusammen geschlagene afrikanische Aktivisten, ein Messerangriff auf einen rechten Fußballer, Molotowcocktails, eine Rathausbesetzung, ein Innenminister, der die eigene Polizei kritisiert und ein Bürgermeister der in seiner Stadt »einen Scherbenhaufen« sieht: Sieben Jahre nach dem Tod des Sierra Leoners Oury Jalloh ist die Lage in Dessau eskaliert.

Jalloh ist an Händen und Füßen gefesselt unter mysteriösen Umständen in einer Gewahrsamszelle des Dessauer Polizeireviers verbrannt. Drei Gerichte beschäftigten sich bislang mit dem Fall. Im Frühjahr dürfte der Revisionsprozess vor dem Landgericht Magdeburg zu Ende gehen. Noch immer ist völlig unklar, was am Vormittag des 7. Januar 2005 in der Polizeiwache geschehen ist. Die Aussagen der vor Gericht vernommenen Polizeibeamten steckten voller Ungereimtheiten, doch bereits im Februar zeichnete sich ab, dass auch im zweiten Anlauf die Verantwortlichkeit für Jallohs Tod nicht aufgeklärt werden dürfte.

Besonders schwerwiegend sind die im Prozess offenbar gewordenen Widersprüche zu einer Zellenkontrolle, eine halbe Stunde vor Jallohs qualvollem Feuertod. Die Polizisten Hans-Ulrich M. und Udo S. sollen noch um 11.30 Uhr die Zelle des Asylbewerbers durchsucht haben. Kollegen von ihnen hatten dies vor Gericht ausgesagt. M. und S. hatten Jalloh an jenem Morgen in der Dessauer Innenstadt festgenommen. Die Kontrolle streiten sie jedoch ab; sie wollen zu der Zeit gar nicht im Revier, sondern auf Streife gewesen sein. Im schriftlichen Dienstprotokoll ist die Kontrolle nicht dokumentiert. Das elektronische Journal aber, das alle Vorgänge auf dem Polizeirevier erfasst, wurde gelöscht. Es gelang dem Gericht nicht zu klären, wie dies geschehen ist.

Auch die Umstände, unter denen das Feuerzeug aufgefunden wurde, mit dem Jalloh sich selbst angezündet haben soll, lassen Prozessbeobachter ratlos zurück. Es wurde nicht bei der ersten Durchsuchung der ausgebrannten Zelle entdeckt, sondern erst nachträglich in die Asservatenliste eingetragen – angeblich hatten die Beamten der Tatortsicherung es bei einer zweiten Inspektion der ausgebrannten Zelle entdeckt. Eben diese Inspektion wurde – so ist es Vorschrift – auf Video dokumentiert. Doch dieses Videoband hat Lücken. Zuerst hatten die filmenden Beamten behauptet, dass ein Stromausfall für die Unterbrechungen der Aufnahme verantwortlich sei. Dies hat sich während des Prozesses als nicht haltbar erwiesen. »Das Band ist weg«, sagt der Anwalt Philipp Napp, der die Familie des Toten als Nebenkläger im Prozess vertritt. In der nicht dokumentierten Zeit »wurde das Anheben des Leichnams möglicherweise gefilmt«, so Napp. Dieser Moment ist bedeutsam, weil Jalloh das Feuerzeug trotz der Fesselung aus seiner Hosentasche geholt haben soll, um durch ein Loch in dem feuerfesten Bezug die Matratze, auf der er fixiert war, anzuzünden. Darauf basiert die These der Staatsanwaltschaft: Sie hat einen Polizisten angeklagt, weil er Jalloh bei der Ingewahrsamnahme schlampig durchsucht und das Feuerzeug übersehen haben soll. Schließlich erklärte der Brandgutachter – in beiden Prozessen war es derselbe -, dass er von der Justiz nur den Auftrag bekommen habe, den Brandverlauf so zu rekonstruieren, als habe Jalloh sich selbst angezündet. »Der Zustand der Leiche ist so aber nicht zu erklären, das hat der Gutachter selbst eingeräumt«, sagt Napp. Die Verteidiger haben kurz vor dem ursprünglichen letzten Prozesstermin im Januar zehn neue Beweisanträge gestellt. Nun wird sich das Verfahren noch einige Monate hinziehen.

Die afrikanischen Aktivisten aus Dessau und Berlin, die den Prozess seit Jahren beobachten, sehen sich durch den Verlauf des Prozesses in ihrer Meinung bestätigt: Sie glauben nicht an die Version der Staatsanwaltschaft, sondern daran, dass Jalloh ermordet wurde. Am 7. Januar, dem Todestag Jallohs demonstrierten sie deshalb – wie seit 2006 jedes Jahr – für »Aufklärung, Gerechtigkeit, Entschädigung« in Dessau. Schon im Vorfeld zeichnete sich die Konfrontation mit der Polizei ab: Beamte suchten Mouctar Bah, den Gründer der »Initiative Oury Jalloh« auf und warnten davor, den Slogan »Oury Jalloh – Das war Mord« auf der Kundgebung zu äußern. Genau das aber war das Ziel der Aktion.

Zunächst versuchte die Polizei am Tag der Demonstration, das Transparent mit dem Mord-Slogan gewaltsam zu entfernen, am Ende wurden die Aktivisten provoziert und geschlagen. Als Bah erkennungsdienstlich behandelt werden sollte, wurde er von mehreren Polizisten zu Boden gerissen und bewusstlose geschlagen. Er musste mehrere Tage im Krankenhaus verbringen. Zwei Tage später strafversetzte Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht (CDU) den Leiter des Rechtsdezernats einer Polizeidirektion wegen der Angelegenheit. Seinen 6.600 Polizisten schrieb er einen Brief: Zwar verstehe er die emotionale Lage der Beamten, doch »in Deutschland werde – aus guten Gründen – das Recht der Meinungsfreiheit sehr hoch bewertet«. Kurz darauf erklärte die Staatsanwaltschaft in Dessau, die Parole »Oury Jalloh, das war Mord« sei »nach geltender Rechtssprechung objektiv von der

Meinungsfreiheit gedeckt.« Die Behörde nahm gegen Polizeibeamte Ermittlungen wegen Körperverletzung im Amt auf. Das »Mittel der Deeskalation« sei bei dem Polizeieinsatz »nicht hinreichend berücksichtigt worden.«

Diese Mahnung drang nicht überall durch. Einige Tage später suchten vier Polizeibeamte in Berlin Mbolo Yufanyi, einen der Anführer der Dessauer Demo auf. Der afrikanische Aktivist der Flüchtlingsorganisation »The Voice« hatte wegen des Polizeiübergriffs auf die Demo Anzeige erstattet. Die Beamten hatten Auszüge seiner Ausländerakte dabei und wollten, dass Yufyani sie auf eine Wache begleitet. Der kam der Aufforderung nicht nach, hielt die Aktion aber für einen »klaren Einschüchterungsversuch.«

Wenige Tage später warfen Unbekannte einen Brandsatz gegen eine Tür des Dessauer Polizeireviers, in dem Jalloh starb. Auf eine Mauer in der Nähe sprühten sie den Schriftzug »Oury Jalloh, das war Mord«. Zudem legten sie sogenannte Krähenfüße aus, um Polizeiautos an der Fahrt zu hindern. »Die Beamten fühlten sich nun alle auch persönlich, in ihrer Freizeit, in ihrem privaten Umfeld bedroht,« sagte daraufhin Dirk Kost, Vize-Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft in Sachsen-Anhalt. Am selben Tag stach ein 30-jähriger Asylbewerber aus Senegal in Dessau einen Fußballspieler des Vereins ASG Vorwärts ein Messer in den Kopf. Der 29-jährige André Schubert konnte nur durch eine sofortige Notoperation gerettet werden. ASG Vorwärts solle, ebenso wie Schubert, in die rechte Szene verstrickt sein. Die Tat hatte offenbar nichts mit dem Jalloh-Fall zu tun, der Senegelase soll psychisch krank sein. In den nächsten Tagen gab es gleich zwei Demonstrationen mit bis zu 400 Teilnehmern, bei denen sich unter Sprechchören wie »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!« und »Hier marschiert der nationale Widerstand« Neonazis mit rechten Hooligans mischten. Im Dessauer Stadtpark hatten drei Neonazis im Juni 2000 den Mosambikaner Alberto Adriano totgeprügelt. Die Initiative Oury Jalloh, die eigentlich am darauffolgenden Samstag erneut in Dessau demonstrieren wollte, sagte ihre Aktion ab.

Der parteilose Dessauer Oberbürgermeister Klemens Koschig gab ein Interview zur Lage in Dessau. »Wir waren schockiert und völlig überrascht über den Polizeieinsatz. Zurückgeblieben ist ein Scherbenhaufen,« sagte er. Er »leugne nicht, dass es auch bei uns Menschen mit rechtem Gedankengut gibt«, darunter auch »einige wenige Fans des Fußballvereins ASG Vorwärts«. Gleichzeitig sprach er im Zusammenhang mit dem Jalloh-Fall von einer »Eskalation der Gewalt auf bisher nicht für möglich gehaltene Art und Weise.« »Links- oder Rechtsextreme – beispielsweise aus Berlin« würden die »Situation ausnutzen und die Stadt Dessau-Roßlau verstärkt als Schauplatz wählen.«

Kurze Zeit später wurde Koschigs Rathaus von Aktivisten besetzt. Sie versperrten Türen und hängten Transparente mit den Slogans »Gegen den Rassismus der Mitte« und »Für Aufklärung und Transparenz« auf. Sie forderten unter anderem die Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizisten sowie eine »Distanzierung der Stadt von den rassistischen Demonstrationen und ernsthafte Überlegungen, wie diese künftig zu verhindern sind«. Gleichzeitig bekam Koschig einen Brief von The Voice. »Wir haben uns ihre Stadt nicht einfach so oder rein zufällig als ›Demonstrations-Schauplatz‹ gewählt«, stand darin. In Dessau seien binnen fünf Jahren drei Menschen unter gewalttätigen Umständen gestorben, in zwei Fällen waren die Opfer Schwarze, zwei Todesfälle trugen sich im Polizeigewahrsam zu. »Doch die bürgerliche Empörung in Ihrer Stadt genau darüber hält sich in Grenzen.« ✖



Unschönes aus Schönefeld

Für den neuen Flughafen Schönefeld ist ein Asylgefängnis geplant. Die Politik will die Anwendung des unrechtmäßigen Flughafenasylverfahrens etablieren und auf europäischer Ebene durchsetzen.

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE BERLIN

»Hastig, unfair, mangelhaft«, so urteilte ProAsyl bereits 2009 in einem ausführlichen Bericht über das so genannte Flughafenasylverfahren. Dennoch wird das Verfahren weiterhin an fünf deutschen Flughäfen angewendet, so auch in Berlin Schönefeld. Auch auf dem neuen Großflughafen (BER) soll es ein Asylgefängnis geben. Während sich die Politik mit der Aussicht auf einen hochmodernen Flughafen und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schönefeld rühmt, wird über den Bau des Asylgefängnisses möglichst geschwiegen. Das ist nicht verwunderlich, denn die Tatsache, dass im Flughafenasylverfahren Menschenrechte mit Füßen getreten werden, passt nicht ins Bild vom neuen Konsumparadies und Tor zum Traumurlaub.

Als 1993 das Recht auf Asyl im Rahmen umfassender Gesetzesänderungen de facto abgeschafft wurde, fand auch das Flughafenasylverfahren Einzug in eine deutsche Asylpolitik, die seither ausschließlich von Abschreckung, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist. Das Flughafenasylverfahren weist eklatante Mängel auf. Um die Verfahrensstandards des deutschen Rechts untergraben zu können, schuf die Politik das Konstrukt des Flughafens als »exterritorialer« Raum, um die Abfertigung der Asylverfahren und Ausweisung binnen weniger Tage noch auf dem Flughafengelände durchführen zu können.

Asylsuchende, deren Flucht am Flughafen endet, werden dort vom Bundesgrenzschutz in Empfang genommen und zu einer Anhörung gebracht, in der sie ihre Asylgründe vortragen sollen. Innerhalb von zwei Tagen entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über den Antrag, woraufhin den Antragsstellenden nur drei Tage bleiben, um schriftlich und formgerecht Klage gegen die Entscheidung zu erheben. Bei negativer Entscheidung werden sie im Flughafengefängnis festgehalten bis eine Abschiebung möglich ist. Erst nach 30 Tagen ist für die weitere Inhaftierung ein richterlicher Beschluss einzuholen.

Menschen, die häufig traumatisierende Fluchterfahrungen gemacht haben, müssen innerhalb kürzester Zeit nach ihrer Flucht psychisch in der Lage sein, sich in einer derartigen Anhörungssituation am Flughafen vertreten zu können und ihre Fluchtgründe juristisch geltend zu machen. Ebenso wenig ist es in diesem überhasteten Verfahren möglich, dass das BAMF die Anträge mit der nötigen Sorgfalt prüft. Auf diese Weise werden am Flughafen ankommende Flüchtlinge gegenüber anderen Flüchtlingen schlechter gestellt. Insgesamt wird deutlich, dass es sich um ein völlig unrechtmäßiges Verfahren handelt. Die meisten Flüchtlinge, die an den Flughäfen ankommen, haben zunächst keine Möglichkeit Anwält_innen hinzuzuziehen und haben es somit besonders schwer, sich gegen die Widrigkeiten des Verfahrens zur Wehr zu setzen. Am Flughafen in Frankfurt haben NGOs und Sozialverbände die Aufgabe der Beratung und Kontaktherstellung zu Anwält_innen übernommen. Die entstehenden Kosten werden durch Spenden aus der Zivilgesellschaft finanziert. Es hat sich gezeigt, dass so betreute Flüchtlinge wesentlich bessere Chancen haben als Personen, die allein in die Anhörung gehen. Hier zeigt sich die Absurdität der Institution Flughafenasylverfahren: Erst durch den Einsatz der Zivilgesellschaft kann ein Minimum an Anhörungsfairness und Verfahrensgerechtigkeit erreicht werden. Vielmehr ist es jedoch die Pflicht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, die Rahmenbedingungen für ein faires Verfahren und den Zugang zum Grundrecht auf Asyl zu schaffen.

Trotz anhaltender Kritik am Flughafenasylverfahren wird an dem Bau des Flughafengefängnisses auf dem neuen Flughafengelände festgehalten. Eine verwunderliche Entwicklung, denn auf Grund des kostenintensiven Betriebs von Flughafenasylgefängnissen und des teuren Neubaus selbiger wird an anderen Großflughäfen in Deutschland auf das Verfahren verzichtet. Hinzu kommt, dass es bisher jährlich nur vereinzelte Fälle von Asylantragstellungen am alten Flughafen Schönefeld gab (1999-2008 insgesamt gerade mal 14 Fälle, seitdem ist das Verfahren de facto ausgesetzt), aber im Falle des neuen Flughafens laut offizieller Prognosen mit einer Zahl von 300 Antragsstellungen pro Jahr gerechnet wird. Diese Annahme entbehrt jeglicher Grundlage. Dadurch wird deutlich, dass der Bau eines Flughafenasylgefängnisses auf dem neuen Flughafengelände nicht der behaupteten Notwendigkeit entspringt, sondern dass die Regierung hier in erster Linie die politische Aussage in Beton gießt, dass sie am umstrittenen Flughafenasylverfahren festhalten werde.

Dieses politische Kalkül hat seinen Grund: Noch in diesem Jahr soll die europäische Asylpolitik weiter »harmonisiert« werden, es soll also auch ein einheitlicher Umgang mit an Flughäfen ankommenden Flüchtlingen erreicht werden. Die deutsche Regierung war immer schon eine Verfechterin von Abschreckungspolitik und restriktiver Asylgesetzgebung, spätestens mit der Kombination des Dublin II Abkommens und des Flughafenasylverfahrens entzieht es sich vollkommen seiner Verantwortung gegenüber Flüchtlingen. Nun sieht die Bundesrepublik ihre Gelegenheit, das ungerechte Verfahren in der EU zum Standard zu machen, und will mit dem Bau des Abschiebegefängnisses auf dem neuen Prestigeflughafen ihre Verhandlungsposition stärken.

Im Widerspruch dazu fordern wir einen Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik und dazu gehört ein Ende der mörderischen Machenschaften von Frontex ebenso wie die EU-weite Abschaffung des Flughafenasylverfahrens.

✖

WEITERE INFORMATIONEN

✖ *Veranstaltungshinweise, Presseberichte und aktuelle Informationen unter www.keinAsylknastBBI.info*

Es ist deutsch in Kaltland

Der etwas andere Artikel

ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE BERLIN – DOKUMEMENTATIONSSTELLE

Da sich an den Verhältnissen bisher nichts geändert hat, geben wir nachfolgend den – gekürzten – Redebeitrag der antirassistischen Initiative Berlin (ARI), gehalten auf der Demo am Abschiebegefängnis Köpenick vom 10.12.2011 wieder:

»Vor 28 Jahren starb Cemal Kemal Altun. Sein Antrag auf politisches Asyl war zunächst anerkannt worden. Auf Wunsch der türkischen Militärjunta hatte der damalige Bundesbeauftragte für Asyl-Angelegenheiten gegen diese Entscheidung geklagt. Das Resultat: 13 Monate Auslieferungshaft in einer Einzelzelle. Am 30. August 1983, dem zweiten Tag der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Berlin, rannte Cemal Kemal Altun zum Fenster und stürzte sich aus dem 6. Stock in die Tiefe. Er war 23 Jahre alt.

Die Empörung über den Umgang mit Cemal Kemal Altun war groß. Auf Demonstrationen forderten damals Tausende ein uneingeschränktes Asylrecht für politisch Verfolgte und einen menschenwürdigen Umgang mit Asylsuchenden. Im Juni 1996 wurde ein Denkmal vor dem Gebäude des damaligen Verwaltungsgerichts in der Hardenbergstraße errichtet. Es ist aus hartem Granitstein und zeigt einen kopfüber herunterstürzenden Menschen mit ausgestreckten Armen. Es erinnert neben Cemal Kemal Altun auch an 25 Menschen, die sich ab Juni 1993, dem Datum der Grundgesetzänderung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts, aus Angst vor der Abschiebung umgebracht hatten. Die laute und öffentliche Empörung über in den Tod getriebene Asylsuchende ist schon lange verstummt.

Was damals die Menschen auf die Straße trieb, wird heute – wenn überhaupt – höchstens noch zur Kenntnis genommen. Das psychische und physische Sterben von Flüchtlingen gehört schon lange zum Alltag der bundesdeutschen Wirklichkeit [...] Ein Netz von Gesetzen, eine Armee von SchreibtischtäterInnen und ein Heer von Landes- und Bundespolizei stehen dem einzelnen Flüchtling gegenüber. Ein fast perfektes System von Gesetzen und Verordnungen sorgt dafür [...], dass die Flüchtlinge keine Perspektive auf ein Bleiben und Leben in der BRD entwickeln können.

FLÜCHTLINGE ABWEHREN ODER MÖGLICHST SCHNELL WIEDER LOSWERDEN

Erklärtes Ziel der Herrschenden war es immer und ist es noch: Flüchtlinge abzuwehren und – sind sie schon mal im Lande, dann möglichst schnell wieder loszuwerden. Zigtausende von Flüchtlingen sind gefangen in diesem perfiden rassistischen System der [...] »Flüchtlingsabwehr«. Ein System, das auf allen Ebenen Menschen demütigt, wehrlos macht, mittellos macht, kriminalisiert – ein System, das den Menschen ihre Würde schon per Gesetz nehmen will. [...] Die Hemmschwelle von Staatsangestellten auf allen Ebenen gegenüber Flüchtlingen ist sehr niedrig. Staatsangestellte – also Beamt_innen – die Abschiebungen durchsetzen sollen, werden schon mal direkt handgreiflich. Da wird geschlagen, gefesselt, geknebelt, gewürgt oder schlichtweg schikaniert. Es ist üblich, Flüchtlingsfamilien in den sehr frühen Morgenstunden mit einem größeren Aufgebot an Polizei überfallmäßig zur Abschiebung abzuholen. Da werden Kinder von den Eltern getrennt; da werden schwerkranke Menschen direkt aus dem Krankenhaus weggeschleppt. Staatsangestellte, also Angehörige der Ausländerbehörden erhöhen schon mal den Ausreisedruck, indem sie kurzfristige Abschiebeankündigungen an akut suizidgefährdete Menschen verschicken.

DIE HEMMSCHWELLE GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN IST NIEDRIG

- Es waren Staatsbüttel, die die Abschiebung des schwerstkranken 63 Jahre alten Amruś Aljiti veranlassten und umsetzten. Herr Aljiti war seit Jahren ein Pflegefall und wurde im Rollstuhl und ohne seine lebenswichtigen Medikamente nach Bosnien abgeschoben.



Vier Wochen später starb er an seiner nicht mehr behandelten Zuckerkrankheit.

- Es waren BGS-Beamte, die den 30 Jahre alten Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb bei der Abschiebung knebelten, fesselten und ihn in der Lufthansa-Maschine mit massiver Gewalt erstickten.
- Es war ein Mitarbeiter des Sozialamtes in Remscheid, der Mohammad Selah einen Krankenschein mit der Bemerkung verweigerte, dass er sowieso bald abgeschoben würde. Und es war der Hausmeister in seinem Flüchtlingsheim, der sich weigerte, einen Krankenwagen zu rufen, indem er sagte "Wenn Du die Treppe runtergehen kannst, dann kannst du auch ins Krankenhaus gehen". Und der sich vor Schmerzen krümmende Mohammad Selah machte sich tatsächlich auf den Weg. Ein Freund begleitete ihn. Als er zusammenbrach, trug sein Freund ihn auf den Schultern weiter bis ins Krankenhaus. Drei Tage später war Mohammad Selah tot.
- Es war ein Gerichtsmediziner, der mit Hilfe zweier Polizeibeamter in einem Spezialraum des Bremer Polizeipräsidiums den abgelehnten Asylbewerber Laye-Alama Condé bei einer Brechmittelverabreichung durch massive Gewalt regelrecht ertränkte.
- Es waren sechs Polizei-Beamte in Düsseldorf, die den 19-jährigen John Amadi, Flüchtling aus Nigeria, durch die Straßen jagten und tot prügelten.
- Es waren Justizbeamte und Sanitäter der JVA Nürnberg, die den 23 Jahre alten David Sargarian nach einem Suizidversuch über eine Stunde lang verbluten ließen.
- Es war ein 14-köpfiges Sondereinsatzkommando der niedersächsischen Polizei, die den abgelehnten Asylbewerber Dr. Nikolov Dimitrov bei dem Versuch, ihn in Abschiebehaft zu nehmen, zusammenschossen. Herr Dimitrov erwachte aus dem Koma nicht mehr und starb zehn Tage später.
- Es waren BeamtInnen in der JVA Dresden, die eine vietnamesische Abschiebegefangene über mehrere Stunden fast nackt mit Schaukelfesselung quälten, weil sie verbotenerweise gesungen hatte.
- Und es waren Angestellte des Abschiebeknastes Eisenhüttenstadt, die über Monate immer wieder Gefangene in der Zelle Nr. 2007 in einem besonderen Gurtsystem wie Tiere angebunden hatten, um sie zu bestrafen oder "ruhig" zu stellen. Zu erwähnen ist noch, dass diese Folterungen geschahen, nachdem das Europäische Anti-Folter-Komitee schon im Dezember 2000 in einem anderen Raum des Abschiebeknastes vier in den Fußboden eingelassene Eisenringe entdeckt und skandalisiert hatte. Ringe, an die auf dem Bauch liegende Gefangene mit ausgestreckten Armen und Beinen angebunden werden konnten.
- Und es war der Dienstgruppenleiter einer Bullenwache in Dessau, der Hilferufe ignorierte, der den Feueralarm zweimal ausstellte, und bei dem dritten Alarm viel zu spät und viel zu langsam reagierte, so dass der an seine Pritsche gefesselte Flüchtling Oury Jalloh in der Zelle 5 elend verbrannte.

Wie gesagt: Die Hemmschwelle gegenüber Flüchtlingen ist niedrig, und die Erfahrung zeigt zudem, dass die Täter und Täterinnen keine ernsthaften strafrechtlichen Konsequenzen zu befürchten haben.

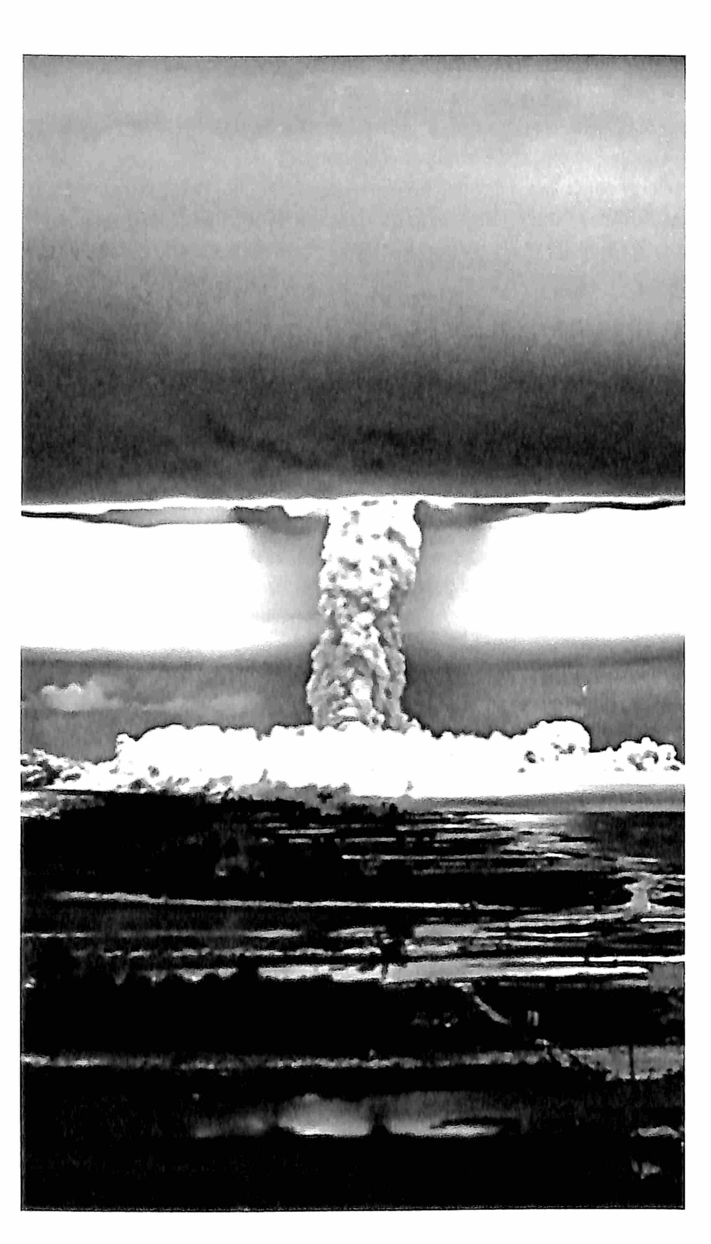
ALLES EINZELFÄLLE?

Ich will noch ein paar Zahlen nennen – sie umfassen den Zeitraum 1993 bis Ende 2010. In diesem Zeitraum starben 5 Flüchtlinge während der Abschiebung und 407 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt, 13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen, 8 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung, 444 Flüchtlinge wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 139 Flüchtlinge in Haft. 160 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 62 Menschen in Abschiebehaft, 922 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 541 Menschen in Abschiebehaft. Diese Zahlen sind die Ergebnisse unserer Dokumentationsarbeit der letzten 18 Jahre. Über 5000 Einzelgeschehnisse, die wir recherchiert haben, sind Beispiele für das breite Spektrum dieses ausgeklügelten und perversen Systems des gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus in diesem Lande. […]«



Krisenzeiten sind Herrschaftszeiten

ZAG



In Zeiten »der Krise« geben sich Kanzlerin und Finanzminister in Deutschland gern Sorge tragend gelassen. Ein Grund dafür ist vielleicht die Tatsache, dass sich ökonomisch schwächelnde EU-Mitgliedsländer politisch eleganter nach Vorstellungen »deutscher Interessen« einigen lassen, denn abweichende Interessen sind günstig eingeschränkt. Vielleicht steht deshalb eine Aufstockung des Euro-Rettungsfond ESM dieser Tage nicht im vornehmlichen Fokus. Es geht um »Rettung«. Diese soll in »der Krise« »Stabilisierung« bringen. Im Zentrum der Diskussion steht die auch in Krisenzeiten kontinuierliche Stärkung des »Wirtschaftsstandorts«. Von dessen Boden aus dieser Tage, wie es in der »WELT« zu lesen war, der »Export [...] durch die Decke [geht]«. Gemeint war die Rekordbilanz des deutschen Außenhandels, der die Eine-Billion-Marke erreichte.

»Die Krise« kennt eben auch »Gewinner«. »Gewinner«, die gelassen sein können. »Gewinner«, die mit jedem »Gewinn« »Verantwortung« bekunden. »Verantwortung« im Zeichen »eigener« und gern auch offen als »deutsch« benannter Interessen.

So in etwa präsentiert sich gegenwärtig das, was im Jahr 1998 vom Vorgänger der Kanzlerin, Gerhard Schröder, erklärt wurde, »Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation, die sich niemandem über-, aber auch niemandem unterlegen fühlen muss«. Geschichte als Selbstfindungsprozess. In die langen Kindertage dieser Nation ist ihr Chauvinismus gelegt. Eingängig verklärt, wird in dieser Trennung Nationalismus immer offener als »gesund« de-thematisiert. Das Reden über »die Krise« zeugt davon. Einem willkürlich herausgenommenen taz-Interview lässt sich entnehmen: »Wenn eine Lösung für Europa gut ist, ist sie gut für Deutschland, das wird nun immer deutlicher. Und wenn etwas für Europa schlecht ist, kann es nicht gut für Deutschland sein.« (Wolfgang Schäuble im Interview der sonntaz vom 21.01.2012) »Europa, einig Vaterland«, so ließe sich das Credo deutscher »Europabefürworter« auf den Begriff bringen. Ein solch »gesunder« Nationalismus hilft innerhalb eines »geeinten Europas« Gewinne und Verluste, die die Märkte so abwerfen, national zu sortieren, sprich: äußerst ungleich zu verteilen.

»Die Griechen«, »die Italiener«, »die Spanier« werden für »ihre Krise« in hohem Maße selbst verantwortlich gemacht. Im Zweifel in ihrer Eigenart »faul«..., nein: »Griechen«, »Italiener« oder »Spanier« zu sein – »wir« »kennen« »sie«. Es ist von daher auf den Gesundheitszustand

Gesamteuropas zu achten. In dieser Sorge lassen sich nationale Interessen, selbstbewusst als »Hilfe« dosiert, durchsetzen. Wie von selbst verläuft die Einschließung der Wenigen und Ausschließung der Vielen. Dies eint nach innen und nach außen. Es läuft parallel damit, die Kosten der »Gewinner« legitim auf Seiten der »Verlierer« zu verbuchen. Dies lässt »Gewinner »und »Verlierer« spiegelbildlich als Ergebnis eigener Leistungsfähigkeit erscheinen.

Rassismus wirkt dabei als eine Art naturidentisches Schmiermittel, dessen ideologische Zusammensetzung seine sozialpolitische Viskosität bestimmt. Die Qualität bestimmt sich darin, welch gesellschaftlich gegenläufige Bewegungen es kühlend zusammenhält. In »Krisenzeiten« beispielsweise darin, dass in verbreiteter Öffentlichkeit nicht mehr Rassist sein muss, wer rassistisch denkt. Geschmeidiger lassen sich gesellschaftliche Widersprüche kaum vertiefen.

Sein eigentlich ganz hübscher Namen ist zwar kaum mehr zu hören – doch brachte der derzeit bekannteste Träger dieses Namens deutlich vor Augen, was sich nach alter rassistischer Grammatik unter Applaus noch so alles durch deklinieren lässt – Thilo Sarrazin. Er kenne keine sozialen Unterschiede mehr, er kenne nur noch des Deutschen Gen – so lassen sich seine als Thesen verklärten Rassismen auf den Punkt bringen. Sein Aussprechen »eigentlicher Wahrheiten« wurde vielfach begrüßt. In Stärke und Wucht, die sich eine Volkspartei nur wünschen kann.

Die Kontroverse zeigte im Gegensatz zu allem Aufschrei »in der Sache« viel Zustimmung – und sie zeigte viel auf. Zum einen, wie vielen Menschen quer durch alle sozialen und politischen Schichtungen hindurch eine biologistische Verankerung sozialpolitischer Problemlagen plausibel erscheint. Zum anderen, wie wenigen Menschen die sozialpolitischen und ökonomischen Verhältnisse in ihrer Verschränkung selbst als mögliche Ursache einleuchten. Letztlich, in welch geringem Maß vielen Menschen soziale Verhältnisse politisch und damit veränderbar erscheinen.

Allen Verurteilungen und Kritiken Sarrazins zum Trotz wurden seine Behauptungen als Fingerzeig verstanden. Gefolgt wurde diesem medial vor allem nach Kreuzberg und Neukölln. Die vorgestellten Zahlen sprechen für sich – natürlich selten ohne Hinweis auf die hohe Zahl an »Arbeitslosen« und »Migranten« – Zahlen sprechen für sich. Dieser Fokus reproduziert darin den vorbehaltlosen, sprich: unreflektierten, rassistischen Blick auf gern so genannte »soziale Brennpunkte«. »Wie umgehen mit...?« war die Leitfrage. Eingesetzt wurde und wird wahlweise und erweiterbar: »...den Migranten?«, »...den Roma?«, »...den Parallelgesellschaften?«, »...den Arbeitslosen?«. »Reflektiert« wurde, ganz wie es Sarrazin aufgeworfen hat und in dessem Lichte es andere rassistische Adepten gern beleuchtet sehen, auf den Umgang mit »etwas« »in« der Gesellschaft. Etwas, das äußerlich »erscheint« – beispielhaft an »Brennpunkten« zu sehen. Weit entfernt war diese Perspektive davon, vielfache Ausgrenzungen antirassistisch zu lesen, sie als Rassismen kenntlich zu machen. Beispielsweise wie Menschen nicht zur deutschen Staatsangehörigkeit kommen. Wie Menschen sozialpolitisch zu Problemen zusammengefasst werden. Mehrheitsfähig biologisiert wurde der sozial Schwache als etwas der Gesellschaft genotypisch Äußeres, mit dem gesondert umzugehen sei. Vorzugsweise war und ist dies »der Migrant« – »dem« diese Eigenschaft gern genetisch zugeschrieben wird. »Er« ist und bleibt was andere getan haben. Doch machte nicht nur Sarrazin deutlich, dass er für soziale Unterschichten im Allgemeinen nicht viel übrig hat und Sozialpolitik für Träumerei hält.

Die sozialen, politischen, ökonomischen Verlierer sind in einem solchen Denken vollends verloren und Menschen mit guter gesellschaftlicher Gewinnbeteiligung wie ein Thilo Sarrazin und seine AnhängerInnen halten sich für Mahner der eigentlichen Verlierer. Es ist ihre Wahrheit mit blutiger Geschichte, wenn diese zu ihrem erwachsenen Selbstbewusstsein kommt.

Die derzeitigen politischen »Gewinner« mit Regierungsmacht erscheinen dagegen unerschrocken. Sie lassen »die Krise« selbst sprechen. Passende Sprachrohre finden sich, ohne zu suchen. Politischer Knackpunkt für Regierende ist derzeit weniger »die Krise«, sondern wer sie wie managed. Solange an »der Krise« ausreichend »gemeinsam« mitgewerkelt werden kann, gibt es beste Chancen, diese auf der Habenseite zu verbuchen. Auf der Sollseite sind die Vielen zu finden, für die »die Krise« oder vielmehr »die Krisen« selbst das Problem sind. Ein erstarkender »gesunder Nationalismus«, der allen Ernstes ohne Rassismus daher kommen soll, sorgt bei dieser Krisenpolitik vor allem für die Selbststeuerung der sozialen Frage im Sinne »stabiler«, sprich »geschmeidiger«, sprich regierungsfähiger Verhältnisse, und beschränkt den Zugang der »Verlierer« zu einer »wehrhaften Demokratie«.

Fast wie im antiken Athen, nur größer.
Eure ZAG

Verunsicherung und rechtspopulistische Einstellungen in Österreich

Zur Instrumentalisierung »der Krise«

JULIA HOFMANN, WIEN

Sieht man sich die vergleichenden Daten zu sozialen und politischen Einstellungen im European Social Survey (ESS) an, so zeigt sich, dass Österreich (mit Frankreich, Deutschland und Großbritannien) zu den Ländern zählt, in denen am meisten rassistische Einstellungen zu finden sind (vgl. Aschauer 2010: 330). Auch die hohe Zustimmung zu der dominanten rechtspopulistischen Partei (der FPÖ) kann als Indikator hierfür dienen: Bei der letzten Gemeinderatswahl in der Bundeshauptstadt Wien im September 2010 konnte die FPÖ beispielsweise 10,8 Prozent an Stimmen dazugewinnen und rangiert nun nach der regierenden Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) mit 25,8% auf Rang 2 (SORA 2011). Bundesweit wird bereits davon gesprochen, dass Heinz-Christian Strache (Vorsitzender der FPÖ) seine Partei bei der kommenden Nationalratswahl zur stimmenstärksten Partei machen könnte (NR-Wahl.at 2011). Doch woher kommt dieser große Zuspruch zu rassistischen Einstellungen und Meinungen in Österreich? Und wie sehr wurden diese Einstellungen im Zuge der Krise weiter verbreitet?

RASSISMUS ALS KRISENPHÄNOMEN

Rassismus kann als ein Phänomen beschrieben werden, das strukturell in der Gesellschaft verankert ist und Machtverhältnisse reproduziert bzw. perpetuiert. Rassistische Einstellungen können nicht allein auf ökonomische Faktoren zurückgeführt werden, sie werden auch durch hegemoniale institutionelle Praktiken und Diskurse (Liegl 2010: 356) (re-)produziert. Dennoch lässt sich zeigen, dass in Krisensituationen rassistische Einstellungen zunehmen, da die Angst um den Arbeitsplatz, um die eigene Kaufkraft, um die Stabilität des Sozialsystems und um die generelle wirtschaftliche Entwicklung des Landes zunimmt (ebd.: 352).

Wenn man vom »Rassismus in der Krise« spricht, ist es allerdings wichtig die derzeitige Krise nicht als punktuelles Ereignis, sondern als einen langfristigen Prozess zu betrachten. Seit den Ölkrisen von 1973 und 1979 und der damit einhergehenden Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1980er Jahre lässt sich von einem Krisenzustand westlicher Gesellschaften sprechen. Die »monetaristische Gegenrevolution«, welche zur Entfesselung der Finanzmärkte durch die Schaffung finanzkapitalistischer Rahmenbedingungen (wie Deregulierung, Flexibilisierung und Privatisierung) führte (vgl. Schulmeister 2010: 1), brachte gleichzeitig die Erosion der arbeitsgesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Normalität mit sich. Der »kurze Traum immerwährender Prosperität« (Lutz 1984) verwandelte sich angesichts der zunehmenden Schwäche der verschuldeten Wohlfahrtstaaten bei gleichzeitigem Anstieg von Arbeitslosenraten und prekären Beschäftigungsverhältnissen in einen »Alptraum der Verunsicherung« (Bieling 2000: 10ff.). Zunehmende soziale Ungleichheiten und Unsicherheiten führten zu Abstiegsängsten und Orientierungslosigkeit in den westeuropäischen Bevölkerungen. Die Folgen dieser Zustände waren das Auseinanderbrechen von Gesellschaften durch (oft rassistisch geprägte) Ausschließungs- und Spaltungsprozesse und zunehmende Entsolidarisierungstendenzen (Bieling 2000: 23ff.). Statt (alte und neue) soziale Fragen als solche zu stellen, wurden und werden diese im öffentlichen und politischen Diskurs als ethnisiert dargestellt und behandelt. Auch die dominanten individualistischen Leistungsideologien ermöglichen die Durchsetzung von »Ideologien der Ungleichwertigkeit« (Heitmeyer) und führen letztendlich zu Abwertungen von Anderen und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2010: 13ff.).

KRISE IN ÖSTERREICH

Etwas verspätet, aber doch lässt sich diese Entwicklung auch für Österreich darstellen. Das österreichische Nachkriegsmodell geriet Mitte der 1980er Jahre zunehmend in einer Krise. Die Arbeitslosenraten stiegen und der Anstieg an notwendigen Sozialausgaben belasteten den österreichischen Staat immer mehr. In Folge dieser Krise kam es zu einer Umkehr in der österreichischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik: Der österreichische Markt wurde vermehrt für ausländische InvestorInnen geöffnet, staatliches Eigentum wurde privatisiert. Privatkapital und der Shareholder Value spielten in Unternehmen eine wachsende Rolle, Beschäftigungsabbau (insbesondere bei den öffentlichen Dienstleistungen) wurde in Gang gesetzt, die Gewerkschaften geschwächt, Arbeitsverhältnisse flexibilisiert und liberalisiert. Insbesondere die rechtskonservative FPÖVP-Regierung, die von 2000-2007 im Amt war, hat dazu beigetragen das alte sozialpartnerschaftlich organisierte österreichische Modell auszuhöhlen (Hermann/Flecker 2009: 25ff.). Im Zuge dessen und durch ihre Hinwendung zum sogenannten »Dritten Weg« - eine von Tony Blair und »New Labour« vorangetriebene Politik der sozialdemokratischen Erneuerung in Europa, bei der Abstand genommen wurde von Ideen einer Klassengesellschaft und dem zentralen sozialdemokratischen Ziel der Überwindung sozialer Ungleichheit (Hofmann/Reiter 2010) - verlor auch die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) zunehmend an Profil und WählerInnenstimmen.

Im Zuge eines europaweit durchgeführten Forschungsprojektes zu subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsformen der Umbrüche in der Arbeitswelt (SIREN) zeigt sich, dass die Neigung zu rechtspopulistischen und rassistischen Einstellungen in Österreich mehrere Quellen hat: Erstens Gefühle der Ungerechtigkeit, die sich auf Frustrationen legitimer Erwartungen hinsichtlich verschiedener Aspekte der Arbeit ergeben (z.B. in Hinblick auf den sozialen Status oder den Lebensstandard). Zweitens Abstiegsängste, Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle sowie drittens die Divergenz zwischen Leistungsideologien und tatsächlichen Möglichkeiten (relative Deprivation) (Flecker u.a. 2005: 20ff.). Da Deutungsangebote von links in Österreich in Hinblick auf diese Fragen eher Mangelware sind, wurden die österreichischen ArbeitnehmerInnen in den letzten Jahren stark

verunsichert von der Politik zurückgelassen. Nur eine einzige politische Kraft nahm sich dieser brennenden Fragen an: die FPÖ.

DIE FPÖ ALS »SOZIALE HEIMATPARTEI«

Dadurch, dass sie sich in den letzten Jahren verstärkt als jugendliche, moderne, gegen das Establishment gerichtete Rechtspartei inszenierte, konnte sie, obwohl zutiefst rechtspopulistisch und deutschnational geprägt, AnhängerInnen in der »breiten Mitte« der Gesellschaft gewinnen. Zentrales Mittel war und ist dabei ein autoritärer Populismus, der zwar ideologisch an den Erfahrungen und Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten anknüpft, aufgrund seiner undemokratischen Form und seines reaktionären, insbesondere rassistischen Inhalts jedoch zur Stabilisierung der bürgerlichen Herrschaft beiträgt (Wiegand/Schlitz 2010).
Inhaltlich hat die FPÖ schon seit Jahren den Begriff der Krise für sich gepachtet. Die Krise des Sozialstaates, die Krise des Beschäftigungssystems, die »Krise Österreichs« werden von ihr bearbeitet. Anknüpfend an konkreten Erfahrungen, Bedürfnissen und Ängsten breiter Bevölkerungsschichten, greift sie die Unzufriedenheit der Massen auf und beantwortet diese mit einer rassistischen und gegen die realen Interessen der populistisch Umworbenen gerichteten Politik (Wiegand/Fuchs 2008).

RASSISMUS IN DER KRISE

Während die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise viele europäische Länder (wie beispielsweise Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien) hart trifft, scheint sie Österreich zügig hinter sich gelassen zu haben: Die Zahl an Arbeitslosen ging 2011 deutlich zurück, die Arbeitsmarktlage verbessert sich kontinuierlich und im Vergleich zu den Auswirkungen der scharfen Sparprogrammen anderer Ländern scheint das 2009/2010 geschnürte Sparpaket die bestehenden sozialen Ungleichheiten in Österreich eher perpetuiert und kaum verschlimmert zu haben (vgl. u.a. Statistik Austria 2011; Arbeiterkammer 2011). Dennoch: Was von der Krise auch in Österreich bleibt, ist die Zunahme an Gefühlen der Verunsicherung, Angst und Ohnmacht. Die soziale Ungleichheit wird als groß wahrgenommen, die Lebenszufriedenheit und der Arbeitsklimaindex sinken kontinuierlich.
Wie auch in den letzten Jahren bietet die FPÖ einfache, rassistisch geprägte Antworten auf die komplexen Fragen und kann mit Polemiken gegen »Banker und Spekulanten« punkten. Sie inszenierte sich in den vergangenen Monaten als »einzig wahre« Interessenvertretung der österreichischen ArbeitnehmerInnen – für die »Sparer« und die »österreichischen Steuerzahler«, gegen die »Banken« und die »Schuldenstaaten«. Diese Propaganda scheint zu wirken: Bei den Wahlmotiven der erklärten FPÖ-WählerInnen zeigt sich, dass neben rechtspopulistischen Argumenten (»gegen Zuwanderung«) soziale Themen eine gleich wichtige Rolle gespielt haben und die FPÖ demnach wirklich als »soziale Heimatpartei« wahrgenommen wurde (SORA 2011). Strache und Konsorten greifen also die im Zuge der Krise verschärfte soziale Frage auf und beantworten sie von rechts mit einer Mixtur aus nationalen/rassistischen und sozialen Konzepten.

DIE SOZIALE FRAGE VON LINKS BEANTWORTEN

Solange die durch die derzeitige Krise verschärfte soziale Frage in Österreich weiterhin nur von rechts – also von der FPÖ – beantwortet wird, solange die im politischen Spektrum eher links stehenden Parteien die rechtspopulistische Partei weiter salonfähig machen und nicht ausgrenzen, solange die soziale Frage in Österreich nicht von links beantwortet wird, werden rechtspopulistische Einstellungen weiter zunehmen. Das kann bitter enden, denn die Krise ist noch lange nicht vorbei. ✖

LITERATUR

✖ *Arbeiterkammer Oberösterreich (2011): Arbeitsklimaindex. (online abrufbar unter: http://www.arbeiterkammer.com/gesundheit/arbeitsklima.htm)*

✖ *Aschauer, Wolfgang (2010): Welche gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen in Europa führen zu rassistischen Tendenzen? Zur Entwicklung und empirischen Prüfung eines soziologischen Erklärungsmodells. In: Oberlechner, Manfred/Hetfleisch, Gerhard (Hrsg.): Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise. Braumüller Verlag: Wien S.307-346.*

✖ *Bieling, Hans-Jürgen (2000): Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen. Westfälisches Dampfboot: Münster.*

✖ *Flecker, Jörg et al. (2005): Leistung, Ohnmacht, Unsicherheit. Wie Umbrüche in der Arbeitswelt zum Aufstieg des Rechtspopulismus beitrugen. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Nr.3/2005, S.3-27.*

✖ *Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände. Folge 9. Suhrkamp Verlag: Berlin.*

✖ *Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (2009): Das »Modell Österreich« im Wandel. In: Hermann, Christoph/Atzmüller, Roland (Hrsg.): Die Dynamiken des »österreichischen Modells«. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem. Edition sigma: Berlin, S.17-44.*

✖ *Hofmann, Julia/Reiter, Florian (2010): Wiens Salzamt: Neoliberalisierung und der Fonds Soziales Wien. In: Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis, Nr.11 (online abrufbar unter: http://www.perspektiven-online.at/2010/08/26/wiens-salzamt-neoliberalismus-und-der-fonds-soziales-wien/)*

✖ *Liegl, Barbara (2010): (Anti-) Rassismus in der Krise (?). In: Oberlechner, Manfred/Hetfleisch, Gerhard (Hrsg.): Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise. Braumüller Verlag: Wien, S.347-364.*

✖ *NR-Wahl.at (2011): Nationalratswahlen in Österreich. (online abrufbar unter: http://www.nationalratswahl.at/)*

✖ *Schulmeister, Stefan (2010): Die große Krise im Kontext des »langen Zyklus« der Nachkriegszeit. In: Oberlechner, Manfred/Hetfleisch, Gerhard (Hrsg.): Integration, Rassismen und Weltwirtschaftskrise. Braumüller Verlag: Wien, S.1-34.*

✖ *SORA (2011): Gemeinderatswahl Wien 2010. (online abrufbar unter: http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/grw-wien10.html)*

✖ *Statistik Austria (2011): Soziales. (online abrufbar unter: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/index.html)*

✖ *Wiegand, Felix/Schlitz, Nico (2010): Die FPÖ – Nutznießerin der Krise? In: Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis, Nr.12 (online abrufbar unter: http://www.perspektiven-online.at/2010/10/15/die-fpoe-nutzniesserin-der-krise/)*

✖ *Wiegand, Felix/Fuchs, Daniel (2009): FPÖ: Rechts extrem erfolgreich. In: Perspektiven. Magazin für linke Theorie und Praxis, Nr.8 (online abrufbar unter: http://www.perspektiven-online.at/2009/06/13/fpoe-rechts-extrem-erfolgreich/)*

Made in Europe

Wie die Krisenpolitik einer populistischen Rechten Rosen auf den Weg streut

ALBAN WERNER, ZAG

Bislang gibt es keine erfolgreiche rechtspopulistische Partei in Deutschland. Anders als in Frankreich (Front National), den Niederlanden (PVV), Schweden (Schwedendemokraten), Italien (Popolo della Liberta, Lega Nord, Alleanza Nationale), Österreich (FPÖ), Dänemark (Dansk Folkeparti), der Schweiz (SVP) – also namentlich in den meisten europäischen Nachbarländern.

Es gibt mehrere Gründe dafür, dass die Bundesrepublik hier eine bemerkenswerte Sonderrolle einnimmt. Einer davon ist sicherlich, dass – glücklicherweise – rechtspopulistische Parteigründungen immer von den übrigen Parteien politisch ausgegrenzt wurden, wenn sich in ihren Reihen Kader der extremen Rechten befanden. Die »Pro Deutschland«-Bewegung aus Köln wird deswegen über den Rang einer rechten Splittergruppe nicht hinauskommen, denn ihr Personal ist zu leicht enttarnbar als Gruppe, die früher offen mit Neonazis paktierte. Andere Kandidaten wie die Gründer der Partei »DIE FREIHEIT« hatten noch weniger Erfolg, trotz ausdrücklicher Bezugnahme auf den erfolgreichen niederländischen Populisten Geert Wilders und den Bestseller-Autor Thilo Sarrazin. Doch dieser Gruppe fehlte, genau wie dem Neo-Eugeniker Sarrazin, schlicht die notwendige »street credibility«. Die Möchtegern-Populisten aus dieser Ecke können sich kaum als glaubhafte »Volkes Stimme« gegen die restlichen Parteien aufspielen, da sie zu elitär daherkommen. Von den Unionsparteien oder der FDP wiederum wagte bislang niemand den Versuch, sich mit einer rechtspopulistischen Partei abzuspalten. Und mag es auch viele unzufriedene Rechtskonservative in Merkels und Seehofers Parteien geben, ihnen fehlte bislang eine bekannte, ausreichend charismatische Führungsfigur, die es ihnen erlaubte, einen größeren Kreis von Menschen für ein rechtspopulistisches Programm anzusprechen.

Schließlich plagt auch ein grundsätzliches Problem alle, die mit Parteigründungsplänen schwanger gehen. Denn die Bandbreite politischer Positionen, die eine rechtspopulistische Formation ansprechen und abdecken müsste, passt zumindest am Anfang in keine zehn Grundsatzprogramme. Sollte eine Partei diesen Typs sich als Feindbild eher auf Muslime konzentrieren (à la FPÖ, Geert Wilders) oder scharf gegen JüdInnen polemisieren (wie in Osteuropa), um den noch immer vorhandenen Antisemitismus anzusprechen? Sollte sie sich für ein erzkonservatives Familienbild aussprechen (wie es heimlich oder offen viele an der CDU/CSU-Basis noch vertreten), oder sollte sie Frauen ihren Lebensstil selbst überlassen, nachdem sie ihre Sarrazin'sche Gebärprämie abgeholt haben, und auch für die Rechte von Homosexuellen eintreten (à la Pim Fortuyn)? Soll sie als Schutzpatronin der »kleinen Leute« gegen die Rente erst ab 67 agitieren (wiederum Wilders) oder lieber einen Steuersenkungs-Populismus betreiben wie die »Tea Party« in den USA?

In Deutschland gelang die Gründung der Linkspartei trotz erheblicher Heterogenität in ihrer Mitgliedschaft, weil die Opposition gegen die Agenda 2010- und Hartz IV-Politik praktisch aller anderen Parteien ein ideales Feindbild ergab (hat Oskar Lafontaine eigentlich jemals ein Dankeschön an Gerhard Schröder gefaxt?). Im Kampf gegen die Enteignung der abhängig Beschäftigten, die Demütigung der Erwerbslosen bei gleichzeitigen Steuerreformen zugunsten von Einkommensmillionären und Großunternehmen fanden erfahrene PDS-Kader mit linken SozialdemokratInnen, TrotzkistInnen und anderen KommunistInnen aller Couleurs sowie den verschiedenen Bewegungslinken zusammen.

Für die Gründung einer populistischen Rechten in der Bundesrepublik brauchte es ebenso ein Thema, das ganz verschiedene Spielarten von Rechtskonservatismus, antimuslimischen und antisemitischen Ressentiments zusammenbringt mit den Leuten, die vor allem gegen »die da oben« endlich politisch aufräumen wollen. Dieses Thema gibt es nun möglicherweise dank der Eurokrise. In Frankreich war die Europäische Integration schon länger ein politisches Streitthema, nicht zuletzt die Wirtschafts- und Währungsunion. Über den Maastricht-Vertrag, der die EU und den Euro auf den Weg brachte, stimmten die FranzösInnen Anfang der 90er Jahre ab. Allerdings erhielt die wegweisende Vereinbarung nur knapp über 50 % Zustimmung – »un petit ›oui‹« (ein kleines »Ja«) titelte zutreffend die französische Presse. Offensichtlich traf die Politik, auf die der Vertrag die zwölf Gründungsländer verpflichten sollte, nur begrenzt auf Begeisterung in der Bevölkerung. Noch schlechter erging es dem sogenannten Vertrag über eine Verfassung für Europa, der 2005 mehrheitlich abgelehnt wurde. Denn die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion hatte eben nicht die versprochenen Wohlstandszuwäche gebracht. Stattdessen hatte sie eine Politik der Haushaltskonsolidierung (sprich: Kürzungen sozialer Rechte) befördert und übte Druck auf die Steuersysteme aus (sprich: für die Senkung von Steuern auf Unternehmensgewinne und leistungslose Kapitaleinkünfte).

HOHE SOZIALE STANDARDS? FEHLANZEIGE!

In Deutschland ließen es die Parteien mit Ausnahme der Linkspartei gar nicht erst so weit kommen. Zwar hatten aufgeklärte WissenschaftlerInnen davor gewarnt: In einer Wirtschafts- und Währungsunion, die sich auf freien Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften verpflichtet und in der Vertragsänderungen nur bei Zustimmung aller Mitglieder möglich sind, wird sich ein starker Drall in Richtung Liberalisierung aller Märkte, Privatisierung öffentlicher Güter und wachsendem Wettbewerbsdruck auf

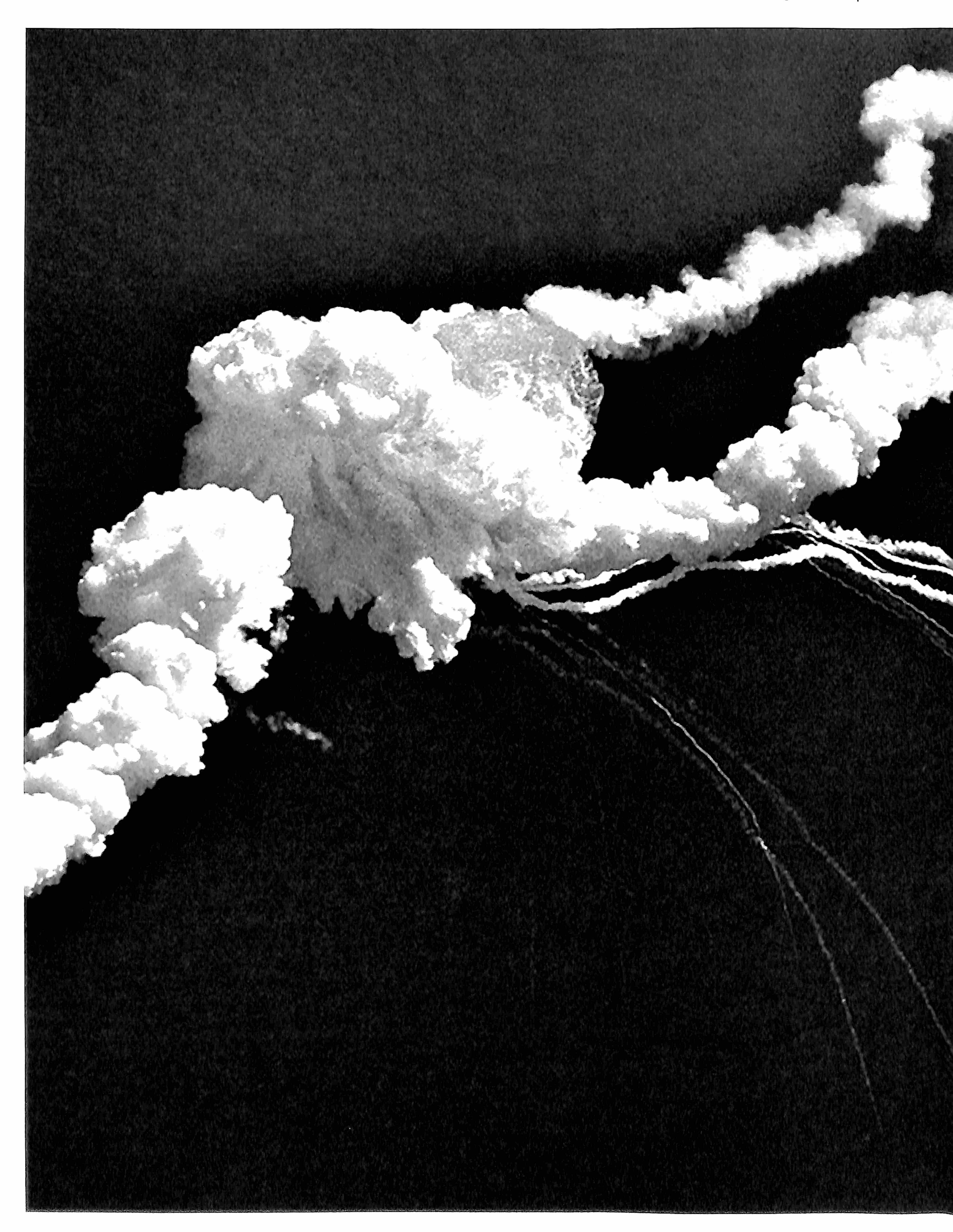


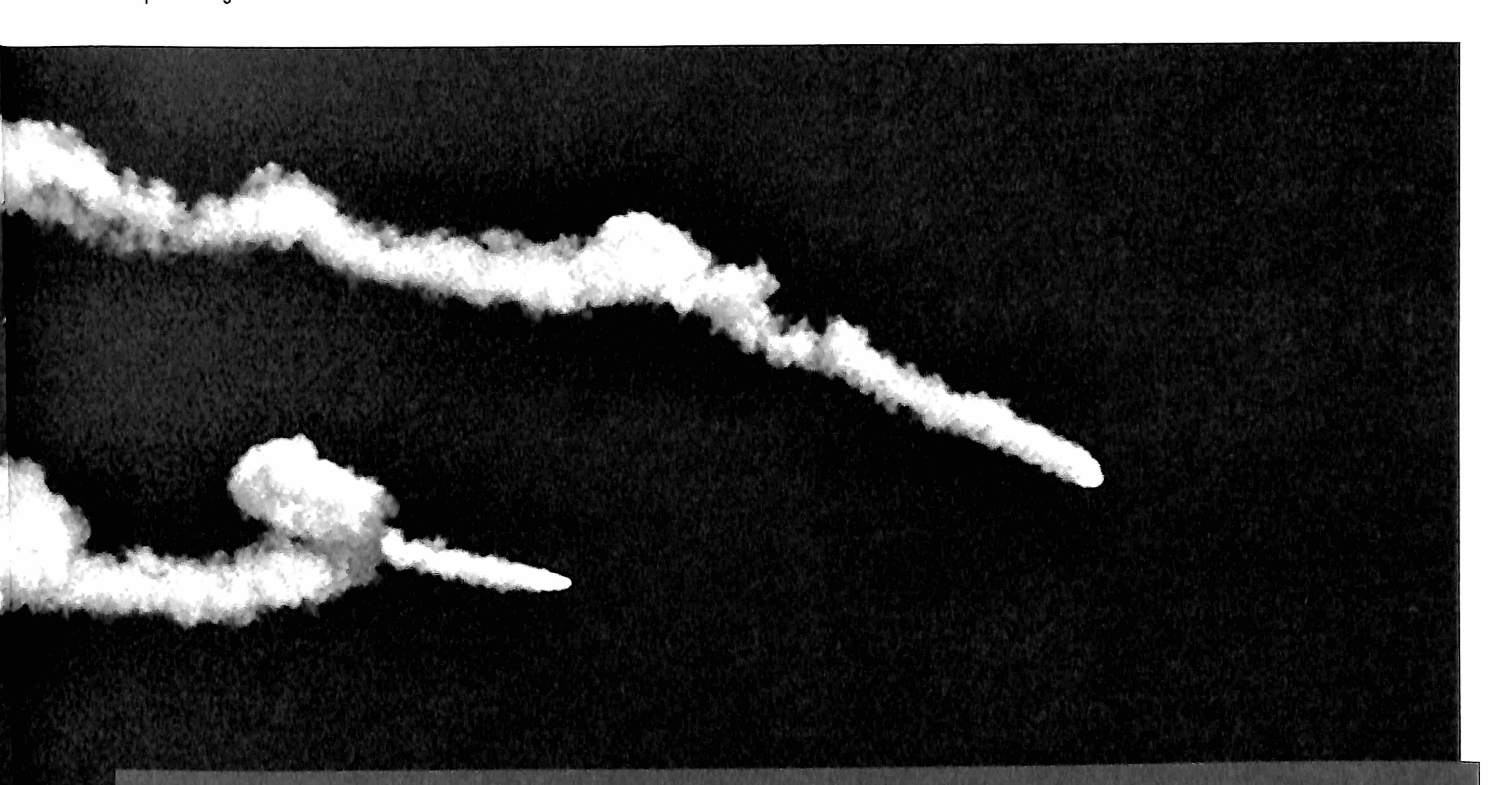
hohe soziale Standards entwickeln. Doch die politischen Entscheidungseliten der Bundesrepublik sagten dazu an geeigneter Stelle: nichts. Aber geeignet dazu, die Richtung (mehr Solidarität oder mehr Freiheit für das Kapital?) und die Tiefe (welche Gestaltungskompetenzen nach Brüssel abgeben? Mehr oder weniger?) der Integration zu thematisieren ist vor allem die nationalstaatliche Ebene. Wenn in der EU gestalterisch Politik gemacht wird, hat der Rat (bestehend aus den mitgliedstaatlichen Regierungen) die Hosen an und nach ihm die Kommission, aber deutlich weniger das Parlament. Bei den Europawahlen alle fünf Jahre wählen die BürgerInnen ein Gremium, das im Wesentlichen die Macht hat, angehört zu werden und »nein« zu sagen – weder kann es selbst Gesetze vorschlagen, noch eine europäische Regierung wählen. Wenn die Parteien also im Europawahlkampf grundlegende Fragen der Integration zum Thema machten – es bliebe ziemlich folgenlos. Doch selbst wenn: Im Parlament findet sich nunmehr seit Jahrzehnten eine ganz große Koalition aus SozialdemokratInnen, Konservativen und Liberalen zusammen. Der Politikwissenschaftler Philip Manow hat kürzlich erläutert, dass die Politik in der EU sich so ständig weiter von den politischen Vorstellungen der Bevölkerungen entferne: Wie Umfragen nahelegen, sind die BürgerInnen viel weniger »integrationsfreundlich« als ihre politischen Eliten. An die Macht kommen aber trotzdem immer Parteien, die zusätzliche Integration befürworten, weil Koalitionsregierungen fast immer EU-skeptische Parteien ausschließen.

Die Entscheidungseliten auf europäischer Ebene befürworten erst recht zusätzliche Integration – kein Wunder, denn jeder Integrationsschritt erhöht die Macht von Kommission, Parlament und Europäischem Gerichtshof gegenüber den mitgliedstaatlichen EntscheidungsträgerInnen. Unterm Strich jedoch verbinden immer weniger BürgerInnen mit der EU, und erst recht mit dem Euro etwas Positives. Sie können die Richtung der Integration nicht ändern, ganz gleich wie sie abstimmen. Sie können die Tiefe der Integration nicht zurückdrehen, was inzwischen sogar bedeutet, dass erhebliche Zurechtstutzungen wirtschaftspolitischer Regulierungsmöglichkeiten, des Streikrechts oder Zulassungsbeschränkungen zu öffentlichen Gütern durch den Europäischen Gerichtshof nicht mehr durch demokratische Mehrheitsentscheidungen umkehrbar sind. Obwohl diese und andere Entscheidungen also weit reichende Auswirkungen auf Demokratie, Sozialstaat und die politischen Einflussmöglichkeiten sozialer Klassen hatten, sagten die deutschen Parteien dazu weiterhin: nichts. Stattdessen wurden in Wahlkämpfen nur die Rosinen der europäischen Integration herausgepickt – das weltoffene Großstadtbürgertum folgte nur zu gerne Parolen wie »It's Yourope!« oder Daniel Cohn-Bendit als selbst ernanntem »Eurofighter« auf den einschlägigen Wahlplakaten. Dass die Neoliberalen zur Dynamik der Währungsunion nichts sagten, sondern erbsenzählerisch europaweite Unternehmensregulierungen beklagten, ist nur konsequent. Doch dass auch rote und grüne VolksvertreterInnen sehr reale Bedrohungen demokratischer und sozialer Rechte unter den Tisch fallen ließen, erweist sich spätestens jetzt als höchst fahrlässig. Wer glaubt, man könnte den Menschen die EU schmackhafter machen, wenn alte Männer in Talkshows einen Gemeinschaftsglauben beschwören, verkauft die Menschen für dumm.

DAS EINIGENDE THEMA FREI HAUS

Aber wenn man so lange zu den Folgen von EU und Euro geschwiegen hat, liefert man den Rechtspopulisten das einigende Thema, das ihnen bislang immer fehlte. Angela Merkel schweigt zu den Strukturfehlern der Währungsunion: Dazu, dass man wirtschaftlich ganz unterschiedlichen Staaten den Euro überstülpte, ohne die Wirtschaftspolitik zu vereinheitlichen; dazu, dass man den Staaten immer mehr wirtschaftspolitische Eingriffsmöglichkeiten aus der Hand geschlagen und sie letztlich gegenüber der Finanzkrise von 2008ff noch verwundbarer gemacht hat; dazu, dass Griechen, ItalienerInnen, Portugiesen nicht aus Faulheit so hohe öffentliche Schuldenlasten haben, sondern diese sich verschulden mussten, um sich Exporte wettbewerbsfähigerer Länder (sprich: Länder mit mehr Lohn- und Sozialdumping) leisten zu können. Aber obwohl sie schweigt, muss Merkel immer wieder zurückweichen. »Keine Hilfe für Griechenland« – sie kommt doch. »Kein Euro-Rettungsschirm« – er kommt doch. »Keine Erhöhung des Rettungsschirms« – sie kommt doch. Inzwischen sehen auch immer mehr konservative Politiker nicht mehr ein, warum sie die massive »Stütze« ermöglichen sollen, die sie vorher immer abgelehnt haben, und oft verstehen sie die Maßnahmen auch kaum, weil über die Grundlagen und Gefahren des Euro nicht gestritten und aufgeklärt wurde. Volkes Zorn wächst – auch wenn er bislang noch stumm bleibt. Es könnte die Stunde einer populistischen Rechten sein. Eine Partei mit charismatischem Führungspersonal, die – ähnlich wie die »wahren Finnen« – Ernst macht mit der BILD-Parole »Keine Euros mehr für Griechenland!«. Sie brauchte ja nur anzuknüpfen an dem Weltbild, das die Merkels und Schröders in den vergangenen Jahren begründet haben: »Wir Deutschen haben fleißig gespart, notwendige Reformen hinter uns gebracht und den Standort wieder flott gemacht. Wir ertragen längere Arbeitszeiten, späteren Renteneintritt und höhere Mehrwertsteuer. Warum sollen wir den Griechen und Italienern Geld hinterherwerfen, die alles das nicht gemacht haben?« Wie sollten die Merkels, Westerwelles, Steinmeiers, Steinbrücks, Özdemirs und Trittins dem widersprechen, wo sie doch genau die Rosskur verordnet hatten, gegen die sich italienische und griechische Generalstreiks richten? ✖





»Wir brauchen Blut, Schweiß und Tränen, um aus der Krise zu kommen.«

Die Krise der rechten Männer

YVES MÜLLER

Demografische Krise, Eurokrise, Bildungskrise, Integrationskrise, Geschlechterkrise... Man möchte meinen, das Ende naht. Egal ob Neue Rechte oder Burschenschafter, ob Focus oder Junge Freiheit, ob Hans-Olaf Henkel oder Thilo Sarrazin: Die rechten Männer fühlen sich von einer um sich greifenden »Krise« bedroht. Dabei handelt es sich auch um eine »Krise« von Männlichkeit, deren rhetorische Konstruktion und wiederholte Anrufung nicht nur der Souveränisierung eines neu-alten rechten Politiker-Typus, dient, sondern ebenso zur Stabilisierung des hegemonialen Männlichkeitsentwurfs führt, der die patriarchalen Pfründe sichern soll. Das monotone Herbeireden der großen »Krise« dient folglich der rechten Selbstvergewisserung der Notwendigkeit eines charismatischen Führers.

KRISE DER MÄNNLICHKEIT

Das Phänomen »Krise« scheint modernen Gesellschaften quasi strukturimmanent. Ohne geht es nicht! Dies wird umso deutlicher, betrachten wir die sogenannte »Krise der Männlichkeit« etwas genauer: Folgen wir der Geschichtsschreibung, treibt Männlichkeit seit Jahrhunderten von einer »Krise« zur nächsten. Ein solches Bild geht von einer essentiellen Männlichkeit in einem kohärenten, starren Geschlechtersystem aus. Es wird suggeriert, dass es eine »authentische« und erhaltenswerte Männlichkeit gäbe, die durch eine »Krise« zerstört würde. Dies ist mitnichten der Fall. Männlichkeit ist kein System. »Männlichkeit ist«, in den Worten Raewyn Connells, »eine Konfiguration von Praxis innerhalb eines Systems von Geschlechterverhältnissen.« (2006: 105) Zwar hat es in der Vergangenheit durchaus Erschütterungen und Transformationen von Männlichkeit gegeben, doch bewirkten Krisen darin genauso oft die hegemonial-männliche Re-Souveränisierung.

So sind es bisweilen weiße, oft christliche, heterosexuelle Männer, die das Klagen von der »Krise« nicht lassen können: Infolge des Zusammenbruchs der »Legitimation der patriarchalen Macht« (Ebd.: 106) haben viele Männer in der Tat das Gefühl, ihre Männlichkeit neu behaupten zu müssen. So wird eine lange Phase stabiler und aufgrund dessen nicht verhandelter Männlichkeit plötzlich thematisiert und scheinbar in Frage gestellt. Diese Männer werden »sich utopischen Veränderungen widersetzen und den Status Quo verteidigen« (Ebd.: 223), konstatiert Connell. Die traditionellen Männergemeinschaften haben, so Michael Meuser, »entscheidenden Anteil daran, daß sich trotz der Transformation der Geschlechterordnung und der wachsenden Kritik an männlichen Hegemonieansprüchen bislang keine generelle Krise des Mannes entwickelt hat.« (Meuser 2003: 88) Das ganze Krisengerede dient vielmehr der Abgrenzung gegenüber Frauen und anderen subordinierten oder marginalisierten Männlichkeiten sowie der

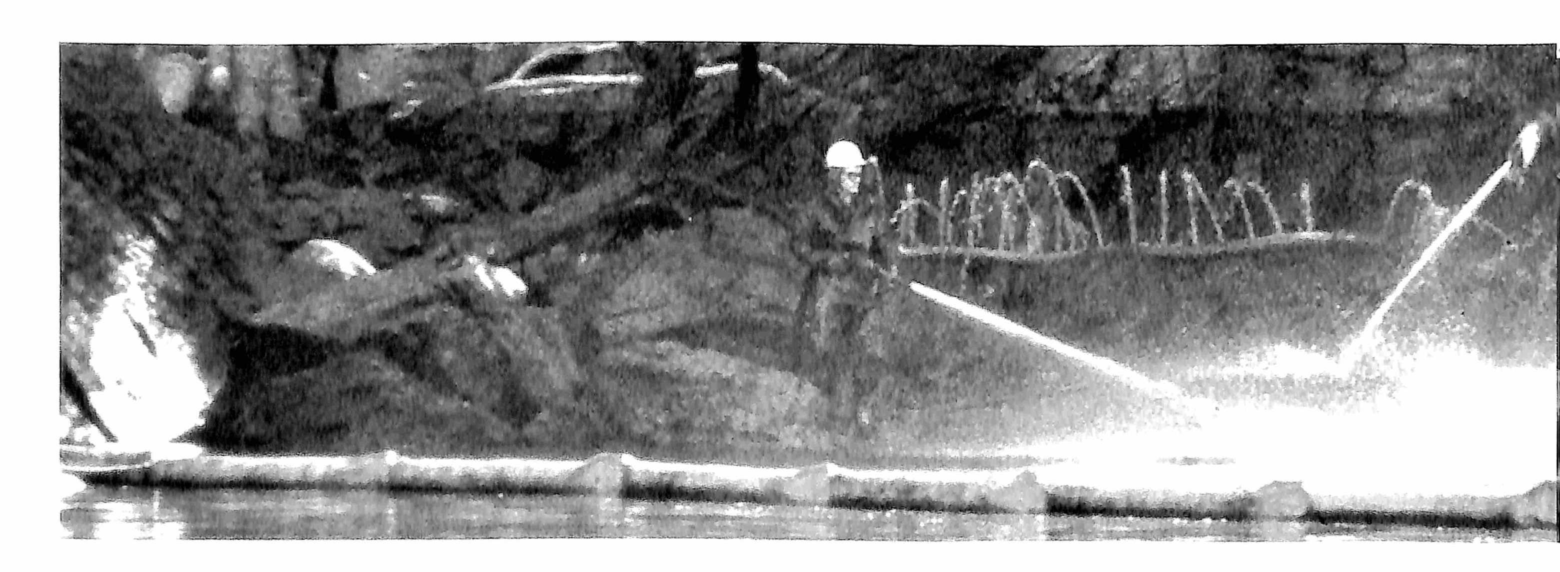
Aufrechterhaltung »exklusiv-männlicher Sphären [...].« (Ebd.: 84) Jürgen Martschukat und Olaf Stieglitz verwerfen den Begriff der »Krise der Männlichkeit« als historische Realität und sehen »Krise« stattdessen als Quellenbegriff (2008: 68ff.). Es geht also darum, den Begriff »Krise« – auch wenn es auf den ersten Blick gar nicht um Geschlechterkrisen, sondern um ökonomische oder gesellschaftliche Krisenerscheinungen handelt – gegen den Strich zu lesen und ihn als Instrument der performativen Stabilisierung und Destabilisierung von Männlichkeiten zu begreifen. Zwei Beispiele verdeutlichen das:

KRISE I – »DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB«

»[D]er lebenslange Bürokrat und Zahlenmensch Thilo Sarrazin« (Lucke 2012: 317) vermag diese heroische Form hegemonialer Männlichkeit nicht zu verkörpern. Das ist auch gar nicht sein Job, fungiert er doch als »Tabubrecher«, der uns – gegen jede »Political Correctness« – die »Krise« vor Augen führt. Zur Demografie-Debatte sagt er: »Vernünftig diskutiert haben wir über die demographische Entwicklung in Deutschland in den letzten 45 Jahren nicht. Wer nicht im Strom der Beschwichtiger und Verharmloser schwamm, wer sich gar besorgt zeigte, der musste bald frustriert erkennen, dass er alleine stand, und nicht selten fand er sich in die völkische Ecke gestellt.« (Sarrazin 2010: 8) Und in dieser Schmuddelecke möchte Sarrazin nicht sein. Tatsächlich befindet er sich mit seinen sozialchauvinistischen Äußerungen in »guter Gesellschaft«: Peter Sloterdijk stimmte in das biologistisch-deterministische Konzert ein und mimte »den Sarrazin des Bildungsbürgers.« (Lucke 2010: 260) Und Bundesaußenminister Guido Westerwelle echauffierte sich über die »spätrömische Dekadenz« von Hartz-IV-Empfänger_innen. Doch im »grassierenden Jargon der Ungleichheit« (Ebd.: 258) in Teilen der bürgerlichen »Mitte« zeigt sich nicht nur die Abwehr gegen eine solidarische Gesellschaft, sondern ebenso das elitäre Gehabe des männlichen »Machers«, der »seines eigenen Glückes Schmied« ist. So ist der gesellschaftliche Ungleichheitsdiskurs nicht nur rassistisch und armenfeindlich, sondern gleichsam geschlechtlich markiert, mithin sexistisch und frauenfeindlich. Denn die Bürger-Männlichkeit fürchtet um die patriarchalen Pfründe – die Vorherrschaft in Familie, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Kultur. Abhängig ist die Stärke der eigenen Männlichkeit auch von der Souveränität der Nation. Die vermeintliche Bedrohung des Vaterlandes durch EU, Globalisierungseffekte, Einwanderung oder »Islamisierung« wird von den rechten Männern als unmittelbare Gefährdung der eigenen Männlichkeit wahrgenommen. In einem »Kampf der Kulturen« sei der Mann der Schlüssel zur Bewahrung des »Abendlandes« vor dem Untergang. Und diese Erkenntnis wird auch von den meist ebenso männlichen Sarrazin-Kritikern vergessen.

KRISE II – KOMMT DIE ANTI-EURO-PARTEI?

Im Zuge der Eurokrise werden die Rufe nach einer Anti-Euro-Partei immer lauter. Und die Rufer sind ebenso prominent wie der Berliner Ex-Senator: Neben Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel wünscht sich der neurechte Wirtschaftswissenschaftler Max Otte eine solche. Der gescheiterte Minister Karl-Theodor zu Guttenberg will auch nicht ewig in der CSU bleiben. Eine »Guttenberg-Partei« hätte laut Umfragen gute Chancen, in den bayrischen Landtag einzuziehen.
Bisher bleibt die Anti-Euro-Partei jedoch ein Gespenst: Die Mitgliederbefragung, mit der FDP-Hinterbänkler Frank Schäffler die Zustimmung seiner Partei für den europäischen Rettungsschirm ESM verhindern wollte, ist gescheitert. Vorzeitig beendet ist – durch das Scheitern der Mitgliederbefragung zum europäischen Rettungsschirm ESM – die Rückkehr der am Boden liegenden Liberalen als euroskeptische Partei. Von den rechtspopulistischen Formationen Pro Deutschland und Die Freiheit ist auch nichts zu erwarten. Beide versagten bei der Berlin-Wahl 2011 kläglich und fristen ein kümmerliches Dasein. Die Freien Wähler, die 2009 gar nicht erst zur Bundestagswahl antraten, wollen sich bis 2013 als das rechte Pendant zur Piratenpartei etablieren und können dabei auf die Unterstützung von Henkel hoffen.
Trotzdem steht und fällt der Erfolg einer rechtspopulistischen Partei mit dem Engagement einer charismatischen Führungsfigur. Und obwohl immer wieder rechtslastige Männer wie Friedrich Merz, Wolfgang Clement oder eben Henkel ins Gespräch gebracht werden, weiß man auch bei der neurechten Zeitung Junge Freiheit, dass ohne einen »ernstzunehmende[n] Kopf« keine Anti-Euro-Partei zu machen ist: »Eine kopflose Partei wurde noch nie geboren.« (JF 50/11)
Prototyp des charismatischen, jugendlich und geradezu spitzbubenhaft wirkenden Parteiführers war Jörg Haider, der die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) zu ihren größten Erfolgen führte. In den Niederlanden sorgte ein Pim Fortuyn für Furor, bevor der eloquente Blondschopf Geert Wilders einen wahren Hype um seine Person entfachen konnte. Ein Ronald Schill, der sich in Hamburg einen Ruf als »Richter Gnadenlos« erarbeitete und dessen Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) 2001 mit der hanseatischen CDU koalierte, zeigt, dass rechtspopulistische Parteien durchaus auch in Deutschland Erfolg haben können. Eine solche »Lichtgestalt« fehlt in Deutschland derzeit.



DIE ELITE: RETTER IN DER NOT

Wie soll der Mann also aussehen, der Deutschland vor dem Merkelschen »Ausverkauf des Nationalstaats« rettet? Das rechte Männerbild ist ein leibliches: Männlichkeit wird über den Körper als eine Art Festplatte hergestellt, wie zwei Beispiele zeigen:

I. Auf einer Kundgebung der antimuslimischen Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) für den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders im April 2010 erklärt Marc Doll, derzeit stellvertretender Vorsitzender bei Die Freiheit: »Ich steh, also hier nicht als Funktionsträger von der CDU. Deshalb zieh, ich jetz, auch am besten meine Politikerkluft aus, um das auch hier bißchen bildlich darzulegen. Ich steh, hier als einfacher Bürger, als einfacher besorgter Bürger. Besorgt, so wie ihr es auch seid.« (Youtube-Video) Daraufhin zieht der Redner theatralisch sein Sakko aus und wirft es beiseite.

II. Der ehemalige brandenburgische Innenminister und CDU-Rechtsaußen Jörg Schönbohm rekurrierte schon 2009 im Angesicht der Weltwirtschaftskrise auf Winston Churchills Worte und erklärte: »Wir brauchen Blut, Schweiß und Tränen, um aus der Krise zu kommen.« (JF 26/09)

Die Performance rechtspopulistischer Männer weckt Assoziationen und möchte Glauben machen: Wir hätten es mit einem einfachen Bürger zu tun – »wie du und ich« –, der »jetzt endlich mal« ausspricht, was sowieso alle denken würden. Gerade die rechtspopulistischen Organisationen Pro Köln, Pro NRW, Pro Deutschland und Die Freiheit, aber eben auch konservative und liberale Akteure gerieren sich immer wieder als Sprachrohr des »kleinen Mannes«.

Die rechtspopulistischen Männer wollen sich weder mit demokratischen »Parteibonzen« noch mit extrem rechten »Polit-Soldaten« vergleichen lassen. Sie wollen nicht als hochgestochen daherredende »Schwätzer« verstanden werden, sondern als einfache Mittelstands-Vertreter, die das »Schweigekartell« der »Political Correctness« durchbrechen. Man müsse sie nur mal »ans Ruder« lassen. So wird auf der einen Seite ein abzulehnendes Bild vom »verweichlichten« Berufspolitiker gezeichnet. Auf der anderen Seite ist da der Nicht-Politiker, der eben macht. Er ist der wahre Volksvertreter. Doch ist hier nicht die Rede von einer parlamentarischen Demokratie, in der verschiedene Parteien um die Gunst der Wähler_innen buhlen. Denn ein »Volk« kann es in einer Demokratie nicht geben. Dort gibt es nur die Masse: Diese sei undifferenziert und wankelmütig, dumpf, dumm und tot. Es geht also um einen Anführer des Souveräns, um einen Erlöser aus der »Krise«. Um die Nation zu retten, bedürfe es einer Elite – aber nicht irgendeiner: Die rechtspopulistischen Führer sind die »Helden« von heute. In ihren persönlichen Vorstellungen auf der Freiheit-Homepage nannten die Mitglieder des Bundesvorstands auf die Frage nach ihren politischen Vorbildern ausschließlich männliche Personen: Winston Churchill, Rudolph Giuliani, Helmut Schmidt, Ludwig Erhardt. Als Christian Wulff 2010 zum neuen Bundespräsidenten gewählt wurde, reagierte ein Leserbriefschreiber in der Jungen Freiheit empört: Während den anderen Kandidaten Joachim Gauck neben Eigenschaften wie »Freiheit, Gradlinigkeit, Antitotalitarismus« auch »Überparteilichkeit, Lebenserfahrung und Weisheit« auszeichneten, würden derlei Tugenden »vielleicht noch nicht einmal zu seinem Wortschatz gehören. Der Presse fallen zu ihm auch keine besseren Bezeichnungen ein als Karrierist, Autist und Systemmensch.« (JF 29/10) Den Politikern, die verehrt werden, weil sie sagen, was sie denken, Tabus brechen und sich nicht anpassen, dafür aber heroisch sind und geschmäht werden, wird der westliche »Typ von Politikern« (JF 05/04) gegenübergestellt. Bei diesem wiederum handele es sich um »stromlinienförmige, zumeist jüngere Herren (und Damen), die sehr schnell die politisch korrekten Vokabeln gelernt haben und die verstehen, daß man sich den großmächtigen Apparaturen anpassen (und unterwerfen) muß.« (Ebd.) Dieser Politiker-Typus ist unmännlich, zumal sich darunter auch Frauen befinden. ✖

LITERATUR:

✖ *Connell, Robert W. (2006): Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten. Wiesbaden*

✖ *Lucke, Albrecht von (2010): Eindringende Eiszeiten. Der neue Jargon der Verachtung, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt am Main, S. 257-266*

✖ *Lucke, Albrecht von (2012): Populismus schwer gemacht. Die Dialektik des Tabubruchs und wie ihr zu begegnen wäre, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt am Main, S. 310-320*

✖ *Martschukat, Jürgen/Stieglitz, Olaf (2008): Geschichte der Männlichkeiten. Frankfurt am Main*

✖ *Meuser, Michael (2003): Wettbewerb und Solidarität. Zur Konstruktion von Männlichkeit in Männergemeinschaften, in: von Arx, Silvia et.al (Hrsg.): Koordinaten der Männlichkeit. Orientierungsversuche, Tübingen, S. 83-98*

✖ *Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. 13. Auflage. München*



Die Leistung der Leistung

Wie »Leistungsgerechtigkeit« Rassismus verdeckt

VON SEBASTIAN FRIEDRICH UND SELMA HAUPT

Seit Jahren ist in Bezug auf das Thema Migration ein Schlagwort vorherrschend: Integration [1]. Die herrschende Rede und Politik von Integration imaginiert (Post-)Migrant_innen als »Andere«, die durch kulturelle, ökonomische, sprachliche und identitäre Anpassung in das Vorherrschende eingegliedert werden müssen. Geprägt ist das Integrationsdispositiv durch repressive Maßnahmen wie die Teilnahmepflicht an Integrationskursen, Einbürgerungstests, Ideen von »Integrationsvereinbarungen« oder »Integrationslotsen«. Die Wirksamkeit von »Integration« begründet sich in Gesetzen, öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen oder in konkreten Handlungen. Gerade die scheinbare Unbestimmtheit von Integration als ein Begriff, unter dem alle Themen gefasst werden, die um Migration kreisen, begründet seinen Erfolg. Der Begriff setzt Verbindungen zwischen Themenkomplexen, die zuvor gar nicht oder kaum diskursiv verbunden wurden, wie etwa bei der Verbindung von Islam, Emanzipation und Terrorismus. Als hegemonial erweist sich dabei die Verknüpfung des Integrationsbegriffs mit negativ konnotierten Begriffen, die einerseits Renitenz (»I-Verweigerung«, »I-Unwilligkeit«), andererseits Defizite (»I-Unfähigkeit«, »I-Defizit«) der »Anderen« bezeichnen (vgl. Mecheril 2011: 50).

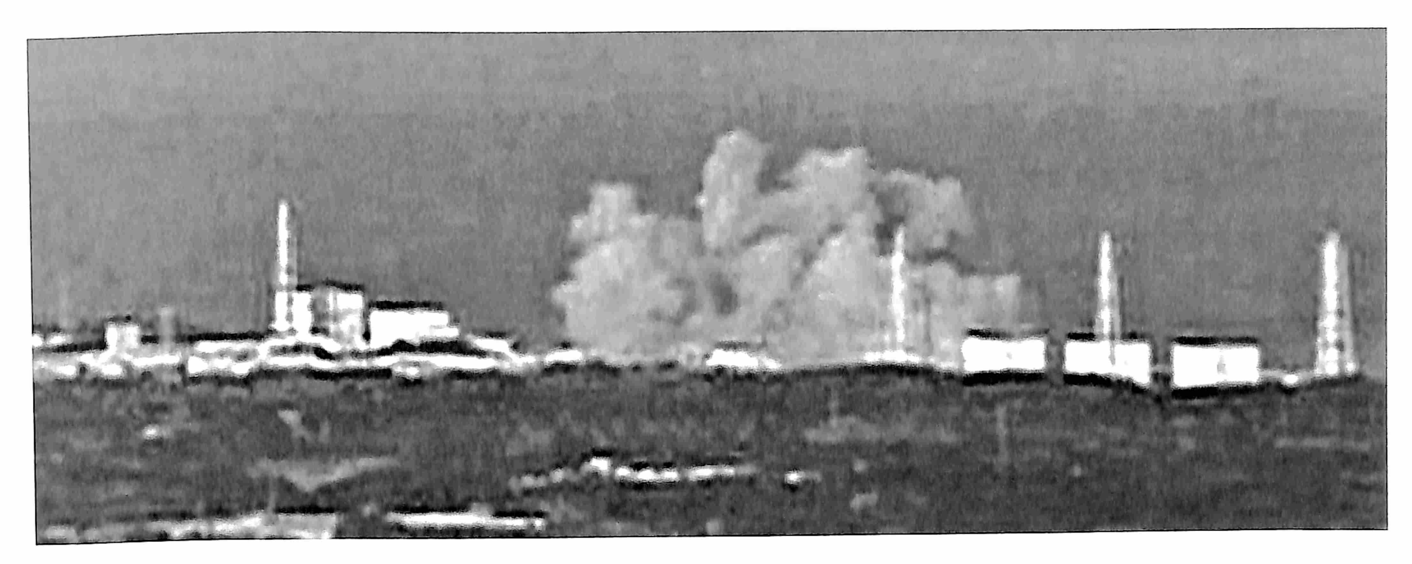
(POST-)MIGRANT_INNEN IM FOKUS

Dieses vorherrschende Verständnis zeigt sich deutlich bei der Debatte, provoziert von dem Buch »Deutschland schafft sich ab« des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin, die im Spätsommer 2010 begann und den Integrationsdiskurs nicht nur stark komprimiert abbildet, sondern diesen zugleich zuspitzt. Damit bietet sich die »Sarrazindebatte« mit ihren Argumenten und in ihrer Dichte weiterhin als Ausgangspunkt für die Analyse aktueller Verschränkungen von Rassismus und Leistung an.

In aller Kürze zur Erinnerung: Sarrazin fürchtet sich vor dem Untergang Deutschlands, den er in der verminderten wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen durch die »Verdummung« der Gesellschaft ausmacht und dies mit einer biologistischen Auffassung von der Vererbbarkeit von Intelligenz begründet. Diese Intelligenz würde wiederum durch eine vermeintliche Islamisierung verringert, die zugleich zum kulturellen Verfall Deutschlands führe. In der evozierten »Sarrazindebatte« wurde der ehemalige Berliner Finanzsenator gerade zu Beginn kritisiert, dennoch bestand und besteht im Wesentlichen sowohl auf Seiten der »Thilo-Fans« als auch bei den (meisten) Kritiker_innen Einigkeit über die Notwendigkeit der Sicherung des Standortes Deutschlands. Nach der »Nützlichkeit« des Einzelnen zu fragen, stellt sich dabei als selbstverständlich und die Kategorie selbst als unhinterfragbar heraus. Obgleich Sarrazin in seinem Buch nicht nur über »Muslime« oder »Migranten« spricht, sondern Betroffene sozialer Ungleichheit insgesamt Zielscheibe sind, rücken in der »Sarrazindebatte« bei der Frage, wer nützlich und wer unbrauchbar erscheint, insbesondere (Post-)Migrant_innen in den Fokus. Die diffamierende Rede gegen »die Unterschicht« verschiebt sich in Richtung der »migrantischen Unterschicht«. Die Anschlussfähigkeit liegt in der Verknüpfung des neoliberalen Leistungsdiskurses mit dem rassistischen Sprechen über (Post-)Migrant_innen begründet. Die Fragen, wie sich diese Verknüpfung gestaltet, warum sie funktioniert und erwünscht ist und welche Konsequenzen sie hat, stehen im Zentrum der folgenden Betrachtungen.

GERECHTE LEISTUNG?

Der Leistungsdiskurs suggeriert: Wer genügend leistet, kann es zu »etwas« bringen. Bei Debatten um »Integration« werden Beispiele von armen und benachteiligten aber äußerst intelligenten und fleißigen Kindern angeführt, die es trotz der schlechten Ausgangslage aufgrund ihrer Leistungen geschafft hätten, in prestigeträchtige und gut bezahlte Berufe zu kommen. Harte Arbeit führe also zu sozialem Aufstieg. Fern von glücklichen Einzelbeispielen bedeutet »Leistungserfüllung« jedoch keineswegs sozialen Aufstieg. Gerade das deutsche Bildungssystem diskriminiert Kinder aus (post-)migrantischen Haushalten strukturell, unabhängig von der Leistung der Einzelnen. Von der mantraartig beschworenen »Leistungsgerechtigkeit« kann keine Rede sein. Auch im Bildungsbericht 2010 zeigt sich, dass »Kinder mit Migrationshintergrund selbst bei gleichem sozioökonomischen Status bis zu doppelt so häufig an Hauptschulen zu finden sind wie Kinder ohne Migrationshintergrund« (Autorengruppe Bildungsberichterstattung: 8). Leistung wird also einerseits von allen gleich gefordert, andererseits aber nicht bei allen gleich bewertet. Leistung ist nicht nur in diesem Sinne uneindeutig. Ebenso wird sie nicht mehr im klassischen Sinne am Arbeitsaufwand gemessen, sondern einzig an den wirtschaftlichen Erfolgen (Dröge 2007: 13). Der verwertbare Output ergibt sich nicht notwendigerweise aus den investierten Anstrengungen, sondern vor allem aus der wirtschaftlichen Nachfrage und den Interessen gesellschaftlich dominierender Gruppen. Die Frage nach der Leistungsfähigkeit und Leistungswilligkeit der Einzelnen beinhaltet also in ihrer Konsequenz das Urteil darüber, wer brauchbar erscheint und wer unbrauchbar und unerwünscht ist. Dies zeigt sich in unterschiedlichen Bereichen: bei den Vergabekriterien für Hartz IV, bei Einstellungsgesprächen oder Kündigungsgründen, in den Anforderungen für Aufenthaltstitel und in politischen Diskussionen um Ein-



wanderung. Die herrschende neoliberale Logik, die Leistung immer mit Brauchbarkeit verknüpft, greift nicht nur institutionell bei Entscheidungsträger_innen, die Logik ist vielmehr allgemein verinnerlicht. Die Subjektivierungsform der Selbstregierung hat etwa Ulrich Bröckling (2007) in der Figur des »Unternehmerischen Selbst« herausgestellt. Auch im öffentlich-medialen Diskurs verfestigt sich dieses nutzenbasierte Leistungsverständnis durch Äußerungen wie die von Guido Westerwelle über »spätrömische Dekadenz« im Februar 2009 oder der wenige Monate später folgenden Ansage zum Klassenkampf von oben des Neo-Aristokratiers Peter Sloterdijk, demnach in Wahrheit die »Leistungsträger« ausgebeutet würden von denjenigen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.
Leistung, insbesondere im Kompositum Leistungsgerechtigkeit, ist gesellschaftlich als Maßstab zur individualisierten Beurteilung anerkannt und gilt als objektive, flächendeckend anzuwendende Kategorie. In dieser Gesellschaft fungiert Leistung jedoch nur als notwendige und nicht als hinreichende Bedingung für Zugehörigkeit.

RASSISMUSFREIE LEISTUNG?

Dieses neoliberale Leistungsverständnis wird aktuell folgenreich mit rassistischen Praxen verknüpft. In dieser Verbindung mit der Leistungsideologie zeigt Rassismus, wie seine kontinuierliche Durchsetzungskraft auf Flexibilität rekurriert. Auch wenn aktuell zuweilen expliziter Biologismus im öffentlichen gesellschaftlichen Mainstream kritisiert wird, hat Rassismus nicht an Wirkmächtigkeit und Einfluss verloren, sondern vielmehr seine Form verändert. Biologistische Rasse-Konzepte werden abgelöst von kulturellem Rassismus, der sich gegenwärtig etwa im antimuslimischen Rassismus ausdrückt (Shooman 2011). Das rassistische Wissen geht nicht verloren oder wird durch den Leistungsdiskurs verdrängt, sondern verschränkt sich vielmehr mit diesem und entwickelt darin neue Stärke.
Diese Verknüpfung spiegelt sich im Integrationsdispositiv wider. Die Entgegnungen auf Sarrazin machen (Post-)Migrant_innen nicht mehr ausschließlich in biologistisch- bzw. kulturrassistischer Weise zu »Anderen«; im Herausstellen von »Musterbeispielen gelungener Integration« wird ihnen – scheinbar – die Möglichkeit gewährt, sich durch Anstrengungen und »Leistungserbringung« zu inkludieren (Friedrich/Schultes 2011). Das Postulat ist deutlich: Bedingung für »Integration« ist es, sich so wie die »Musterbeispiele« anzustrengen. Doch auch die »Integration« der »Musterbeispiele« besteht nicht darin – so wie es die Leistungsideologie verspricht -, dass sie nicht mehr als Migrant_innen markiert werden, sondern nur darin, dass sie vorläufig nicht mehr Gegenstand von Integrationsforderungen sind. So werden selbst die (post-)migrantischen »Leistungsträger« nicht als »deutsche Leistungsträger« gesehen, sondern als Migrant_innen, die sich durch ihre Leistung und dem daraus resultierenden gesellschaftlichen Beitrag (besonders in Form von Steuern) das »in Deutschland leben dürfen« verdient haben. Derart bleiben sie immer ein Teil »der Anderen«, unabhängig davon, welche Leistungen sie erbringen (vgl. Haupt 2012). Denn die leistungsbasierte Individualisierung von Unterschieden kommt auch weiterhin nicht ohne Verweise auf Kultur, »Ethnie« und Herkunft (im Klartext: »Rasse«) aus. Die als integriert geltenden Geanderten bleiben unerlässliche Bezugsgrößen für das Sprechen der weißen Leistungsgesellschaft. Diese Verknüpfung der neoliberalen Logik mit Rassismus ist jedoch nicht nur in Bezug auf (post-)migrantische »Leistungsträger« zu finden; einzig die Unscheinbarkeit der Verbindung macht es nötig, sie so deutlich zu benennen. Wesentlich ausgeprägter ist sie in der Debatte um »Integrationsverweiger« und Flüchtlinge.
Durch ihren Einsatz für den »Standort Deutschland«, seine Wettbewerbsfähigkeit und seine »Zukunftsfähigkeit«, so auch die Sprache der Bundesregierung, erscheinen Einige brauchbar, Andere nicht. Nicht gebraucht werden in der ›neoliberalen und rassistischen Logik diejenigen, die scheinbar nichts zur internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beitragen, weil sie nicht oder ungenügend ausgebildet erscheinen, zumindest aber nicht als verwertbar und flexibel genug gelten. Das betrifft selbstverständlich nicht nur (Post-)Migrant_innen, wie etwa klassistische Gesetzgebungen und Diskussionen zeigen. Im Zuge letzterer werden Menschen aus der sogenannten Unterschicht insgesamt naturalisiert. Anhand der sukzessiv dominanter werdenden Formation von Rassismus und Leistung lässt sich zeigen, dass die gegenwärtigen Ausgrenzungsstrategien durchlässiger operieren als traditionellere Formen des Rassismus. Die Verknüpfung von Leistung und Rassismus zeigt ihre Anpassungsfähigkeit und ihre Stärke, indem sie sowohl »Musterbeispiele gelungener Integration« und »gut ausgebildete Fachkräfte aus dem Ausland« als auch »Integrationsverweiger« und unerwünschte Flüchtlinge erfasst.

PRIVILEGIEN SICHERN

Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Situation geht sowohl von den herrschenden Eliten als auch von einer sich verbarrikadierenden »Mittelschicht« aus. Sie haben gemein das Bedürfnis, ihre gewohnten Privilegien insbesondere in Krisenzeiten zu sichern, um den Kampf um ökonomische, kulturelle, soziale und symbolische Ressourcen weiterhin siegreich zu gestalten (Bourdieu).

Die Sicherung der Ressourcen findet ihre Wirksamkeit gerade darin, dass sie die verschiedenen Kapitalsorten wie auch alle Lebensphasen umfasst. Die kulturellen, sozialen und symbolischen Ressourcen werden besonders effektiv über den eigenen privilegierten Nachwuchs gesichert. Auf Grund von strukturellem Rassismus im Bildungssystem sind die Übergänge in weiterführende Schulen und somit die möglichen Abschlüsse von (Post-)Migrant_innen stets schlechter als die des privilegierten Nachwuchses. Diesem bietet sich anschließend in der Regel die Möglichkeit, durch ein Universitätsstudium und bessere Arbeitsmöglichkeiten sein bereits erworbenes Kapital in ökonomisches Kapital umzuwandeln (u.a. Dirim/Mecheril 2010: 121). Nicht nur über das Bildungssystem, aber hier besonders nachhaltig, wird diesen Kindern und jungen Erwachsenen das Gefühl vermittelt, in dieser Gesellschaft etwas zu sagen zu haben. Derart werden vermeintlich über Leistung, eigentlich jedoch über wesentlich weniger zugängliche Ressourcen wie kulturelles und soziales Kapital, die Privilegien der gesellschaftlich dominierenden Gruppen gesichert. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Schlechterstellung der (Post-) Migrant_innen sich zwar im Bildungssystem deutlich zeigen lässt, seine Ursachen jedoch komplex sind (ebd.: 123). Hier interessiert einzig der Effekt, dass diese Tatsache die Sicherung der Ressourcen der Privilegierten stützt, auch wenn sie sie nicht vollständig erklärt.
Die Betonung von Leistung und angeblicher »Leistungsgerechtigkeit« suggeriert also den Einzelnen, individuell für ihren Erfolg oder Misserfolg verantwortlich zu sein, ihn verdient oder auch nicht verdient zu haben. Wenn also Kinder von (Post-)Migrant_innen keine Hochschulzugangsberechtigung erwerben, seien sie selbst schuld, eine Chance hätten sie gehabt. Unterdrückende Strukturen, durch die Menschen beim Kampf um die verschiedenen Ressourcen ausgeschlossen werden, können in dieser Logik nicht thematisiert werden, weil es sie in dieser Logik gar nicht gibt.

HERRSCHAFT VORERST GESICHERT

Die Konsequenzen aus den Ausführungen sind in dreierlei Hinsicht in Richtung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse ausgerichtet:
Wenn doch alle unabhängig von Herkunft Erfolg haben können, wie behauptet wird, kann es keinen strukturellen Rassismus geben. Rassismus wird also erstens durch die Individualisierung des Sozialen mit Bezügen auf »Leistungsgerechtigkeit« verschleiert und kann von den Einzelnen folglich schwerer erkannt werden. Widerstände und Solidaritäten gegen Rassismus werden somit erschwert.
Zweitens bietet die behauptete Nicht-Exisitenz von Rassismus gleichzeitig ein Einfallstor für rassistische Rede. Bei der Deutung, warum die Nicht-»Musterbeispiele für Integration« »es« nicht geschafft haben, entfällt Rassismus und damit verbunden die Sicherung von Privilegien durch die weiße Norm als Begründung für die Positionen vieler (Post-) Migrant_innen am unteren Ende sozialer Rangskalen. In herrschender Logik wird dann die Existenz einer »migrantischen Unterschicht« auf eine vermeintliche Kultur der Leistungsverweigerung der (Post-) Migrant_innen zurückgeführt. Diese »Kultur der Leistungsverweigerung«, die »unsere« Leistungsgesellschaft gefährde, wird dann je nach rassistischer Fasson mit Verweisen auf Gene, Kultur oder Religion fundiert.
Drittens werden nicht nur Widerstandspotenziale gegen Rassismus gebrochen und Rassismus durch die Dethematisierung als mögliche Begründung für Armut durch die Hintertür wieder in die Arena geschleust, sondern breitere Bündnisse gegen soziale Unterdrückung und Ausbeutung gebrochen bzw. verhindert. Im Zentrum der Debatten um »Unterschicht« stehen in den letzten Jahren vor allem (Post-) Migrant_innen. Debatten um soziale Ungleichheit werden überlappt durch einen ordnungspolitischen und rassistischen Integrationsdiskurs. Die Klassenverhältnisse bleiben davon unberührt.
Insgesamt zeigt sich die Perfidität der Verschränkung von Leistung und Rassismus in ihrer vielfältigen und paradoxen Verknüpfung, die Leistung objektiv und Rassismus unmöglich erscheinen lässt. ✖

ÜBER DIE AUTOR_INNEN

✖ *Sebastian Friedrich ist Redakteur bei kritisch-lesen.de, Mitglied der Diskurswerkstatt und des AK Rechts des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS), aktiv bei der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt Berlin (KOP) und Herausgeber und Autor des 2011 erschienenen Sammelbandes »Rassismus in der Leistungsgesellschaft« (edition assemblage, Münster).*

✖ *Selma Haupt ist Diplompädagogin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Bergischen Universität Wuppertal im Fachbereich Bildungs- und Sozialwissenschaften und promoviert zum Thema »Der Nexus von Bildung und Nation. Diskursanalyse historischer und gegenwärtiger Verschränkungen«.*

ANMERKUNGEN

✖ 1 *Wir danken Gürhan Güloglu, Beate Haupt, Isabelle Rispler, Hannah Schultes und Andrea Strübe für ihre Anmerkungen.*

LITERATUR

✖ *Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Bertelsmann, Bielefeld*

✖ *Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp, Frankfurt/M*

✖ *Mecheril, Paul u.a. 2010: Bachelor/Master: Migrationspädagogik. Beltz, Weinheim*

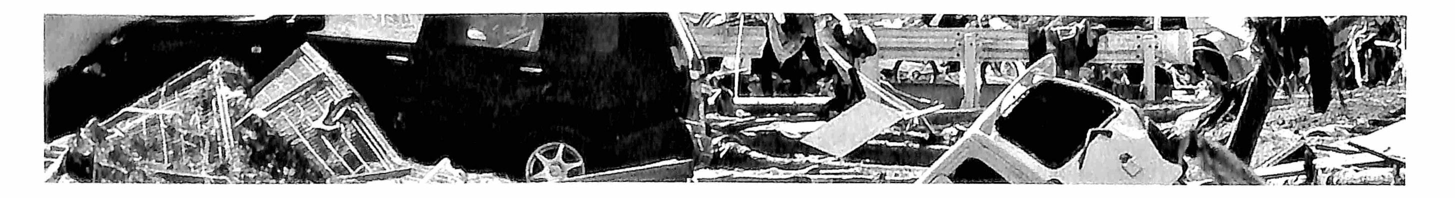
✖ *Dröge, Kai 2007: »Leistung aus Leidenschaft« oder das Regime des Marktes? Das Institut für Sozialforschung untersucht den Wandel der gesellschaftlichen Leistungsbegriffe. Forschung Frankfurt, 2007(3), 10-15*

✖ *Friedrich, Sebastian / Schultes, Hannah 2011: Von ›Musterbeispielen‹ und ›Integrationsverweigerern‹. Repräsentationen von Migrant_innen in der ›Sarrazindebatte‹. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹. Edition Assemblage, Münster. S.77-95*

✖ *Haupt, Selma 2012: Biologismus, Rassismus, Leistung – Zur aktuellen »Integrations«-Debatte. In: Zeitschrift für Pädagogik (im Erscheinen)*

✖ *Mecheril, Paul 2011: Wirklichkeit schaffen. Integration als Dispositiv. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61(43). S. 49-54*

✖ *Shooman, Yasemin 2011: Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von ›Kultur‹ und ›Religion‹ im antimuslimischen Rassismus. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹. Edition Assemblage, Münster. S. 59-76*



Eine Migrationsbewegung für echte Demokratie

Die Krise der europäischen Grenzpolitik und die Krise des Euro gehören zusammen

□ PAOLO CUTTITTA, HELMUT DIETRICH, BERND KASPAREK, MARC SPEER, VASSILIS TSIANOS

Mit dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali am 14. Januar 2011 befreite sich nicht nur eine ganze Gesellschaft - auch die europäische Grenze im Mittelmeer hörte für einen Moment auf zu existieren. Der Diktator Ben Ali hatte schon seit 1999 mit Italien in Fragen der Grenzabschottung kooperiert, und 2004 durch rigide Anti-Auswanderungsgesetze Tunesien in ein großes Gefängnis verwandelt: Die illegale Ausreise wurde mit hohen Geld- und Gefängnisstrafen sanktioniert. Als sich die Europäische Union auf Seiten der libyschen Rebellen positionierte, wurde auch die langjährige Kooperation mit dem Diktator Gadaffi hinfällig. Dieser hatte seit 2009 die irreguläre Migration im Mittelmeer durch rigide Maßnahmen unterbunden und Italien die direkte Abschiebung auf dem Mittelmeer abgefangener Flüchtlinge gestattet.

Im Frühjahr 2011 verlor die europäische Politik der Grenzziehung und der Vorverlagerung der Grenze im Mittelmeer durch die Revolten und Revolutionen einige ihrer autokratischen Partner, auf die sie zur Umsetzung dieser Politik angewiesen war. Noch stärker zeichnete sich jedoch die Krise des Schengener Grenzsystems im Mittelmeer ab, als im Februar 25.000 TunesierInnen die neue Freiheit nutzten und auf die italienische Insel Lampedusa übersetzten. Die italienische Regierung inszenierte diese Ankunft als Krise, sprach von einem »menschlichen Tsunami« und einem drohenden »Exodus biblischen Ausmaßes«.

Doch die übrigen europäischen Länder ließen sich nicht überzeugen, dass es sich tatsächlich um einen migrationspolitischen Notstand handelte. Der italienischen Forderung, die tunesischen MigrantInnen auf alle europäischen Staaten zu verteilen, erteilten sie ein Absage. Auch die tunesische Übergangsregierung ließ sich von den Drohgebärden aus Italien nicht einschüchtern. Die Drohung, europäische PolizistInnen in Tunesien zu stationieren, um die europäische Grenze durchzusetzen, wurde mit einem kühlen Hinweis auf die Souveränität des Landes gekontert. In direkten Verhandlungen, in die sich sogar der damalige Ministerpräsident Silvio Berlusconi einschaltete, erreichte die italienische Regierung dann ein Rückführungsabkommen mit Tunesien. Doch jene TunesierInnen, die zuvor in Italien angekommen waren, erhielten im Gegenzug Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen.

AUCH IN DER MIGRATIONSPOLITIK ZEIGT SICH DIE SPALTUNG EUROPAS

Warum ist nun diese Episode aus dem an spannenden Ereignissen nicht armen Jahr 2011 so aufschlussreich? Wir interpretieren die Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse als einen von vielen Akten des Widerstands der Staaten im Süden der EU, sich weiterhin dem »Verursacherprinzip« zu unterwerfen und damit aufgrund ihrer geographischen Position an der Schengengrenze für die europäische Migrationskontrolle verantwortlich zu sein.

Die Dublin-II-Verordnung (von Februar 2003) regelt die Zuständigkeit für ein Asylverfahren nach dem so genannten »Verursacherprinzip«. Es besagt, dass der Mitgliedsstaat, der die Einreise eines/einer AsylantragstellerIn »verursacht« hat (etwa durch Vergabe eine Visums oder aufgrund mangelnder Sicherung der Grenze), das Asylverfahren durchführen muss. Obwohl die Präambel der Verordnung die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten beschwört, ist mittlerweile klar, dass Dublin II den europäischen Süden gegenüber dem Norden benachteiligt. Dublin II ist jedoch nur eine Komponente des europäischen Migrations- und Grenzregimes, die Verordnung komplettiert im Inneren, was die verhärteten europäischen Grenzen nach Schengen leisten sollen: die Regulierung der Personenmobilität in und um Europa.

In der Euro-Krise ist die ökonomische Spaltung der EU, zwischen Norden und Süden, geradezu brutal hervorgetreten. Dies betrifft jedoch nicht nur die Staatshaushalte, die Frage nach einer Fiskalunion oder einer Wirtschaftsregierung. Sie spiegelt sich auch im System Schengen, der territorialen Union, wider. Die Entscheidung der italienischen Regierung für ein Aufenthaltsrecht der TunesierInnen führte zum französisch-italienischen »Transit-Grenzkonflikt«: Die französische Regierung führte die durch das Schengener Abkommen innerhalb Europas abgeschafften Grenzkontrollen wieder ein - ein nach aktuellem EU-Recht äußerst fragwürdiger Akt. Dies führte zu erheblichen Irritationen bei der Europäischen Kommission.

Eine ähnliche Konfliktkonstellation zwischen Mitgliedstaaten, die Grenzkontrollen verlangten, und der Europäischen Kommission, die als Wächterin der Verträge auf der Personenfreizügigkeit und der Abschaffung von Grenzkontrollen im Schengenraum beharrt, ergab sich schon 2010: Damals lancierte die französische Regierung eine antiziganistische Kampagne, deren Ziel es war, die Bewegungsfreiheit von UnionsbürgerInnen v.a. aus Rumänien zu beschneiden.

Die Drohung, ein Land aus dem Schengenraum auszuschließen, ist in den letzten Jahren wiederholt eingesetzt worden. Den Auftakt lieferte die Entscheidung des Rates der Innenminister im Frühjahr 2011, den geplanten Schengenbeitritt Rumäniens und Bulgariens auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Auch in Deutschland wurde die Wiedereinführung von Grenzkontrollen diskutiert, zum Beispiel die bayerische Landesregierung spielte öffentlich mit dem Gedanken. Am 1. Juli 2011 führte Dänemark die Grenzkontrollen wieder ein, bis die von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei geduldete Mitte-Rechts-Regierung im Herbst abgewählt wurde. Die Niederlande wiederum wollen ab dem 1. Januar 2012 eine technologisierte Version der Grenze einführen: Per Videoüberwachung und automatisiertem Kennzeichenabgleich soll die Einreise unerwünschter Personen verhindert werden. Auch hier sieht die Kommission einen Verstoß gegen das Schengener Vertragswerk. Gegenüber Griechenland wiederum, dessen Außengrenze europaweit als besonders durchlässig gilt, haben sich die Drohungen mit Ausschluss aus der Schengenzone (analog zur Diskussion, ob Griechenland die Euro-Zone verlassen müsse) in letzter

Zeit gehäuft. Den Höhepunkt bildet ein Vorstoß der Kommission zur Umgestaltung des Schengener Vertragswerks, der die Möglichkeit eines (temporären) Ausschlusses gleich per Verordnung festschreiben will.

DER NEUE EU-RASSISMUS DROHT MIT ENTZUG DER STAATSBÜRGERSCHAFT

Wir erleben also eine Situation der verschärften Konflikte innerhalb der EU, die letztendlich auf die ökonomische Spaltung zwischen Norden und Süden verweisen und bei denen Migration ein Unterpfand in den Verhandlungen ist. Dies war bisher nur von den Rändern Europas bekannt, zum Beispiel als der libysche Diktator Muammar Gaddafi im August 2010 drohte, Europa werde »schwarz« werden, wenn es nicht erhebliche Zahlungen im Rahmen einer migrationspolitischen Kooperation leiste. Ein anderes Beispiel ist die Verzögerung eines Rückübernahmeabkommens für Drittstaatenangehörige seit 2003 durch die Türkei; auf diese Weise versucht das Land, Visafreiheit für die eigenen BürgerInnen zu erlangen.

In den Ausschlussdrohungen der nördlichen EU-Staaten zeichnet sich ein Muster ab, das man als Schengen-Rassismus bezeichnen kann. Er zeigt sich etwa in der Hetzkampagne gegen die griechische Bevölkerung in deutschen Medien, die mit der Forderung nach Rauswurf »der Griechen« aus der Eurozone operiert. Auch neue Grenzziehungen innerhalb der postkolonialen europäischen Einwanderungsgesellschaften können wir beobachten. Bei diesen modernisierten Formen von Rassismus wird nicht nur die kulturelle Differenz betont, auch wenn diese noch immer eine Rolle spielt. Werden Burka, Niqab oder Hijab politisch zum Thema gemacht, dann steht die kriminalisierende Differenz im Mittelpunkt. Der antimuslimische Rassismus konstruiert einen terroristischen Generalverdacht, der am Zeichen einer religiösen Differenz einer migrantischen, postnationalen Gruppe festgemacht wird. Sowohl beim europaweiten antimuslimischen Rassismus als auch auf dem Feld des Antiziganismus geht es um die Möglichkeit der Staaten, Niederlassungsrechte wieder zu entziehen. Es geht um die Reversibilität der neuen Staatsbürgerschaften von MigrantInnen.

Neben dem antimuslimischen Diskurs ist auch der Topos der Euroskepsis ins Zentrum des rechtspopulistischen Diskursuniversums gerückt. Im Zusammenspiel mit der globalen Finanzkrise liegt darin eine Gefahr: In Europa sind derzeit wieder verstärkt Prozesse der Renationalisierung und der Entdemokratisierung im Gange. Der europaweite Aufstieg des Rechtspopulismus ist in dieser Hinsicht das deutlichste Symptom. Europa ist an einem Scheideweg – die Fortsetzung der Integration ist keineswegs selbstverständlich. Die Krise Schengens könnte also weniger die Außengrenze hinwegfegen, sondern vielmehr im Inneren zu einer Beschneidung von Rechten, in letzter Instanz auch der Rechte von UnionsbürgerInnen, führen.

POSTREVOLUTIONÄRE MIGRATION VERSCHÄRFT INNEREUROPÄISCHE KONFLIKTE

Die Krise Schengens lässt sich mittlerweile nicht mehr ohne die Krise des Euro und der europäischen Staatsfinanzen denken. Noch vor 30 Jahren liefen wichtige wirtschaftspolitische Grenzen mitten durch Portugal, Spanien und Italien. Das Alentejo, Andalusien, der Mezzogiorno sowie große Teile Griechenlands wiesen niedrigste Lebensstandards auf. In den 1980er Jahren brachten die »Süderweiterungen« Portugal, Spanien und Griechenland in die EG; in den 1990ern haben diese Länder erstaunliche wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Wandlungen durchlebt. Inzwischen ist der europäische Süden eingemeindet – und droht aufs Neue zu verarmen. Nordafrika ist schon längst wirtschaftlich ausgeblutet. Das Einkommensgefälle an der Schengener Südgrenze liegt derzeit bei mehr als zehn zu eins. Diese Kluft ist in historischer wie weltgeographischer Sicht einmalig und fordert zu Aufständen wie zu heimlichen Grenzüberschreitungen heraus.

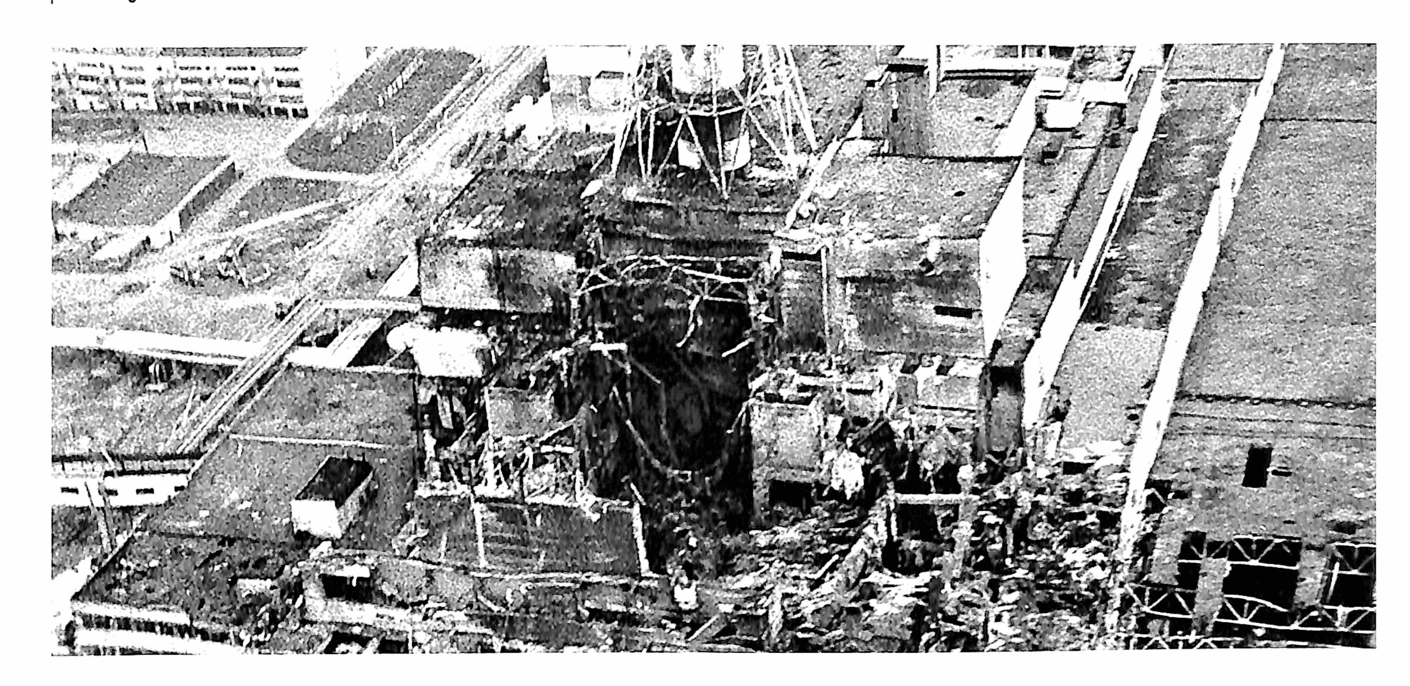
Parallel zu den »Süderweiterungen« begannen die polizeilichen Planungen zur Außengrenze, zur Binnenfreizügigkeit und zur migrations- wie flüchtlingspolitischen Abschottung; daraus entstand das Schengener Regime. Als 1989 die Grenzen des Warschauer Pakts zerfielen, gab es eine erste Krise im Schengener Prozess. Erst die EU-Osterweiterungsrunden haben den Aufenthalt von Hunderttausenden MigrantInnen aus Polen, der Tschechischen Republik und weiteren Ländern legalisiert. Die jetzige Krise ist ungleich gravierender. Während sich die EU nach Osten und Südosten fortlaufend ausdehnt, ist die EU-Südgrenze in den letzten Jahrzehnten zementiert worden. Diese Abgrenzung bricht nun mit dem Sturz der Diktaturen weg.

Doch das Aufbegehren gegen die zunehmende Verarmung und für soziale und politische Rechte in Nordafrika hat schon längst Europa erreicht. Der Kairoer Medan al-Tahrir, Symbol des Aufstands in Ägypten, fand schnell rund um das gesamte Mittelmehr NachahmerInnen. Schon im Sommer fand er sich an der Puerta del Sol in Madrid und auf dem Syntagma-Platz in Athen wieder. Mit dem Aufkommen der Occupy-Bewegungen hat er sich schlechthin globalisiert. In dieser globalen Bewegung für echte Demokratie sehen wir auch eine Chance. Étienne Balibar hat in seinem Buch »Sind wir Bürger Europas?« gezeigt, wie sich die Dynamik der transnationalen Migration in die Debatte um die Demokratisierung Europas einschreibt. Balibar verweist darauf, dass die materielle Grundlage einer für MigrantInnen offenen »Bürgerschaft in Europa« durch die Grenzübertritte der Migration geschaffen wird. De facto schaffen sie ein neues Aufenthaltsrecht. Diese offene Bürgerschaft von unten steht im diametralen Widerspruch zu einer EU-Verfassung, die auf dem Souverän der europäischen StaatsbürgerInnen im klassischen nationalen Sinne verweist. Damit wird aber auch die historische, ideelle Norm der Übereinstimmung von Territorium und Bevölkerung im nationalen Rahmen nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich in Frage gestellt.

Die postrevolutionäre Migration aus Nordafrika und die Widersprüche im Schengener System, die dadurch zu Tage getreten sind, haben noch einmal verdeutlicht, an welchem Scheideweg Europa steht. Eine Bewegung für echte Demokratie kann nur jenseits des Nationalen und dessen Ein- und Ausschlusskriterien gedacht werden. Im Europa der Skepsis und der Renationalisierung ist eine solche Bewegung dringender gefragt denn je. ✖

WEITERE INFORMATIONEN

✖ *Der Artikel ist aus dem ak-Sonderheft: »The people demand...«, Ein Jahr arabische Revolutionen – Fragen an die Linke, 64 Seiten, € 4,50 (+ Porto). vertrieb@akweb.de oder analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg*



Faule Griechen, fitte Deutsche

Zu Ursachen und Funktion des Rassismus bei der Erklärung der Euro-Krise

GIORGOS STEPHANOPOULOS

Vor zwei Jahren stand die griechische Regierung vor der Pleite. Griechenlands Ministerpräsident Giorgos Papandreou reiste daher am 5. März 2010 nach Deutschland, um dort für Hilfskredite für sein Land zu werben. Hätte er bei seiner Ankunft die BILD-Zeitung aufgeschlagen, so hätte er folgenden Brief lesen können:

»Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wenn Sie diese Zeilen lesen, haben Sie ein Land betreten, das ganz anders ist als das Ihre. Sie sind in Deutschland. Hier arbeiten die Menschen, bis sie 67 Jahre alt sind... Bei uns erschummeln sich die Bauern keine EU-Subventionen mit Millionen von Olivenbäumen, die es gar nicht gibt. Deutschland hat zwar auch hohe Schulden - aber wir können sie auch begleichen. Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten. Weil wir von unserem Gehalt immer auch einen Teil für schlechte Zeiten sparen. Weil wir fitte Firmen haben, deren Produkte rund um den Globus gefragt sind...«

Wirtschaftskrisen schaffen Opfer - und damit erhöhten Erklärungsbedarf. Nicht nur für die BILD, auch für Politiker liegt die Schuld an der Krise recht eindeutig bei den betroffenen Ländern bzw. am mangelnden Fleiß ihrer Bevölkerung. *»Wir können nicht eine Währung haben, und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig«*, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel Mitte Mai 2011. Es gehe auch darum, dass *»man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland«*.

Das gezeichnete Bild ist klar: *»Wir haben die Zeche gezahlt - während andere auf unsere Kosten schamlos Party feiern« (BILD 10.5.10). Die »Schummel-Griechen machen mit ihrem Schuldendrama unseren Euro kaputt«* (2.3.10).

Diese Aussagen klingen nicht nur rassistisch und nationalistisch. Sie sind es wohl auch. Denn erstens erhalten unterschiedslos »die Griechen« die Schuld, sie werden als nationales Kollektiv in Haftung genommen, unabhängig vom Arbeitseinsatz der Einzelnen. Zweitens fällten BILD und andere Kommentator_innen ihre Urteile über die Ursachen der Krise schon vor einer näheren Untersuchung der Faktenlage. Das Urteil »faule Griechen« stand schon immer fest und wird durch Befunde nur bebildert. Widersprechende Fakten werden nicht zur Kenntnis genommen. Ein paar Beispiele[1]:

Faulheit: Die Wochenarbeitszeit - abzüglich Mittagspausen - liegt in Griechenland bei 44,3 Stunden pro Woche, in Deutschland bei 41 Stunden.

Urlaub: Griechische Arbeitnehmer_innen haben einen durchschnittlichen Urlaubsanspruch von 23 Tagen im Jahr, die deutschen von 30 Tagen.

»Luxusrenten«[2]: Im Durchschnitt gehen Griech_innen mit 61,9 Jahren in Rente, Deutsche mit 61,5 Jahren. Die griechische Durchschnitts-Rente lag 2007 bei 617 Euro im Monat (Deutschland: 800-900 Euro)

»Party feiern«: Der durchschnittliche Stundenlohn liegt in Deutschland bei 29 Euro, in Griechenland bei 17,7 Euro. Ein Viertel aller griechischen Lohnabhängigen erhält weniger als 750 Euro im Monat.

»Aufgeblähter Beamtenapparat«: In Griechenland sind 7,9% aller Erwerbstätigen Beamte, in Deutschland 9,6%.

»Marode Wirtschaft«: Zwischen 1990 und 2007 hat sich der griechische Export verdreifacht. Die Wirtschaftsleistung (BIP) wuchs um 35%, die deutsche um 10%.

Und so weiter, die Beispiele für Fehlinformationen sind zahlreich. Um bloße Irrtümer handelt es sich bei den Vorwürfen kaum, dafür sind sie viel zu zielgerichtet und resistent gegen Aufklärung. Es sind vielmehr Bebilderungen der Krisenursachen. Sie beruhen auf einer Weltanschauung, die den Rahmen zur Beurteilung des ökonomischen Weltgeschehens liefert.

Im Folgenden geht es nicht um eine umfassende Erklärung von Ursprung und Funktion des Rassismus. Es sollen lediglich einige Ideologien aufgeführt werden, auf denen die ökonomische Weltanschauung fußt und an die die rassistische Deutung der Krise anschließen

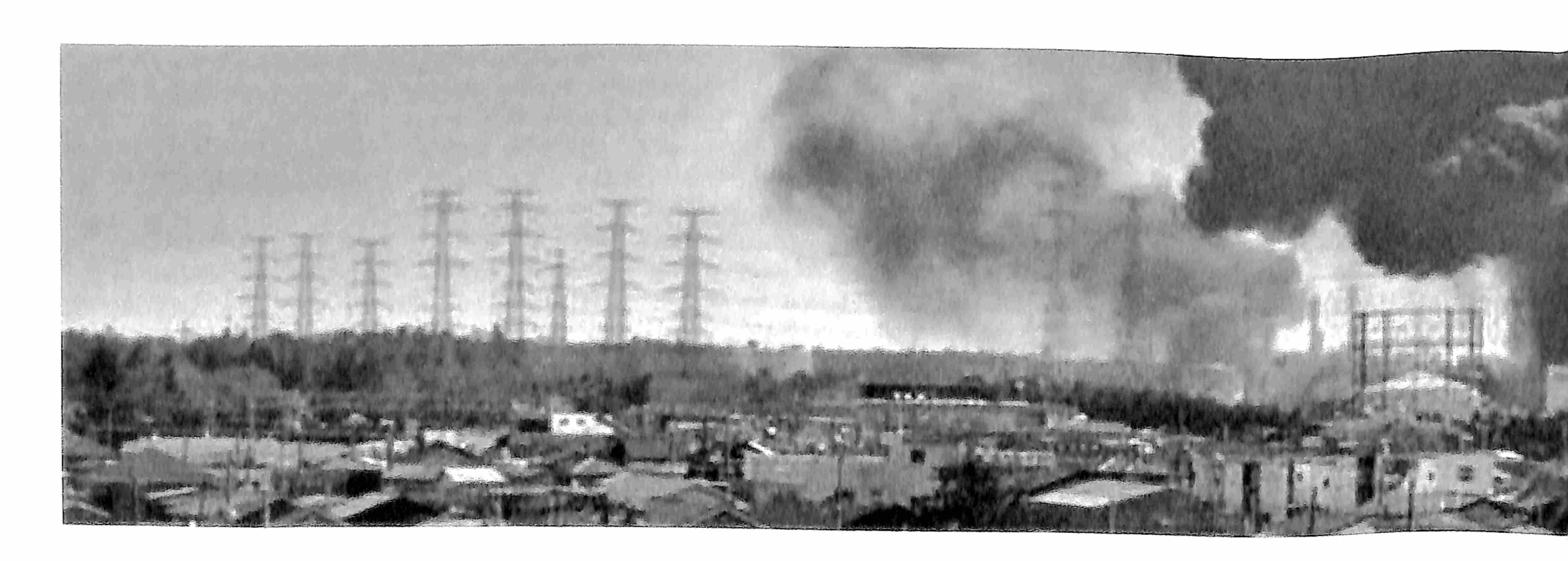
kann. Denn der Rassismus entsteht nicht durch die Krise. Er ist immer da und kann jederzeit allein durch (fehlerhafte) Hinweise auf hohe Renten oder geringe Arbeitsstunden aktiviert werden.

»LEISTUNGSGERECHTIGKEIT« UND RASSISMUS

Dienstbarkeit: Ohne Arbeit kommt man zu nichts, das ist den meisten Menschen klar. Arbeit im Kapitalismus bedeutet jedoch: sich nützlich machen – für andere. Diese anderen, das sind für die meisten Menschen die Unternehmen. Für sie muss man nützlich sein – nicht umgekehrt. Ein großer Arbeitseinsatz und Bescheidenheit gelten daher als lobenswert. Verzicht gilt als Tugend. So erklärt sich, dass im Falle Griechenlands ein hoher Lohn, »Luxusrenten«, viel Urlaub, wenig Arbeitsstress – lauter eigentlich gute Dinge, die sich jeder wünscht – als Mängel dingfest gemacht werden. Umgekehrt ist die eigene Bescheidenheit eine Tugend: »Zehn Jahre lang haben wir Deutsche für einen stabilen Euro geschuftet, haben Opfer gebracht. Haben uns bei den Löhnen zurückgehalten – ohne groß zu murren...«, lobt die BILD (10.5.2010) die Leser_innenschaft.
Diese Haltung basiert auf einer Wahrheit des kapitalistischen Systems: Hier dient die Menschen als Humanressource für die Unternehmen, weil sie von deren Benutzungsinteresse abhängig sind. Und für dieses Benutzungsinteresse sind die Menschen umso tauglicher, je weniger eigene Ansprüche sie stellen. Sie müssen also ihren Materialismus zunächst zügeln, sie müssen billig und leistungsfähig sein, um einen Lohn zu erhalten. Auf der anderen Seite besteht die höchste Leistung »der Wirtschaft« für die Menschen in der Bereitstellung von »Arbeitsplätzen«: Die Menschen für die Unternehmen arbeiten und den Profit produzieren zu lassen – das ist die zentrale Dienstleistung der Firmen für die Bevölkerung.
Harmonieideal: Ohne Fleiß kein Preis, heißt es. Mit Fleiß aber gilt der Preis als sicher. Wer sich anstrengt, wer hart arbeitet und anständig ist, der oder die kommt im Kapitalismus auch zu was, so die Behauptung. Dahinter steht die Idee einer Konkurrenz ohne Verlierer_innen: Wenn jede_R nur an seinem Platz sich ehrlich anstrengt, dann soll die Rechnung auch für alle aufgehen. Im Umkehrschluss gilt damit: Wer in eine ökonomische Notlage oder Krise gerät, der oder die war wohl entweder nicht fleißig (»faule Griechen«) oder nicht anständig (»Schummel-Griechen«). Dieses angenommene Prinzip wird auch auf Inländer_innen angewandt und produziert Vorwürfe wie »faule Arbeitslose« oder »gierige Banker«.
Leistung: Mit dem Harmonie-Ideal des Kapitalismus verwandt ist der Rassismus der Leistung. Gemäß ihm entspricht der ökonomische Ertrag der persönlichen »Leistungsfähigkeit« der Arbeitenden: Wer viel bzw. wenig verdient, so wird geglaubt, der oder die hat es auch nicht anders verdient, und wer in die Krise gerät auch nicht. Mit dem Kurzschluss vom Einkommen auf individuelle Eigenschaften wie Intelligenz, Begabung oder Leistungswillen ist der Übergang zum Rassismus vollbracht: Arme Menschen taugen wohl nicht viel (sonst wären sie ja reich). Erfolgreiche Menschen verfügen über eine besonders wertvolle »Persönlichkeit« (wären sie sonst so erfolgreich?) und verdienen als Helden und Prominente unsere Bewunderung.

IST REICHTUM IMMER »VERDIENT«?

Auf Basis der Ergebnisse der kapitalistischen Konkurrenz – die notwendig Gewinner_innen und Verlierer_innen produziert – teilt der Leistungsrassismus die Menschen in minder- und höherwertige Individuen. Es ist die Behauptung: Der Markt bewertet die Persönlichkeit nach ihrer Leistungsfähigkeit und damit nach ihrem wahren, »natürlichen« Wert. Dieser ökonomische Rassismus bietet eine Legitimation für soziale Unterschiede – Arm und Reich gelten nur als Ausdruck »natürlicher« Unterschiede der Menschen – und eine Deutung von Krisen: »Die Griechen« haben es einfach nicht drauf. Sonst wären sie ja nicht in der Krise. Umgekehrt ist Deutschland ökonomisch erfolgreich – das kann nur an der quasi angeborenen Tüchtigkeit der Deutschen liegen.
Zum einen wird also von einer Entsprechung von Einkommen und Leistung ausgegangen. Zum anderen werden überall Verstöße gegen dieses Prinzip festgestellt: Reichen Erb_innen wird vorgehalten, sie bezögen »leistungslose Einkommen«. Hohe Gehälter für »Banker« gelten als »durch nichts zu rechtfertigen«. Manager_innen mit Millionenbezügen werden als »Nieten in Nadelstreifen« beschimpft, deren Leistung ihr Einkommen nicht rechtfertige – obwohl dies doch eigentlich so sein sollte[3].
Auf der anderen Seite werden jene beklagt, die trotz Anstrengungen zu nix kommen, deren Arbeit nicht gewürdigt wird oder die erst gar keine Chance erhalten, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Damit meint das Stammtischpublikum üblicherweise sich selbst. Diese Verstöße gegen das angenommene Prinzip Lohn=Leistung= Leistungsfähigkeit führen jedoch nicht zu einer Widerlegung dieses Prinzips, sondern zu allgegenwärtigen Klagen, dass es doch zu gelten habe.
Angemerkt sei noch: Schon der Schluss von »Leistung« auf »Leistungsfähigkeit« ist absurd. Ebenso absurd ist die Forderung, im Kapitalismus sollten sich Einkommen und Leistung entsprechen. Denn erstens



kennt die »Arbeitsleistung« gar keinen anderen Maßstab als das Einkommen selbst. Sie hat keinen »eigentlichen« Wert, der getrennt von der Bewertung durch den Markt wäre. Von daher entspräche der Lohn immer der Leistung. Was aber ohnehin nicht so ist. Denn der Lohn entgilt nicht die Arbeitsleistung. Sondern die Arbeitskraft[4].

Nationalismus: Ihre Arbeit sehen die Individuen als ihren Beitrag zum Wohl nicht nur des Unternehmens, sondern auch des Standortes. Zusammengefasst werden alle diese Beiträge im nationalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), das als Ergebnis »unserer« Leistung gilt. Das harmonische Bild kontrastiert mit der Realität auch in Deutschland: Hier konkurrieren Unternehmen gegeneinander um Marktanteile, Lohnabhängige gegeneinander um Arbeitsplätze und Unternehmen und Lohnabhängige konkurrieren gegeneinander um Einkommen usw.

NATIONALISTISCHES »WIR« IN DER KONKURRENZ

Das ökonomische Ergebnis dieses Hauens und Stechens jedoch fasst das Statistische Bundesamt jedes Jahr in einem Gesamtertrag zusammen: ein BIP über 2400 Milliarden Euro, das »unser« Produkt sein soll, auf das »wir« stolz sind oder sein sollen. Im BIP sind Unternehmen und Arbeitslose, Niedriglöhner_innen und Millionär_innen, Politiker_innen und Sozialhilfeempfangende zusammengefasst: ein Land, ein Volk, ein Team. Dies ist die zentrale ideologische Leistung der gesamtwirtschaftlichen Rechnung, die auch »unsere« Investitionsquote ausrechnet, »unsere« Sparquote oder »unsere« Staatsschulden. Im nationalen Kollektiv sind alle Unterschiede ausgelöscht. Gleichzeitig ist jede_R dazu aufgerufen, für dieses Kollektiv Partei zu ergreifen[5] und beizutragen zum Wohle der Nation und ihr Geld: Der Euro ist »unser Euro«, auch wenn ein paar sehr viel davon haben und die meisten nur wenig.

Kombiniert mit dem Leistungsrassismus kommen Nationalist_innen zu folgendem Weltbild: Das BIP oder die Staatsschuldenquote sind die Summe all »unserer« Anstrengungen und Fähigkeiten. Wenn der griechische Staat überschuldet ist, dann sind damit also auch »die Griechen« pleite (obwohl es viele reiche Griech_innen gibt), dann haben »die Griechen« über ihre Verhältnisse gelebt (egal wie sparsam die Einzelnen gewesen sein mögen), dann sind »die Griechen« faul und/oder schlicht unfähig[6]. Und wenn Deutschland erfolgreich auf dem Weltmarkt ist, dann haben »wir« (wer?) eben »fitte Unternehmen«.

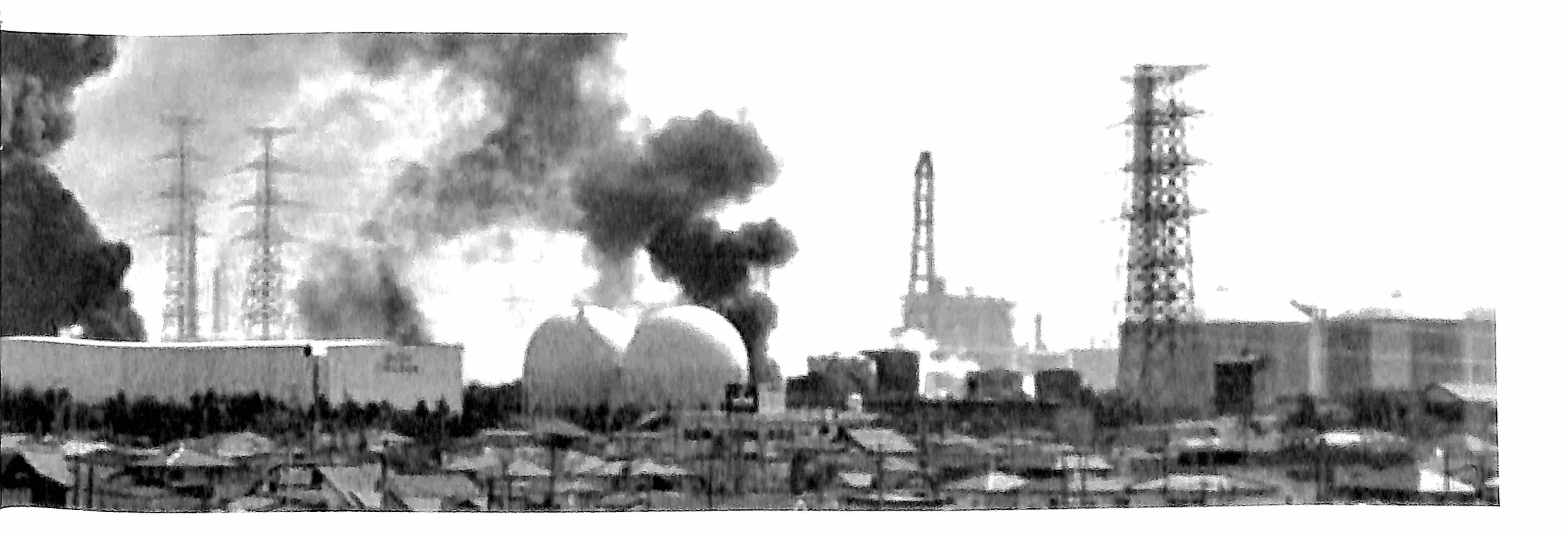
Der Nationalismus kommt in Kombination mit dem Harmonieideal zu dem Schluss: Wenn hier zu Lande etwas schief geht, dann ist das Ausland schuld. Dafür finden Nationalist_innen leicht Belege. Denn in der globalen Konkurrenz der Standorte sucht jedes Land seinen Vorteil auf Kosten der anderen. Das als »Partnerschaft« der Staaten titulierte Weltsystem existiert nur als Machtkampf einzelner Staaten um Anteile am globalen Reichtum. Daher ist »unser« Wohlstand permanent bedroht – entweder durch »faule Griechen« oder aber durch Chinesen, die eben nicht faul und gefräßig sind, sondern gerade durch Bescheidenheit und Arbeitsfleiß für »uns« so gefährlich sind.

Die rassistische Deutung der Krise ist nützlich. Politiker_innen formulieren mit ihr einen Anspruch: Egal ob »die Griech_innen« nun faul oder verschwenderisch sind, sie müssen auf jeden Fall die Kosten der Krise tragen. »Die Griechen gehen zu früh in Rente« – solch ein Satz mag wahr oder falsch sein. Auf jeden Fall aber soll das Rentenalter in Griechenland hoch gesetzt und die Rente verringert werden.

Für die Bevölkerung dient die rassistische Deutung zum einen zur Reduktion von Komplexität: Sie bietet eine einfache Erklärung komplizierter Zusammenhänge. Gleichzeitig können sich Rassist_innen bedingungslos auf die Seite jener Institutionen – Regierung und Unternehmen – stellen, denen sie ohnehin unterworfen sind. Damit wirkt Rassismus systemstabilisierend. Das wird belohnt: Die BILD erhielt 2011 für ihre Serie »Geheimakte Griechenland« den Herbert-Quandt-Medienpreis. ✖

ANMERKUNGEN

1. *Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Zeit vor der Finanzkrise. Eine ausführlichere Untersuchung findet sich in der Broschüre »Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!«. http://www.rosalux.de/publication/37617*
2. *»Wir zahlen den Griechen Luxusrenten« (BILD 27.4.2010)*
3. *Siehe hierzu auch: Ökonomische Krise als Charakterfrage: die Managerschelte. Prokla 140, Sep. 2005. http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2005/Prokla140.pdf*
4. *Warum zumeist geglaubt wird, der Lohn bezahle die Arbeitsleistung, siehe: Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie, S. 94.*
5. *In Deutschland wie in Griechenland: »Papandreou rief alle Griechen auf, ›nur noch ans Überleben des Vaterlandes zu denken‹«. (Focus, 26.2.2010).*
6. *Dabei stimmt eher die Umkehrung: Die Krise hat die Arbeitslosenquote in Griechenland steigen lassen und damit tausende Griechen zur »Untätigkeit« verurteilt.*



Gruppenbezogene Feindbilder in der Krise

Eine Laclau'sche Interpretation

▮ FRANK MEYER

Hetze! Nichts anderes scheint derzeit und schien in den letzten zwei bis drei Jahren im Rahmen der Berichterstattung eines unglückselig großen und vielbeachteten Boulevardblattes dessen Agenda zu sein. Mehrfach wurde in großen Lettern gefordert, »die Griechen« aus der EU zu werfen. Es wurde beklagt, dass »die« sich nicht richtig anstrengen, faul sind, »wir« für »die« zahlen und es wurde eine harte Gangart von »Merkules« gefordert. Meldungen über Luxusyachten und das Aussetzen von Kindern würzten aphorismus würdige Äußerungen wie »Ihr griecht nix von uns!« und das Empören, dass »die Deutschen« als Nazis bezeichnet wurden.[1] Zweifellos scheint diese Kampagne der traurige Höhepunkt medial-deutscher Hybris zu sein, denn die Wahrnehmung der »Schuld an der Krise« unterscheidet sich in anderen EU-Mitgliedsstaaten schon erheblich.

Insbesondere bezüglich der Politik kann gemutmaßt werden, dass dieser Kurs durchaus wohlwollend gesehen wurde, da er das ideologische Fundament von Angela Merkels Politik der Vorbildschaft Deutschlands für alle (EU-)Länder in rhetorisch leicht verdaulichen Stammtisch-Häppchen expliziert. Das Scheitern von »EU-Verhandlungen« wird anderen Ländern zugeschrieben, und wenn sich »Super-Deutschland« durchsetzt, wird der Bundesadler in Herkules-Pose zelebriert. Der Fokus auf Pressebeiträge ist dabei jedoch nicht unbedingt gerechtfertigt, da auch politische Würdenträger stets der territorialen Denkfalle anheimfallen, dass Nationalstaaten eine Art naturgegebenes Organisationsprinzip sei (Agnew 1994), und jeder Mensch mit seiner Nation (bzw. seinem Volk) Eigenschaften teilt und deswegen eine Gleichsetzung der beiden möglich ist (man denke an die berühmten deutschen Tugenden). Auf der Basis dieser Ungenauigkeit kann Angela Merkel im Sommerinterview 2011 dann in Kombination mit der Annahme, dass »wir« es richtig machen und »die Anderen« dies nicht tun, öffentlich befürchten, dass z.B. bei einer Umschuldung eines Staates der EU »sich auch andere Länder nicht mehr so anstrengen«. Im Kontext dieser Äußerung ist es damit auch möglich, dann zu konstatieren »Ja, Deutschland hilft, aber Deutschland hilft nur dann, wenn sich die anderen anstrengen. Und das muss nachgewiesen werden«.

KONJUNKTUR GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT(EN)

Generalisiert man den ersten Eindruck der Griechen-Kampagne und betrachtet, welche gruppenbezogenen Feindbilder medial in den Jahren »der Krise« (z.B. ab 2008) besonders präsent waren, so erhält man eine Liste illustrer Beispiele: Migranten wurden in der Sarrazin'schen Debatte als Sündenböcke des sich »abschaffenden« Deutschlands identifiziert. Radikale Konvertiten seien »zu allem bereit«, wobei den Deutschen mehrfach eine zunehmende generelle Islamophobie zugeschrieben wurde. Weitere Schwerpunkte schienen jugendliche, ausländische, kriminelle, südländische Gewalttäter in U-Bahnhöfen zu sein, die Ausschreitungen durch jugendliche, ausländische, kriminelle »Randalierer« in Großbritannien, »Linksterror«, »Killer-Nazis«, Bankster und Zocker und viele mehr. Die Begriffe werden überdies teilweise bipolar-qualitativ aufgeladen: Konnotationen von Skrupellosigkeit, Fanatismus, Egoismus und Boshaftigkeit schwingen mit und positionieren das Zugeschriebene eindeutig zwischen »Gut« und »Böse«, und noch eindeutiger zur moralisch überlegenen Position »der Mitte«, »des Normalbürgers« oder zur Position des artikulierenden Mediums. Welche »Sau dabei durchs Dorf getrieben« wird, erscheint zunehmend willkürlich und obliegt scheinbar der Dynamik des entsprechenden journalistisch-politischen Pragmas. Die spezifischen Rationalitäten sind selten transparent. Sei es die – so wurde gemutmaßt – verfassungsfeindliche, extremistische Partei DIE LINKE, der das demokratische Fundament abgesprochen wird, die Rolle der »Piraten« und »Chaoten« des Chaos Computer Clubs in der Debatte um Staatstrojaner, uneinsichtige Stuttgart 21-Protestler, fanatische Anti-Atom-Chaoten und viele mehr. Zweifellos erreichen Statements von etablierten Politikern selten die rhetorische Radikalität des bisher in diesem Beitrag fokussierten Boulevard-Mediums, jedoch scheinen die Logiken oft komplementär: Das zugrunde liegende Vorurteil auf der Basis arbiträrer Selektionen wird mittels einer repräsentationellen Strukturierungsoperation qualitativ (z.B. gut/böse) oder quantitativ (viel/wenig; Mehrheit/Minderheit) aufgeladen und im Kontext von Räumlichkeit (Böse-dort; Gutes-hier) oder Zeitlichkeit (antiquiert, modern, etc.) »vernatürlicht«. D.h. es seines Kontextes beraubt und als naturgegeben und damit als universell, ahistorisch gültig gekennzeichnet.

Im Zuge dieser Vernatürlichung werden die kontingenten Grundlagen von Grenzziehungen innerhalb von Gesellschaften verschleiert. Dieser Akt ist ambivalenter Natur. Einerseits setzt dies eine Homogenisierung der zugeschriebenen Gruppe voraus (bzw. die Annahme dessen), d.h. die individuellen und subjektiven Unterschiede werden verschwiegen; so werden beispielsweise aus einigen unehrlichen PolitikerInnen »die Politiker« bzw. »der Politiker« (ein Strang der hier nicht verfolgt werden soll: grundsätzlich im generischen Maskulinum). Diese metonymische Operation reduziert die Vielfältigkeit des Sozialen und transformiert einen beschreibenden Begriff in den Namen eines konkreten sozio-politischen Akteurs (Laclau 2005: 109f.). Andererseits expliziert sich dabei nicht nur die Homogenisierung »des Anderen« (des Feindes, etc.), sondern auch des Eigenen: Durch die identifikatorische Operation der Grenzziehung um eine solche Gruppe,



wird gleichzeitig das dieser Gruppe nicht Eigene designiert: Wenn die EU davon spricht, dass »die Terroristen« eine »culture of death« bilden, die in Konkurrenz zum Europa »des Schildes und des Schwertes« stehe, so ist ebenfalls die gleiche interne Homogenisierung erkennbar, die sowohl im Diskurs um die »Islamisierung Europas«, um Bankster vs. ehrliche Gesellschaft, als auch in den Logiken »für den kleinen Bürger« und »gegen die Bonzen da oben« bei rechtsextremen Parteien zu erkennen sind.

POLITICS OF CRISES ALS SYMPTOM TOTAL(ITÄR)ER DE-POLITISIERUNG

Der zuvor beschriebene Tropus des Austausches des Speziellen durch das Allgemeine ist im Kontext einer weiteren rhetorischen Operation zu sehen: Die Entpolitisierung. »Das Politische« kann als jenes Handeln identifiziert werden, welches die eigene Kontingenz zu verschleiern versucht (Marchart 2007: 142). Das heißt, dass all jene Rhetoriken in den Fokus zu rücken wären, welche sich beispielsweise als unausweichlich, schlicht pragmatisch funktional und bar jeder Alternative darzustellen versuchen. Neben rhetorischen Mitteln, die zum Ziel haben, das eigene Argument durch falsche Aussagen zu legitimieren (z.B. die paradigmatische Basis im Portal »pi-news.net«, dass »Europa« christlich sei und schon immer war), erfüllen auch populäre Äußerungen im Kontext der »Euro-Krise« diese Funktion. Jene Politiken der EU-internen Abstimmung und Aushandlung von »Finanzhilfen« wurden mehrheitlich weit ab bürgerlich-demokratischer Legitimation ausgeführt, wie die Debatte um den »Geheimausschuss« zur Prüfung der aus den Beihilfen für Griechenland resultierenden finanziellen Bürden und den »Europäischen Stabilitätsmechanismus« (ESM) belegt. Die Politiken der Krise(n) - politics of crisis/crises - stellen dabei aus gouvernementeller Sicht eine Art Mechanismus des Ausnahmezustandes dar, innerhalb und vor allem mittels dessen abseits etablierter Rechtskonzepte politisch agiert werden kann (Agamben 2004: 102). In einer als Krise designierten Situation, in der schnelles und pragmatisches Handeln als »unabdingbar« und »alternativlos« bezeichnet wird, verkommt jedoch der Normalzustand zu einem ewig elusiv-illusionären Status der Gesellschaft (Clegg/Haugaard 2009: 120): Das zu erreichende Ziel einer freien, sicheren und egalitären Gesellschaft wird zu einer Utopie, mittels derer fortwährend politisches Handeln - durchaus entgegen dem Ziel einer freiheitlichen Gesellschaft (siehe die Debatte um die Einschränkung persönlicher Freiheiten zur Wahrung persönlicher Sicherheit im Kontext der Terrorismus-Bekämpfung), legitimiert werden kann.

Die interpretative Konsequenz daraus ist Vorsicht. Es ist Tatsache, dass auf supranationaler wie nationaler Ebene eine Regression demokratischer Praktiken zu diagnostizieren ist. Zudem ist Tatsache, dass medial durch vorrangig der Auflage verpflichtete Institutionen (durchaus in Kooperation mit (politischen) Personen des öffentlichen Lebens), wie auch politische Akteure über die Wege der Instrumentalisierung und Produktion gruppenbezogener Feindbilder (siehe die rassistischen Implikationen des Wahlkampfes zur Landtagswahl 2009 in Hessen) Aufmerksamkeit und Wohlgesinnen erreicht werden soll und wird. Nicht jeder gesellschaftliche Stereotyp ist jedoch intentional »gesteuert« oder »eingebracht«. Vielmehr können bestehende Ressentiments aufgegriffen, verändern oder auch verstärkt werden, seitens Unternehmen, NGOs oder auch von einzelnen Personen genutzt, weitergegeben, anerzogen oder wieder abgelegt werden. Es ist keinesfalls ein totalitäres linguistisches System, welches hier skizziert wird, sondern ich möchte, in der Absicht über bestehende Logiken zu informieren, die politisch-mediale Produktion gruppenbezogener Menschenfeindlichkeiten thematisieren.

Das proklamierte Feindbild ist dabei nicht zwingend und selten im Detail ausgearbeitet, sondern muss von der Zielöffentlichkeit als meist fast entleerter Signifikant nur »lesbar« sein (Zizek 2001: 243). Die Krux dabei ist jedoch, dass erst durch die Präsenz des Feindbildes das eigene Handeln zu legitimieren notwendig wird, und so ein permanentes prekäres Identitätsverhältnis des artikulierenden Projektes zu sich selbst, vor allem aber eine Abhängigkeitsbeziehung zum Feindbild besteht (vgl. Reckwitz 2006: 346). Die Aufgabe des politischen Aktes ist es dabei fortan, diese Abhängigkeit und die eigene Unmöglichkeit der Konsistenz zu verschleiern. Die Artikulation der eigenen »Alternativlosigkeit« muss kontinuierlich bekräftigt werden: Ein Akt der De-Politisierung.

Dabei scheint es nicht unbedingt ein Dienst informationstechnologischer Entgrenzung zu sein, diese De-Politisierung zu beschränken. Eine propagierte Schwarmintelligenz kann durchaus in einen »shitstorm« gipfeln, ohne die Gewährleistung für moralische und inhaltliche Richtigkeit. Es ist vielmehr so, dass durch Pseudonymität und spezialisierte Online-PR-Agenturen nicht nur Information, sondern auch Desinformation durchaus leichter platzierbar ist, und das öffentliche Forum sich nur vielstimmiger und komplexer, jedoch nicht wahrheitsgemäßer äußert.

DIE ROLLE VON WISSENSCHAFT

In diesen Verhältnissen ist es unumgänglich, dass Wissenschaft aktiv an der Entschleierung der Bedingungen von Politik mitwirkt. Nicht unbedingt als politisches Projekt für eine bestimmte Position, aber als

fortwährend politisierende Anstrengung, eingedenk der Prämisse, gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. So kann aus dem Eindruck verpönter postmoderner Relativität eine durch die Postmoderne geläuterte kritische Begleitung und Intervention in gesellschaftliche Diskurse gewährleistet werden. Es darf nicht allein nur das »was« thematisiert werden, sondern das »wie«. Die Konstruktionslogiken und -prozesse politischer Projekte, deren Diskontinuitäten und Widersprüche sind unentwegt offenzulegen, um das Aufkommen gegenpolitischer Projekte zu ermöglichen und die Kontingenz soziopolitischer Grenzziehungen offenzulegen. ✖

ÜBER DEN AUTOR



✖ *Frank Meyer ist Diplom-Geograph, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Länderkunde zu Leipzig sowie Redakteur der Online-Zeitschrift »entgrenzt - studentische Zeitschrift für Geographisches«*

ANMERKUNGEN

✖ *Agamben, G. (2004): Ausnahmezustand. Frankfurt am Main.*

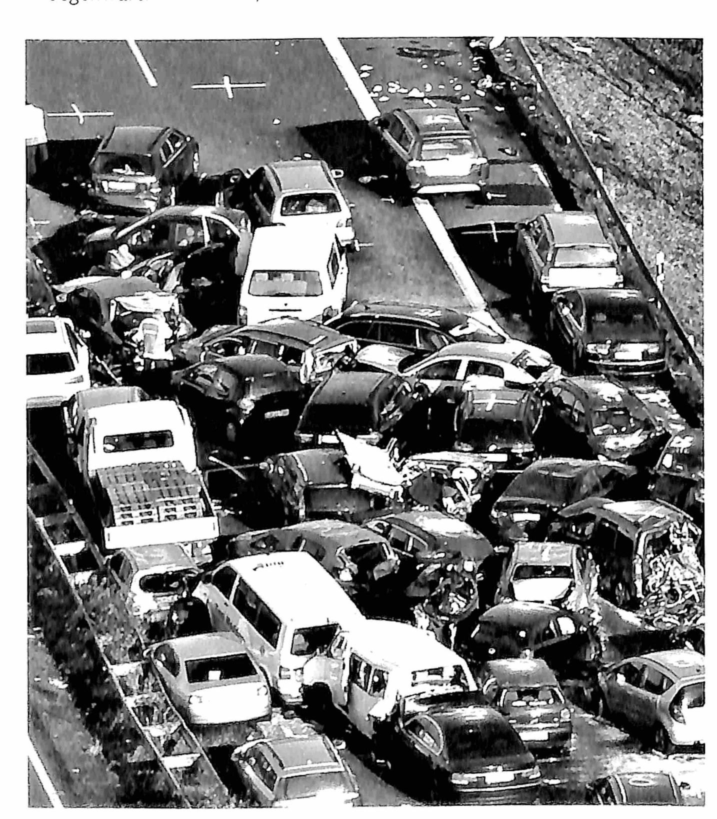
✖ *Agnew, J. (1994): The territorial trap: the geographical assumptions of international relations theory. In: Review of International Political Economy 1(1), S. 53-80.*

✖ *Clegg, S.R.; Haugaard, M. (2009): The SAGE Handbook of Power. London.*

✖ *Laclau, E. (2005): On Populist Reason. Verso, London.*

✖ *Marchart, O. (2007): Post-Foundational Political Thought. Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau. Edinburgh.*

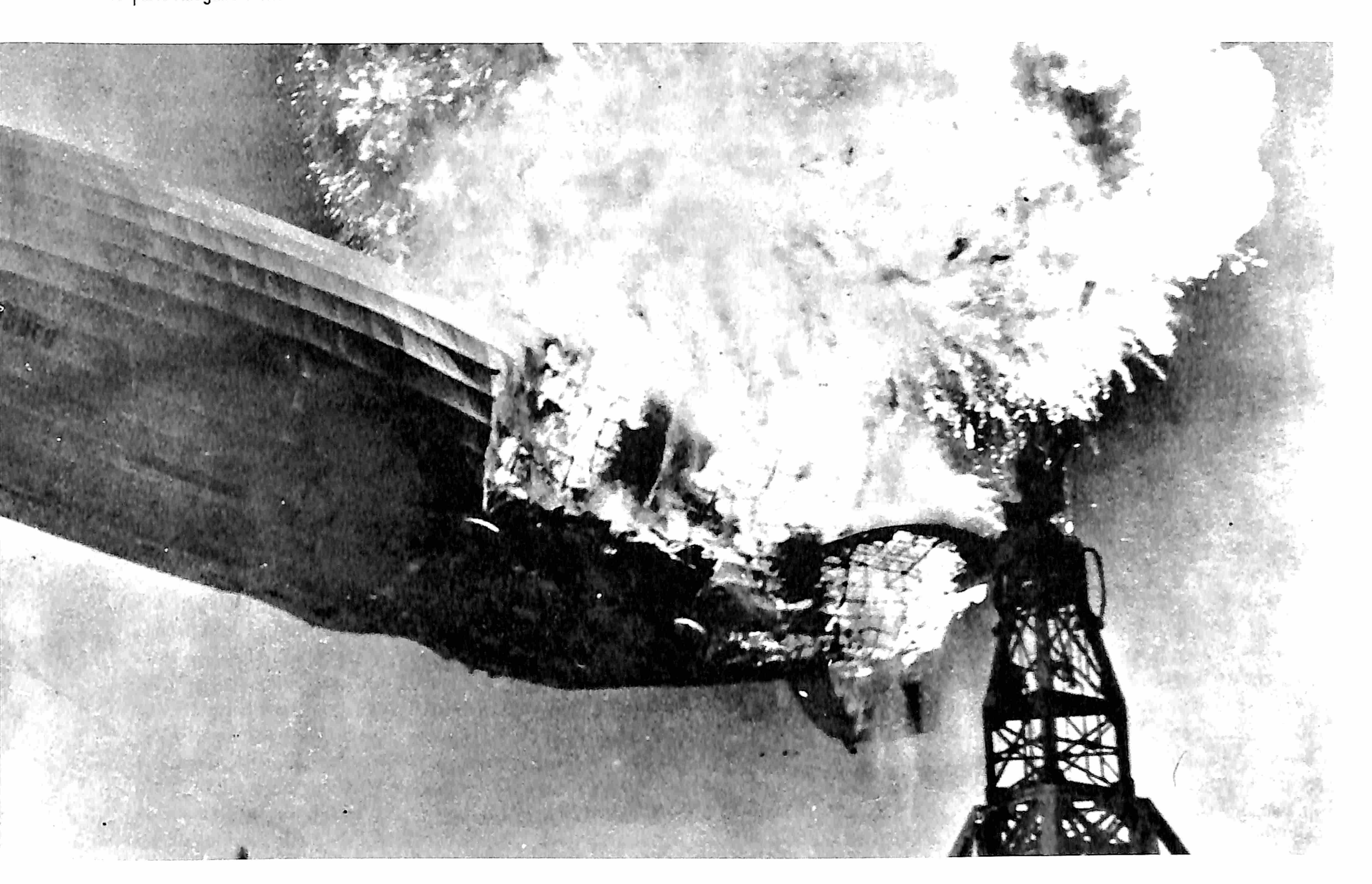
✖ *Reckwitz, A. (2006): Ernesto Laclau: Diskurse, Hegemonien, Antagonismen. In: Moebius, S.; Quadflieg, D. [Hrsg.] (2006): Kultur. Theorien der Gegenwart. Wiesbaden, 339-349.*



QUELLEN



1. *Dazu ein kritischer Überblick von Bildblog.de aus dem November 2011: http://www.bildblog.de/34704/griechen-raus/*
2. *http://www.bild.de/politik/inland/deutschland/wird-unsere-staerke-zum-problem-neid-auf-super-deutschland-22366982.bild.html*
3. *http://www.ardmediathek.de/ard/servlet/content/3517136?document Id=7702180*
4. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,763247,00.html*
5. *http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,735536,00.html*
6. *http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,604691,00.html*
7. *http://www.presseportal.de/pm/75892/1697061/swr_das_erste*
8. *http://www.spiegel.de/thema/krawalle_in_grossbritannien_2011/*
9. *http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/innenminister-vs-polizei-berliner-brandattacken-entfachen-debatte-um-linksterror/4748252.html*
10. *http://www.bild.de/news/jahresrueckblick-2011/nsu/killer-trio-fliegt-auf-nazi-terror-schock-deutschland-21326190.bild.html*
11. *http://www.bild.de/news/wirtschaft/real/tritt-zurueck-6052334.bild.html*
12. *http://www.bild.de/politik/wirtschaft/fonds/eu-zuegelt-hedge-fonds-12591838.bild.html*
13. *http://netzpolitik.org/2011/aktuelle-stunde-im-bundestag-zum-staatstrojaner/*
14. *Besonders elaboriert erschien dieses Beispiel innerhalb des Terrorismus-Diskurses seitens der EU. Franco Frattini - Kommissar für Justiz und Inneres der EU-Kommission zwischen 2004 und 2008 - bemerkte im Juli 2007 »Threats to European Union citizens often come from outside the EU's borders.«*
15. *Eine solche »toto pro pars«-Operation ist auch als »pars pro toto« diagnostizierbar; so zum Beispiel anhand der Diskussion ob Anders Breivik - der Attentäter von Olso und UtØya 2011 - eher ein Einzeltäter oder das Symbol für eine zunehmend etablierte Islamophobie und dessen Radikalisierung sei.*
16. *Franco Frattini, 11.09.2006*
17. *Franco Frattini, 02.09.2005*
18. *Siehe z.B. http://www.welt.de/debatte/article13841150/Europa-laeuft-Gefahr-die-Demokratie-zu-verspielen.html*
19. *http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-06/merkel-union-sparen*
20. *http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2010/03/2010-03-03-merkel-griechenland.html*
21. *http://www.fluter.de/de/74/thema/7262/*
22. *http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-in-hessen-trotz-debakel-cdu-bleibt-staerkste-partei-1.289257*



Dialektik der Leistung

Der Ort des Glücks zwischen Anerkennung und Verweigerung

ROBERT ULMER

Glücksforscher wissen: der »Flow« des selbstversunkenen Tätigseins macht glücklich. Kinder sind nicht faul. Sie wollen spielen. Zwar immer nur 20 Minuten, dann wollen sie zur Abwechslung etwas anderes – aber was ist falsch daran? Wenn Bedingungen geschaffen sind, die allen ermöglichen, in Freiheit tätig zu sein, werden die meisten genau dies auch lernen: in Freiheit tätig sein. Was heute verhindert wird. Die Androhung von Not, diese entscheidende absichtsvoll erzeugte und aufrechterhaltene Rahmenbedingung des Arbeitsmarktes (zumindest seiner »unteren« Regionen), zerstört massenhaft die Motivation, selbstbestimmt tätig zu werden. Gehorchen macht krank – somit stecken Erwerbslose und Niedriglöhner in der Gesundheitsfalle fest: denn nicht gehorchen und den Job verlieren oder Kürzungen von Transfereinkommen hinnehmen ist auch nicht gesünder. Die Abschaffung des bevormundenden und demütigenden Workfare-Sozialstaates ist Voraussetzung für Salutogenese, für die Erfahrung von Selbstwirksamkeit, für die Freude am Erfolg. Denn in diesem Sinne ist der Workfare-Sozialstaat sogar Leistungs-hemmend und Leistungsunterdrückend. Die »Dialektik der Leistung« lässt sich auf diesen Punkt bringen: gekonnte Leistungsverweigerung als eine Bedingung der Auflösung der leistungshemmenden Wirkungen des Leistungsprinzips.

Hohe Arbeitsproduktivität würde eine allgemeine Entlastung von der Mühe der Arbeit ermöglichen. So lange diese Entlastungsmöglichkeiten gesellschaftlich nicht realisiert werden, so lange das geltende Leistungsprinzip die Lohnabhängigen in eine bodenlose Unterbietungskonkurrenz treibt, so lange führt herkömmliche Leistungsbereitschaft zu einem kollektiv schlechten Ergebnis. Leistungs-Verweigerung wäre die bessere Leistung.

Leistung ist, zunächst und physikalisch gesehen, etwas Quantitatives: Arbeit pro Zeit. Ein Profisportler bringt auf einem Fitnessgerät mehr Leistung als ein unsportlicher Mensch. Je mehr Arbeit pro Stunde, desto höher die Leistung. Leistung ist Produktivität, die mittels Übung, Arbeitsteilung und technischem Fortschritt gesteigert werden kann und auch wird. Gesellschaftlich (Ausnahme: der Einsiedler, der auf die Vorteile der Arbeitsteilung verzichtet) ist Arbeit immer: etwas für andere tun. Ebenso Leistung. Es entspringt dem Urteil anderer, inwieweit das was ich tue als Leistung anerkannt wird. Bei der Frage, wie »gut« eine Leistung ist, geht es um eine Wertung: die Verhandlung zwischen Vertragspartnern auf Märkten. Über die Qualität meiner Leistung befinden jene, die meine Leistung konsumieren, bezahlen, kontrollieren, begutachten, sie wie auch immer anerkennen oder eben nicht anerkennen. Insofern ist Leistung immer auch Kommunikation: ohne den Sklavenhalter, der mich antreibt, ohne den Kapitalisten, der meine Leistung ausbeutet, ohne den Kunden, der meine Dienstleistung nachfragt, ohne die Arbeitsvermittlerin, die meine Bewerbungsbemühungen kontrolliert, ohne die Familienmitglieder, die meine Familienarbeit – dankbar oder undankbar – nutzen, ohne den Geliebten, der sich über meine Liebe freuen kann, würde ich ins Leere agieren, keine anerkannte Leistung bringen. Wenn ich darüber klage, dass es ungerecht ist, dass

ich nicht anerkannt werde und darauf bestehe, dass das was ich tue (oder das was ich tun könnte, falls ich auf Arbeitssuche bin), doch einen hohen Wert habe, nehme ich den Standpunkt eines Anderen ein, und tue so, als sei ich der Andere, der meine Leistung beurteilt. Aber dass die wirklichen Anderen meine Leistung genauso beurteilen, dazu kann ich sie nicht zwingen. Die Wahrheit über den Wert meiner Leistung liegt in der Freiheit und im Ermessen der anderen.

SURFEN AUF DER WELLE DES FORTSCHRITTS

Nun sind die Klagen der »Minderleister« über die Ungerechtigkeit, die die »Leistungsträger« begünstigt, durchaus berechtigt: Denn der von anderen anerkannte Erfolg einer Leistung beruht nur zu einem kleinen Teil auf dem Beitrag, der wirklich der individuellen Anstrengung zugeschrieben werden kann. Der weitaus größere Teil des Erfolges meiner Leistung, Ökonomen wie Herbert Simon (vgl. Offe 2009: 138) sprechen von 90 Prozent, beruht auf gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, kulturellen Ressourcen, die ich nutze, ohne sie selbst geschaffen zu haben. Das sind einerseits ganz handfeste Infrastrukturen, wie Verkehrswege oder Kommunikationsinfrastrukturen, andererseits das kumulierte, allen verfügbare gesellschaftliche Wissen, die Sprache, Kulturtechniken, der Umstand, dass Menschen zivilisiert miteinander umgehen, die Rechtsordnung usw. »Leistungsträger« surfen auf einer großen Welle gesellschaftlichen Fortschritts, zu der sie ihrerseits immer nur einen kleinen Beitrag leisten – wenn überhaupt. Damit soll den Erfolgreichen ihr Erfolg nicht kleinlich missgönnt werden. Aber die weniger Erfolgreichen haben ein Problem: sie sind im Sinne eines eng verstandenen Leistungsprinzips dazu verdammt, von den Früchten ihrer Leistung zu leben, und wenn der Markterfolg ihrer eigenen (oder eben, siehe oben, zu 90 Prozent eben nicht »eigenen«) Leistung zu gering ist, haben sie ein zu geringes oder gar kein Einkommen. Deshalb sollte, zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, den erfolgreichen »Surfern« ein Teil der Früchte ihres Erfolges als Steuer wieder abgezweigt werden, um jenen, die nicht so geschickt auf dieser Welle surfen können, ein Auskommen zu ermöglichen. Diese Verteilungskorrektur ist nicht als temporärer Notbehelf zu sehen (z.B. »so lange, bis alle Arbeit haben«), sondern als dauerhaftes Gegensteuern gegen eine ansonsten quasi naturwüchsig sich verstärkende Ungleichverteilung. So weit könnte man sogar im Sinne des Leistungsprinzips argumentieren: die Leistungsträger sollen Anspruch auf die Früchte ihrer Leistung haben, nämlich auf die 10 Prozent, die von ihnen erbracht werden. Über die Verteilung der restlichen 90 Prozent kann aus dem Leistungsprinzip keine Erkenntnis gezogen werden, weil die Schöpfer dieser 90 Prozent entweder nicht mehr leben oder individuell nicht identifizierbar sind.

Auf der einen Seite steht der Produktivitätsfortschritt, also die zunehmende Verüberflüssigung menschlicher Arbeitskraft, und auf der anderen das geltende Leistungsprinzip, mit den Früchten der eigenen Arbeit (also aus der Bezahlung der eigenen Arbeit durch andere) sein Leben verdienen zu müssen. Zwei Seiten, die nicht gut zusammen passen: Immer mehr »Überflüssige« müssen in der drangvollen Enge des Arbeitsmarktes immer intensiver darum konkurrieren, als Arbeitskräfte gebraucht und bezahlt zu werden. Das Ergebnis ist bekannt: eine bodenlose und keineswegs auf ein »gesundes« Gleichgewicht zusteuernde Unterbietungskonkurrenz um zunehmend unattraktive Jobs, Prekarisierung. Wenn wir an den Gedanken anknüpfen, dass Leistung etwas ist, was gut für die Anderen ist, so sehen wir hier, dass die Leistungsbereitschaft für Billigjobs zwar für den je Einzelnen vielleicht der einzige Ausweg ist, aber für viele Andere, genauer gesagt, für die Lohnabhängigen, ein schlechtes Ergebnis, eine zunehmende Verschlechterung der Marktposition hervorbringt, darstellbar mit der spieltheoretischen Struktur des Gefangenendilemmas: individuell rationales Verhalten mit einem kollektiv irrationalem Ergebnis. Hohe individuelle Arbeitsbereitschaft bewirkt kollektiv die zunehmende Selbstdeklassierung der Deklassierten.

Wenn die normale Leistungsbereitschaft über den Mechanismus der Unterbietungskonkurrenz zu einer Verschlechterung der Gesellschaft führt, wäre es interessant zu wissen, welche Art Leistung zu einer besseren Gesellschaft führt, die die Armut nachhaltig abschafft und die Unterbietungs- und Prekarisierungs-Abwärtsspirale beendet. Wie können Einzelne der Prekarisierungs-Entwicklung erfolgreich Widerstand leisten? Erfreulicher Weise nicht mit einem Opfer, sondern mit etwas mehr Egoismus. Die Leute müssen wieder lernen, das zu tun, worauf sie Lust haben. Warum? Wenn Arbeit das ist, was Mühe macht, was die Leute nur tun, wenn sie mit einem Lohn dafür entschädigt werden (also das »Arbeitsleid« der Neoklassik), und wenn gleichzeitig Arbeit durch Produktivitätsfortschritt immer überflüssiger wird oder werden könnte, dann sind jene die besten Vorreiter einer bessere Zukunft, die auf Arbeit verzichten und beim Gerangel um Jobs den anderen den Vortritt lassen.

Schön und gut, soweit. Nur: genau diese vornehme Zurückhaltung in puncto Arbeit können sich viele nicht leisten. Der absichtliche Verzicht auf Lohneinkommen ist in einem auf Workfare orientierenden Sozialstaat nicht vorgesehen. Der Workfare-Sozialstaat erzwingt die Teilnahme an der Unterbietungskonkurrenz. Transfereinkommen für Arbeitslose gibt es nur als Leistung bei Gegenleistung: vor allem bei der Bemühung, die Geld-Bedürftigkeit zu verringern oder, besser noch, zu beenden. Etwaige auf ein Leben in Selbstbestimmung zielende Berufspläne haben keine Bedeutung. Alle Ansprüche an eine interessante und erfüllende Arbeit sind auf der Suche nach dem x-beliebigen Job hintan zu stellen. Glück muss als Opfer dargebracht werden auf dem Altar der Arbeit. Es herrscht Lohn-Extremismus,



Lohn-Fundamentalismus: nur der Lohn für eine Leistung ist ein gerechtes Einkommen. Diese gesetzliche Situation wird vom Mehrheitswillen der Bevölkerung getragen. Ressentiments gegen Ausgegrenzte nehmen zu, sei es als »Nützlichkeitsrassismus« gegen vermeintlich oder tatsächlich Unnütze, sei es als »Klassismus« gegen Deklassierte. An dieser Klippe scheitert der Appell, unsere Leistungsgerechtigkeit um eine »solidaristische« Komponente zu ergänzen; durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (vgl. Van Parijs 1997).

GLÜCKLICHE ARBEITSLOSIGKEIT – EINE »LEISTUNG«

So wird die Leistungsverweigerung zur schwersten Leistung. Von Workfare-Transfereinkommen zu leben, ohne die Beendigung der Inanspruchnahme zu beabsichtigen, ist gesetzlich verboten. Der glückliche Arbeitslose muss ein doppeltes Spiel spielen. Gegenüber der Behörde, also der Hand, die ihn füttert, muss er sich verstellen und glaubhaft die Rolle des unglücklichen Arbeitslosen spielen. In seinem Wirkungskreis muss er als Arbeitsloser glücklich sein. Der aus dem Unterbietungswettbewerb ausgestiegene und insofern moralisch vorbildliche Leistungsverweigerer muss erfolgreich an den Arbeitsergebnissen der anderen partizipieren und andere mit seiner Leistungsverweigerung anstecken – sprich, er muss ein Parasit sein: sich von der Arbeitsbereitschaft der anderen nähren und diese Arbeitsbereitschaft gleichzeitig schwächen. Die bemitleideten Ausgegrenzten werden zu bewunderten und beneideten Parasiten, zu schillernden Figuren, bei denen man nicht recht weiß, warum es ihnen eigentlich so gut geht. Sympathisch und verführerisch, so dass man ihnen ihr Parasitentum gönnen kann. Es geht um die Leistung, in prekären Lebensverhältnissen auf ansteckende Weise glücklich zu sein. Aufruhr verursachen können, Gruppen aufmischen können – ohne das übliche Brachiale der Macher, der Alpha-Tiere. Politische Aktivisten sind oft Workoholics; es fällt ihnen schwer, das Recht auf Faulheit glaubhaft zu verkörpern; in dieser Hinsicht können sie eine mußevollere und glücklichere Zukunft nicht gut vorleben. Und die wirklich Faulen, die Couch Potatoes, einsam zu Hause, bewirken auch nichts.

Vielleicht hilft das Nachdenken darüber, was eigentlich eine sexuelle »Leistung« ist. Spontan fallen einem zuerst Sex-Sportler aus Pornofilmen ein, die ausdauernd, hochfrequent und in den allerschwierigsten Stellungen sexuelle Aktivitäten vollbringen. Aber ist es wirklich die höchste Lust, die hier dargestellt wird? Ginge es nicht viel mehr um Zartheit und Empathie, Einfühlungsvermögen; um die Kühnheit, Unsagbares auszusprechen; um rebellische Frechheit und den Humor, schräge Situationen freundschaftlich zu retten; Missverständnisse aufzuklären, zumindest von alten zu neuen Missverständnissen weiterkommen. Im Zustand der Schwäche glücklich sein.

Gefragt ist die Fähigkeit, Lust auf Respektlosigkeit wecken zu können, Respektlosigkeit gegenüber der anklagenden Selbstgerechtigkeit der Arbeitseifrigen, gegenüber dem autoritären Lohn- und Leistungs-Dogma. Respektlosigkeit, heißt nicht, die Armen zu verhöhnen, wohl aber die gesellschaftliche Idiotie, die die Armut verursacht. Es geht um den Mut, den stirnrunzelnden Selbstgerechten ins Auge zu blicken, um den Mut, ungewöhnlichen Situationen standzuhalten, nicht um Tapferkeit und Opferbereitschaft. Keine Selbstheroisierung, keine Selbstüberschätzung. Immer wieder wird die Angst vor der Armut Ressourcen binden, Potenziale lähmen, den Schwung bremsen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle wäre eine Impfung der Gesellschaft gegen Unterwürfigkeit. Eine neue gesellschaftliche Geschäftsgrundlage: Nicht mitmachen müssen, ohne Not jederzeit aussteigen können. Die Möglichkeit, unnütz und schwach und trotzdem glücklich sein können. Gefragt ist die Fähigkeit, dieses neue Lebensgefühl durch eine Coolness der Leistungsverweigerung vorwegnehmen zu können. So kann Lust auf Opposition gegen die allseits abverlangte Dienst- und Opferbereitschaft geweckt werden. So kann eine neue Welle des Fortschritts, eine Welle der Befreiung vom kleinlich-autoritären Lohnextremismus entstehen. Wobei es hier »kein Recht auf Denkfaulheit«, so Wolf-Dieter Narr auf dem Kongress zum Recht auf Faulheit in Berlin 2001, gibt. Es bleibt eine gedankliche Höchstleistung, zu verstehen, wie es gelingen kann, aus dem Schlamassel einer dumm-und-arm-machenden Leistungsgesellschaft herauszukommen. Eine bessere Welt ist möglich. Der gesellschaftliche Reichtum ebenso wie die Lust, aus dem eigenen Leben etwas Vernünftiges zu machen, sind allgegenwärtige Realität. Und doch sind die Kräfte übermächtig, die diesen Fortschritt verhindern.

Das Leistungs-Dogma, »aus eigener Kraft« sein Leben zu verdienen, erfreut sich ungebrochener Lebendigkeit und Wirkmächtigkeit. ist So kommt es, dass bei Protesten wie beispielsweise in Spanien die Jugendlichen Arbeitsplätze fordern und nicht – vernünftigerweise – einfach nur Geld. Es ist bedrückend, wie in vielen Oppositionsbewegungen international die Abschaffung der Armut reflexhaft mit der Schaffung von Arbeit verbunden wird. Hier verstellt die langwierige Nachwirkung der protestantischen Arbeitsethik den Blick auf die Möglichkeit direkter Armutsbekämpfung mittels Grundeinkommen. Jahrhunderte lang wurde »der faule Neger« (Gronemeyer 1991) von den Kolonisatoren zum Lohnarbeiter zugerichtet. Ähnlich fatal wie der europäische Calvinismus wirkt mittlerweile der Konfuzianismus in den emerging economies in Asien – Grund genug, die Kritik an einem verhängnisvollen Leistungsethos in einem internationalen Kontext zu sehen. Grund genug, auch international dafür zu kämpfen/streiten, dass für alle Menschen ein mußevolleres Leben möglich wird. ✖

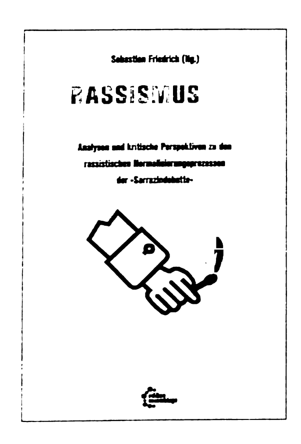


LITERATUR

✖ *Gronemeyer, Reimer (Hg.) (1991): Der faule Neger. Vom weißen Kreuzzug gegen den schwarzen Mußiggang. Rowohlt Verlag, Reinbek*

✖ *Offe, Claus (2009): Familienleistung jenseits der Marktarbeit – das bedingungslose Grundeinkommen, in: Starke Familie – Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise. Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«, 2009. Im Internet: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Starke_Familie_2_Kommissionsbericht_ganz_final.pdf*

✖ *Van Parijs, Philippe (1997): Real Freedom For All. What (if anything) can justify capitalism? Oxford: Clarendon Press*



Rassismus in der Leistungsgesellschaft

▌TOBIAS FASSMEYER

Inzwischen ist zu diesem Buch schon so vieles gesagt und geschrieben worden, dass es nicht mehr einer Buchvorstellung bedarf. Es gibt bereits eine hervorragende Rezension Siegfried Jägers bei kritisch-lesen.de[1], die die einzelnen Teile des Buches detailliert vorstellt und die zugrundeliegende These, dass Sarrazin und die nach ihm benannte Debatte nicht wegen neuer Thesen oder Aspekte zu einem ›Hype‹ wurde. Dass der Namensgeber der Debatte inzwischen ›Judengene‹ ausmacht, die Menschheit als Zuchtobjekt betrachtet und Deutsche als ›edle Lipizzaner‹ bezeichnet, spielt keine Rolle mehr, da er ohnehin nur der Stichwortgeber für eine rassistische Normalisierungsdebatte war. In der Einleitung des Buches von Sebastian Friedrich wird die ›Sarazzindebatte folglich in den Diskurs der Ungleichheit eingeordnet. Die aktuelle Variante dieses Diskurses, deren bekannteste Galionsfiguren wohl derzeit neben Sarrazin, Giordano und Sloterdijk sein dürften, ist aus der ›Finanzkrise‹ geboren. Sie erzeugt das entsprechende gesellschaftliche Klima. »Reale Abstiegs- und Ausgrenzungsängste der Mittelschicht führen zu Abgrenzungsmechanismen nach *›unten‹*.« (30) Die daraus entstehenden Abgrenzungs-, Ausgrenzungs- und in weiterer Konsequenz Abwertungsmuster werden von den 17 Autor_innen der Beiträge als verschiedene Aspekte des Kampfes der herrschenden bildungsbürgerlichen ›Elite‹ um ihre Privilegien analysiert.

Charlotte Misselwitz zeigt auf, dass bizarrer Weise ausgerechnet die Gruppe der selbsternannten ›Elite‹ ihr eigenes parasitäres Dasein ins Gegenteil verkehrt und rassistisch projiziert. Sie entwickelt einen Ansatz zur Bekämpfung dieses auf Ressentiments aufbauenden Diskurses. Und zwar schlägt sie die »narrative Spiegelung« – das Umdrehen des Spießes – als geeignetes Mittel in derartigen Debatten vor, da Vorurteile durch sachliche Argumentation nicht korrigiert werden könnten. Denn Einsicht erfordere auch eine emotionale Komponente. Dass die narrative Spiegelung wirkungsvoller sein dürfte, ist leicht nachzuvollziehen – beruht die Wirkung des hetzerischen Geschreis doch stark auf dem seit Jahren präsentierten Muster populistisch medialer Inszenierung beispielsweise als ›Zensuropfer‹ oder Vorkämpfer der ›Meinungsfreiheit‹. Und das ziemlich erfolgreich, trotz der offensichtlich dieser These hohnsprechenden Platzierung in Massenblättern wie ›Bild‹ und ›Der Spiegel‹. Dass das Stichwort Meinungsfreiheit vorzugsweise bei der Platzierung diskriminierender, rassistischer, sexistischer, antisemitischer und klassistischer Hetze auftaucht, ist aus allen Diskursen der Ungleichheit geläufig. Gabriel Kuhn und Regina Wamper analysieren dazu in ihrem Beitrag den Unterschied zwischen einer von den »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«-Propagandisten geforderten individuellen Freiheit, deren Nutznießer Privilegierte sind und einer freien Gesellschaft, in der niemand unterdrückt wird. Siegfried Jäger bezeichnet den Diskurs der Hetzer in seiner oben erwähnten Rezension treffend als ›Diabolisches Geschwätz‹. Bei einem Ausflug in die gar nicht so ferne Geschichte schwindet die Annahme, es bei diesem rassistischen Diskurs mit einem kurzlebigen Phänomen zu tun zu haben. Neben seiner Einbettung in den ungebrochenen Rassismus der bürgerlichen Gesellschaft, sind noch die Parallelen zum Kampf des Adels gegen den Verlust seiner feudalen Privilegien am Anfang des 18. Jahrhunderts frappierend. Dieser versuchte die standesmäßige Ungleichheit ideologisch mit – wen wundert's – einer Rassentheorie zu verteidigen. Auch damals wurde der Untergang der Zivilisation prognostiziert, sollte die qualitativ bessere Rasse, damals der Adel, entmachtet werden. Dieses Bedürfnis, Privilegien ideologisch zu verteidigen, entsteht nach Lukács durch die ökonomische und politische Erschütterung der Herrschaft und dem Verlust der gesellschaftlichen Funktion der Privilegierten, wodurch sich die Privilegierung zum reinen gesellschaftlichen Parasitentum entwickelt.[2] ›Ulkiger‹ Weise werden in der aktuellen ›Krise‹ durch das Bildungsbürgertum soziale Klassen rassifiziert und somit auf Rassekonstrukte zurückgegriffen, deren Bekämpfung einmal die eigene ideologische Grundlage war. Wer aber jetzt schon den Niedergang der Kapitalismus am Horizont sieht, liegt wahrscheinlich ziemlich falsch.

Und zum Schluss noch der Hinweis: Das Buch hat keine Bilder. ✖

ANMERKUNGEN

1. *http://www.kritisch-lesen.de/2011/10/ein-hype-in-all-seiner-entlarvenden-schonheit/#more-2946*
2. *Georg Lukács: Die Zerstörung der Vernunft, Der Weg des Irrationalismus von Schelling zu Hitler, Berlin und Weimar, 1984; S. 523ff*

✖ Sebastian Friedrich (Hg.), Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«, Edition Assemblage, Münster 2011, 264 Seiten, 19.80 EUR [D],
ISBN 978-3-942885-01-0

SCHWERPUNKTREZENSION



Der Extremismus der Mitte

ALBERT ZECHERU

Unter dem Titel »Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen« ist in der Reihe »Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft« der 5. Band erschienen. Klaus Ahlheim bettet in diesem die »Causa Sarrazin« in die »deutschen Zustände« ein, wie sie u. a. jüngst Wilhelm Heitmeyer in seiner 2011 abgeschlossenen Langzeitstudie bilanzierte. Vor dem Hintergrund des Bestsellers von Thilo Sarrazin »Deutschland schafft sich ab« trägt Ahlheim repräsentative empirische Befunde zu neuem Nationalstolz, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft zusammen und setzt diese in Beziehung zueinander. Aufklären will der Autor über das gegenwärtige gesamtgesellschaftliche soziale Klima in Deutschland, in welchem rechtsextreme Positionen nach wie vor implizit oder explizit auf Akzeptanz stoßen und in die politische Jugend- und Erwachsenenbildung hineinwirkt. Wissend, das »Rechtsextremismus in erster Linie kein pädagogisches, sondern ein politisches und gesellschaftliches Problem« (S. 128) ist, fragt Ahlheim dennoch nach den pädagogischen Möglichkeiten, rassistischen, antisemitischen, antidemokratischen Argumentationsweisen in der Jugend- und Erwachsenenbildung entgegenzutreten. Entgegenwirken will der Autor in seinem 160 Seiten starken Handbuch einem ernüchternden Denken zwischen blindem Aktionismus, welche politische Bildungsarbeit als Allheilmittel gegen Rechts konzipiert, und resignativer Lethargie, welche aufklärende Bildung von vornherein zum Scheitern verurteilt sieht. Ahlheim beginnt sein Buch mit einer kurzen Auswertung prominenter Repräsentant_innen aus der »Mitte der Gesellschaft«, allen voran Thilo Sarrazin. Sprechen lassen will der Autor jedoch nicht zum wiederholten Mal die Repräsentant_innen selbst. »Das Problem ist nicht Sarrazin, das Problem ist die Mitte der Gesellschaft mit ihrem ›ganz normalen Fremdenhass‹, das Problem ist ein in Deutschland weit verbreiteter Ethnozentrismus, eine neue Lust, auf Deutschland stolz zu sein, die sich allzu oft verbindet mit der Ablehnung all dessen, was irgendwie anders, fremd und damit unbequem und störend ist.« (S. 9) Die »Mitte der Gesellschaft« will sich dabei, wie es Ahlheim mit den Worten des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog sagt, »unverkrampft« zeigen. Das von Ahlheim problematisierte »neue nationale Selbstbewusstsein« der Mitte, zeigt dem Autor – im Zusammenhang mit den von ihm zusammengetragenen empirischen Erhebungen – aber vor allem eine breite Anschlussfähigkeit für Rechtsextremist_innen auf. National rückgebundener Stolz korreliert in den vom Autor diskutierten repräsentativen Umfragen signifikant mit antidemokratischen Einstellungen, Fremdenfeindlichkeit oder Antisemitismus. Das Moment der »Anschlussfähigkeit« sieht der Autor im Kern ausschließender Ideologeme: »Die ideologische Besonderheit des Rechtsextremismus, seine völkischen, rassistischen und antidemokratischen Agitations- und Argumentationsweisen lassen sich [...] auf ein wesentliches Ideologie-Element zurückführen: die Ideologie der Ungleichheit. Es ist gerade diese Ideologie der Ungleichheit mit ihren impliziten rassistisch-völkischen Diskriminierungen und Denkfiguren, die die rechtsextreme Ideologie ›anschlussfähig‹ macht an einen weit verbreiteten, in der Mitte der Gesellschaft verankerten Alltagsdiskurs mit seiner fremdenfeindlichen Ausgrenzungsideologie.« (S. 119) Weit verbreitet meint nach Ahlheim die Stärke einer Volkspartei: »Die ›Partei‹ der Fremdenfeinde, das war unser wesentliches Ergebnis für Deutschland, ist gewissermaßen eine große Volkspartei, in der sich alle sozialen Gruppierungen, alle Altersgruppen und Anhänger aller Parteien finden, Fremdenfeindlichkeit ist ein Phänomen in der Mitte der Gesellschaft.« (S. 54)

Das Problem des Rechtsextremismus sieht Ahlheim daher nicht primär in diesem selbst. Das alleinige Sprechen über Rechtsextremismus in der Gesellschaft lenkt seiner Ansicht nach vielmehr von dem Extremismus in der Mitte der Gesellschaft ab, aus dem sich der Rechtsextremismus nährt. Somit ist sein Schluss für die pädagogische Arbeit: »Wenn politische Bildung überhaupt einen Beitrag leisten will und soll zur Prävention von Rechtsextremismus, dann darf sie nicht wie gebannt auf die schon organisierten, gar gewaltbereiten und gewalttätigen rechtsextremen Personen und Gruppen starren.« (S. 123) Letztlich plädiert Ahlheim mit seinem Buch für eine weiterhin breit aufgestellte aufklärende politische Bildung in der Mitte der Gesellschaft, die er zugunsten einer rein intersubjektiven »allseits menschenfreundlichen, sensiblen, verstehenden Form von sozialtechnischer und sozialpädagogischer Intervention« in Auflösung sieht. Beides ist vielleicht nicht gegeneinander auszuspielen, sondern im Gegenteil zusammen zu denken. Mit einer politisch bewusstlosen Pädagogik ist Ahlheims Ansicht nach in jedem Fall einem Rechtsextremismus in der Mitte nicht beizukommen. ✖

✖ Ahlheim, Klaus: Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen. Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft Bd. 5, Hg. Klaus Ahlheim, Offizin Verlag, Hannover 2011, ca. 160 Seiten, 13,80 Euro. ISBN 978-3-930345-93-9

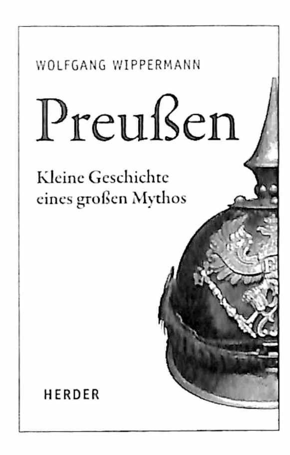


Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte

ANDREAS NOWAK

In ihrem Buch »Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte« vollziehen Wagner und Zander die einzelnen Phasen und Stränge der Sarrazindebatte nach.
Sarrazin war seit sechs Jahren Finanzsenator in Berlin, als ein Interview mit ihm in der Lettre International erschien. Aufgrund dieses Interviews wurde von zwei Berliner SPD-Gliederungen ein Parteiordnungsverfahren beantragt. Ein Gutachten von Gideon Botsch vom Moses-Mendelssohn-Zentrum der Universität Potsdam stützte die Begründung des Verfahrens gegen Sarrazin. Botsch stellte darin in Bezug auf Memmis Rassismusdefinition fest [»Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver biologischer Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der eine Aggression gerechtfertigt werden sollen.« (S. 86)], dass Sarrazins Äußerungen Motive kulturellen Rassismus bedienten (S. 87). Dennoch wurde Sarrazin 2010 nicht ausgeschlossen, da die Kommission sich auf einen biologistischen Rassismusbegriff versteifte und sie keine unzulässigen Verallgemeinerungen in den Aussagen Sarrazins erkennen wollte. Im Anschluss an die Veröffentlichung seines Buches »Deutschland schafft sich ab« 2010 wurde erneut ein Verfahren – diesmal durch den Bundesvorstand der SPD – angestrengt. Dies wurde 2011 eingestellt, nachdem Sarrazin schriftlich erklärte, dass er niemals die Absicht hatte sozialdemokratische Grundsätze zu verletzen (Grundwerte der SPD: »Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität«). Sein Bekenntnis zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie würde er in Zukunft nicht in Frage stellen lassen (S. 88 ff.). Und dies, obwohl er in seinem Buch »immer wieder zwischen biologistischen bzw. rassistischen Aussagen und einer Ideologie, der zufolge für Armut und Ausgrenzung der mangelnde Wille der Betroffenen verantwortlich zu machen sei«, wechselt (S. 23).
Es ist schon eine seltsame Verbindung, die sich in der Sarrazindebatte auftut vom Milieu der SPD über marktradikale Liberalen zur »Neuen Rechten« (S. 109 ff.) – eine Achse zwischen Sarrazin, Sloterdijk und Heisig, Henryk M. Broder, Jürgen Elsässer, Necla Kelek, Kristina Schröder und Westerwelle sowie der »Jungen Freiheit«, Pro Deutschland und der NPD. Inhaltlich wird die Brücke geschlagen zwischen antimuslimischen Ressentiments, dem »Juden-Gen«, der Verachtung der Unterschichten und dem Lob auf die Eliten, der Unterstellung von Deutschenfeindlichkeit und der Behauptung, dass Sarrazin und Konsorten das Recht auf Redefreiheit genommen würde. Dies ist die Angriffslinie der neuen Rechten und zugleich die Rückzugslinie der verängstigten Mittelschicht. Die Sarrazindebatte dient der neuen Rechten als Türöffner. Den Fuß in der Tür haben rechtspopulistische Pappnasen, die die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben, eine Partei wie die FPÖ in Österreich, SVP in der Schweiz, Wilders PVV in den Niederlanden auch in der BRD zum Wahlerfolg zu bringen. So waren die Überlegungen zu einer Gründung einer Partei rechts von der CDU – mit Sarrazin, Henkel, Guttenberg – Zeichen für die Verschiebung politischer Machtkonstellationen (S. 138 ff.). Und wer sollte sie wählen? Die verunsicherte, von Abstiegsängsten gebeutelte Mittelschicht. Und die gibt es im Umfeld der SPD und Gewerkschaften genauso wie bei kleinen Gewerbetreibenden, Angestellten und FreiberuflerInnen. Die »neue Mitte«, auf die sich die SPD bezieht, hat in Krisenzeiten einiges zu verlieren (127 ff), Geld, Status, Arbeitsplatz und Anerkennung – und nicht nur ihre Ketten. Sie jubelt, trotzdem oder weil dem Sozialstaat in der Sarrazindebatte keine Zukunft mehr gegeben wird und der Gleichheit der Menschen eine Absage erteilt wird. Wagner und Zander bieten mit ihrem Buch eine informierte Übersicht zur Debatte und gehen auf die vielfältigen politischen Zusammenhänge ein. Eine Lösung haben aber auch sie aus »gleichsam klinischer Distanz« nicht. Aber das ist kein Hindernis, das Buch zu lesen oder sich einzumischen. ✖

✖ Thomas Wagner, Michael Zander: Sarrazin, die SPD und die Neue Rechte. Untersuchung eines Syndroms. Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011, 160 Seiten. 9,95 Euro.
ISBN: 978-3-360-02062-8



Mythos Preußen

ALBERT ZECHERU

»Mit Preußen sind wir jedenfalls lange nicht fertig.« So endet der Historiker Wolfgang Wippermann seine siebzehn kurzweilige Kapitel umfassende Geschichte zu Preußen und dessen historischen Rezeption. Sein abschließendes Diktum lautet: »Ja zu Preußen, nein zum Preußentum!« Ist beides zu trennen? Der Autor des im Herder Verlag erschienen Buchs »Preußen. Kleine Geschichte eines großen Mythos« bejaht dies und will in seinem Buch »die Fakten darstellen, um [diese] dann von den Fiktionen« zu trennen. Er will wissend machen, »was Mythos und was Realität war«. Das Buch ist mit diesem Anspruch und in seiner Kürze eine Streitschrift um das Geschichtsbild Preußens. Eingang findet dabei sowohl die Geschichte Preußens als auch, darin transparent eingebunden, die Perspektive Wippermanns auf diese. Im Zentrum stehen die unterschiedlichen historischen Erzählungen zu und Bezugnahmen auf »Preußen«. Der Autor bewertet diese aus ihrem historischen Kontext heraus mit Verweis auf ihre Erzähler. Er trägt diesen Erzählungen zumeist pointiert Rechnung, indem er sie mit ihrem real-historischen Material konfrontiert. Er ist kritisch genug, um nicht damit zu enden »wie es wirklich war«, sondern bleibt bei seinem Vorhaben, die Gegenüberstellung von historischer Erzählung und historischem Ereignis als Kontrastmittel zu verwenden, um mit diesem die jeweilige ideologische Beschaffenheit der Causa »Preußen« sichtbar zu machen. Ist eine solch vorgenommene Trennung zwischen Fiktivem und Realem nicht unproblematisch, so nutzt der Autor diese, um an Bruchstellen Übergänge aufzuzeigen, sprich: wenn mit Geschichtsbildern selbst Geschichte gemacht wird. Wippermann wendet sich in seiner eigenen Erzählweise gegen eine vereindeutigende Sicht auf historisch widersprüchliche Ereignisse und Entwicklungen. Er führt gegenläufige Bewegungen in der Geschichte und ihrer Rezeption aus, ohne diese zugunsten einer Kausalgeschichte zu suspendieren. Zuweilen verstärkt Wippermann aber Widersprüchlichkeiten all zu dualistisch, um sie anschließenden als solche stehen zu lassen. Es liegt dann allein an der oder dem Lesenden, daraus schlau zu werden. So beginnt Wippermann beispielsweise das 16. Kapitel »Die Bundesrepublik und Preußen« mit der Beobachtung, dass Preußen zu Anfang der 1980er Jahre in der damaligen BRD wirklich »in« war, um dann zu fragen: »Doch war es vorher wirklich ›out‹?« Seine Zweifel untermauert er mit Verweisen auf zahlreiche positive Bezüge auf Preußen in der BRD vor 1980, wie die unreflektierte Beibehaltung von Namen von Sportvereinen wie »Borussia Dortmund« oder »Preußen Münster« oder auch von Institutionen wie der »Stiftung Preußischer Kulturbesitz« sowie dem vielfachen erinnerungspolitischen Niederschlägen in Straßennamen, in der Politik, im Schulunterricht, etc. Dennoch beendet er seine Ausführungen mit der deutlichen Feststellung: »Preußen war in den 1960er und 1970er Jahren wirklich ›out‹.« Beide Argumentationsstränge sind für sich genommen plausibel – der Zusammenhang wird jedoch nicht sichtlich. Wirklich »out« mag Preußen im damaligen West-Deutschland bis zu Beginn der 1980er Jahre in der medialen Wahrnehmung gewesen sein, während es bis dahin aber zugleich im öffentlichen Raum durchaus gepflegt wurde. Im letzten Kapitel »Preußen und Preußentum« zieht Wippermann das Resümee, dass auch der gleichzeitige »Charakter als damals moderner, leistungsfähiger und toleranter Rechtsstaat« nicht vor dem »Zusammenbruch des preußischen Militärstaats« wahrte, um nur wenige Zeilen später »eben [...] kein so moderner leistungsfähiger und toleranter Rechtsstaat« gewesen zu sein. Hier macht es der Autor seinem Gegenüber nicht leicht, das in diesem Kapitel angesprochene »Doppelgesicht« Preußens zu denken. Wippermann will hier Mehrdeutigkeiten all zu unvermittelt gleichzeitig sagen, ohne dies immer zu explizieren. Hier wird der oder die Leser_in in einem durchaus berechtigten Einerseits-Andererseits allein gelassen. Das ist schade, zumal sich Wippermann mit seinem Buch erklärter Weise mit einer »allgemein verständlichen Sprache« an alle historisch interessierten Menschen wenden will. Dem wird er durchaus gerecht. Er verprellt aber eventuell die mit Aufmachung und Sprache anvisierten interessierten Leser_innen, die eine in populären historischen Werken verbreitete Kausalgeschichte gewohnt sind, die alles erklärt, was zur Erklärung anstand.

Das Preußen »uns« noch lange beschäftigen wird, macht das Buch deutlich und bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine weitere Diskussion über »Preußen und Preußentum«. Dass beides voneinander getrennt werden kann, darin konnte der Autor den Rezensenten nicht überzeugen. ✖

✖ Wolfgang Wippermann: Preußen, Kleine Geschichten eines großen Mythos, Herder Verlag 2011. 200 Seiten, 16,95 €. ISBN 978-3-451-30475-0

DEBATTE

Eine kämpferische Perspektive: Critical Whiteness

Leserbrief zu »Das Elend der theoretischen Paranoia« aus der ZAG 58 2011

TOBIAS LINNEMANN

In der Ausgabe Nr. 58 formuliert Alban Werner eine Kritik am Critical Whiteness-»Ansatz«. Kritisiert wird der angeblich theoretische Fehler Perzeption von »Anderen« (was auch als »othering« bezeichnet werden kann) und Hierarchisierung gleichzusetzen. Kritisiert wird, dass es banal sei, dass die gesellschaftliche Mehrheit medial über-repräsentiert ist. Kritisiert wird, dass mediale Repräsentation auch die »korrekte Wiedergabe einer schlechten Wirklichkeit« bedeuten kann statt automatisch hierarchsierender Sprechpositionen. Und kritisiert wird, dass die Perspektive Critical Whiteness angeblich von einer homogenen deutschen Mehrheitskultur ausgeht. Als letztes kritisiert wird, dass eine angebliche »paranoide Betonung wahrgenommener ethnischer Unterschiede« mit einer Variante von »Political Correctness« einhergeht. Der Autor plädiert dafür »Critical Whiteness« fallen zu lassen.

Diesen Kritikpunkten ließe sich viel entgegnen. Darauf möchte ich verzichten und, statt mich an dieser Kritik abzuarbeiten, pro-aktiv dafür plädieren, die Perspektive »Critical Whiteness« bzw. kritisches weiß-Sein ernst zu nehmen.

Ich halte es durchaus für sinnvoll, wenn sich weiße »Antira«-Aktivist_innen kritisch mit ihrem gesellschaftlichen Platz innerhalb von Rassismus beschäftigen. Ich finde die Perspektive Critical Whiteness relevant für die (Selbst-)Reflexion antirassistischer und rassismuskritischer Praxis. Dabei verstehe ich »Critical Whiteness« jedoch weder als theoretisches Konstrukt noch als »Ansatz«, der gerade angesagt ist. Vielmehr verstehe ich »Critical Whiteness« als Perspektive, die aus langen schwarzen/of Color Kämpfen und schwarzer/of Color Alltagspraxis hervorgegangen ist. Sie steht für den kritischen Blick auf weiße Dominanz und auf weiße Privilegien. Sie lädt dazu ein, die Systematik der eigenen Wahrnehmung zu reflektieren und Ausblendungen zu erkennen.

Die weiße Aneignung der Perspektive Critical Whiteness ist durchaus auch kritisch zu betrachten: Ich nehme mir eine Perspektive, die nicht meine ist, und nutze sie zur Selbst-Reflexion meiner Praxis. Damit gehen verschiedene Schwierigkeiten einher: weiß-sein und weiße Themen stehen wieder im Mittelpunkt; die vereindeutigende Unterscheidung zwischen weiß und schwarz/of Color wird aus einer dominanten Position wiederholt, obwohl es ja gleichzeitig darum geht, Unterscheidungen in Frage zu stellen und zu überwinden; damit einher gehen können Homogenisierungen; Verschränkungen mit anderen Machtverhältnissen können schnell vergessen werden.

Diese Perspektive ignorieren oder fallen lassen zu wollen, ist etwas, was in vorherrschenden weißen Diskursen über Rassismus permanent passiert. Schwarze/of Color Perspektiven werden an den Rand gedrängt oder gar nicht zur Kenntnis genommen. Diese Verdrängung ist auch in der weißen deutschen (radikalen) Linken nicht außergewöhnlich. Es ist einfacher und bequemer, sich selbst außen vor zu lassen, Rassismus (oder auch Sexismus, Kapitalismus, Heterosexismus...) zu kritisieren ohne sich selbst als Teil von dem zu begreifen, was kritisiert, abgelehnt, bekämpft oder überwunden werden soll.

Die Perspektive Critical Whiteness als weiße rassismuskritisch agierende Person ernst zu nehmen, macht es eventuell schwieriger handlungsfähig zu sein, zu bleiben, zu werden. Es macht Handlungsfähigkeit jedoch gerade nicht unmöglich. Mir erscheint eine Einheit von Reflexion und Aktion sinnvoll, wie Paulo Freire sie formuliert hat. Aktion braucht (Selbst-)Reflexion, sonst führt sie zu purem Aktionismus, der Machtverhältnisse vielleicht stärkt oder wiederholt, statt an ihnen zu rütteln. Reflexion braucht Aktion, um nicht in einem Verbalismus zu verbleiben, bei dem nicht gehandelt wird.

Der weiße Rapper Promoe aus Schweden singt in seinem Song »white mens burden« treffender Weise:

»The white man's burden is not what you heard it is
It ain't about a mission to christian the heathens
But it's connected to that vision of us as superior beings [...]
Think, who am I in this system?«

In Anlehnung daran schlage ich folgende Fragen für die (Selbst-)Reflexion weißer antirassistischer Praxen vor:

- Wer bin ich in diesem System Rassismus, das auf der Idee weißer Überlegenheit aufbaut?
- Wann vergesse oder ignoriere ich, von welchem gesellschaftlichen Ort aus ich spreche und handle?
- Wo mache ich Menschen zu »Anderen«, zu »Nicht-Deutschen«, zu »Nicht-Dazugehörigen«, während ich selbst als zugehörig gelte?
- Welche Denk-, Unterscheidungs- und Einteilungsmuster wirken in mir?
- Wo verletze ich durch mein eigenes Sprechen und Handeln?
- Wie verletzt Rassismus mich selbst?
- Wann meine ich zu wissen, was für Menschen, die Rassismus erfahren, das Beste ist?
- Wo gehe ich davon aus, dass meine Perspektive für alle Menschen gelten müsste oder dass meine Perspektive neutral ist?
- Wo spreche ich paternalistisch für Andere?

Ich gehe davon aus, dass eine Beschäftigung mit diesen Fragen eine weniger dominante und weniger gewaltvolle rassismuskritische Praxis möglich machen kann. ✖

NÄCHSTE AUSGABE

Call for Papers ZAG 61

Critical Whiteness auf dem Prüfstand

ZAG

Das Konzept Critical Whiteness hat eine Erfolgsgeschichte, die sich seit den 1990er Jahren enorm beschleunigt. Zunächst wurde Critical Whiteness vor allem in der akademischen Rassismusforschung in den USA geprägt und verbreitete sich international sowohl in der Forschung als auch in der Antidiskriminierungspolitik und der Antirassismusarbeit.

Ein Grund für den Erfolg von Critical Whiteness ist vermutlich der Perspektivenwechsel. Antidiskriminierungspolitik und antirassistische Arbeit haben über lange Zeit und an vielen Orten die Lage und die Potentiale der von rassistischen Ausschlüssen Betroffenen Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Dabei ging es vor allem um das Empowerment der Betroffenen. Und letztlich lag dem ähnlich wie bei der Frauenförderung ein Defizitansatz zugrunde: Die Betroffenen müssten unterstützt werden, weil sie es alleine nicht schafften. Die kritische Weißseinsforschung überzeugt dadurch, dass sie die Blickrichtung umkehrt und auf die Privilegien der weißen Dominanzgruppe lenkt. Die Perspektive Critical Whiteness untersucht die Konstruktion dieser Normalität, den Anspruch auf Universalität und die blinden Flecke, die mit dieser gesellschaftlichen Machtposition weißer Dominanz einhergehen und stellt sie in Frage.

Und auch über die antirassistische Arbeit liefern Critical Whiteness-Studies Erkenntnisse, wie zum Beispiel die Studie von Anja Weiß mit dem Titel Rassismus wider Willen. Darin zeigt sie, wie sich kulturell geprägte rassistische Strukturen auch in antirassistischen Gruppen reproduzieren können. Das Konzept der Critical Whiteness wird daher oft in pädagogischen Zusammenhängen verschiedentlich verwendet, um die Wahrnehmung der eigenen weißen Privilegien zu schärfen und so einen bewussteren, gleichberechtigteren Umgang zwischen rassistisch Privilegierten und Ausgeschlossenen zu ermöglichen. Denn die eigenen Privilegien sind oft eine Art blinder Fleck. Benachteiligungen werden dagegen sehr leicht wahrgenommen.

Dennoch ist der Ansatz, wie er sich in der politischen Auseinandersetzung und der antirassistischen Arbeit darstellt hin und wieder Kritik ausgesetzt. So wurde Critical Whiteness wegen seines angeblichen Akademismus und Kulturalismus kritisiert und es war die Rede von einer Unschärfe des verwendeten Rassismusbegriffs. Zudem würden neue Spaltungslinien eröffnet bzw. andere verdeckt. Inwieweit sind diese Kritikpunkte berechtigt – treffen sie die Perspektive Critical Whiteness überhaupt oder treffen sie nur bestimmte Vertreter_innen?

Seit Herbst 2010 diskutieren wir im Umfeld der ZAG kontrovers über das Konzept Critical Whiteness und seine Brauchbarkeit in der praktischen Arbeit antirassistischer Gruppen. Dabei haben wir den Eindruck gewonnen, dass es bei vielen Menschen, die sich antirassistisch engagieren ein großes Interesse an dem Ansatz gibt, aber relativ wenig fundiertes Wissen darüber. Um die Debatte voran zu bringen, wollen wir im nächsten Schwerpunkt Informationen und Diskussionsbeiträge zu Critical Whiteness präsentieren.

Deshalb lautet der Schwerpunkt der ZAG 61: »Critical Whiteness auf dem Prüfstand«. Dabei möchten wir auch die theoretische Seite des Critical Whiteness Ansatzes betrachten und so eine fundierte Grundlage für die Diskussion schaffen. Unser Hauptinteresse liegt darin, Erfahrungen aus der praktischen antirassistischen Arbeit in den Fokus zu stellen. Welche Chancen und Schwierigkeiten habt ihr in eurer konkreten antirassistischen und bildungspolitischen Arbeit mit Critical Whiteness erfahren?

Dabei können wir uns für viele der folgenden Fragestellungen Vergleiche mit anderen Ansätzen vorstellen, bzw. die Fragestellung in den Raum stellen, welche Erkenntnisse und Reflektionen euch mit Critical Whiteness möglich waren, auf die ihr sonst nicht gekommen wäret? Und welche Schwierigkeiten ergaben sich?

- Woher kommt Critical Whiteness? Gibt es verschiedene Strömungen? Was sind die theoretischen und praktischen Herkünfte?
- Was meint Whiteness? Geht dabei um Identitäten, um gesellschaftliche Machtverhältnisse oder um soziale Konstruktionen?
- Was für ein Rassismusbegriff wird im Critical Whiteness Ansatz verwendet?
- Welche Begriffe von politischer und gesellschaftlicher Praxis liegen Critical Whiteness zugrunde?
- Welche Dimensionen rassistischer Unterdrückung (Ressourcen, Wissen, Kultur, Macht) werden beschreibbar? Welche werden eher vernachlässigt?
- Welche Vor- und Nachteile bietet die Perspektive der Critical Whiteness Studies für die Analyse rassistischer Praxis?
- Welche Erfahrungen gibt es in der antirassistischen Arbeit und in der politischen Bildungsarbeit mit Critical Whiteness?
- Welche Bedeutung haben die Ungleichheitsdimensionen Geschlecht, Klasse, und Alter in der Praxis mit Critical Whiteness?
- Was können weiße Gruppen, reine people of colour -Gruppen und gemischte antirassistische Gruppen jeweils durch den Ansatz gewinnen?
- Können weiße Gruppen mit dem Critical Whiteness Ansatz antirassistische Arbeit machen? Wie können sie den blinden Fleck ihrer eigenen Privilegierung berücksichtigen?
- Wie geht Bildungsarbeit mit Widerständen und Unverständnis bezogen auf den Critical Whiteness Ansatz um?

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.
Artikel sollten bis zu 12.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.
Formatierungshinweise senden wir auf Wunsch.
Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
Der Redaktionsschluss ist der 3. Juni 2012.
Wir freuen uns aber auch über früher eingereichte Beiträge.
Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge und Kritiken an
redaktion@zag-berlin.de.

MEHR INFOS

- *über die ZAG unter www.zag-berlin.de*

KURZ VORGESTELLT



Lotta #46

JANA KRTEK

»Nationalsozialistischer Untergrund« lautet der aktuelle Schwerpunkt der antifaschistischen Zeitung Lotta. Die Beiträge gehen auf die Geschichte und Kontinuitäten der militanten und mörderischen Nazi-Szene in Deutschland ein. Das Zwickauer Mordtrio, das 2011 aufflog, ist eben kein »neuer Rechtsterrorismus«, wie verharmlosend von Behörden und Politik behauptet wird (»Nationalsozialistischer Untergrund«). Die Chronik der Morde, Brandstiftungen und Hetzjagden reicht weiter zurück (»Schlüsseljahrzehnt des Neonazismus«). Die Verbindungen zwischen staatlichen Organen und Nazis ist so alt wie die Bundesrepublik. Die offizielle Bestürzung ist groß, doch: »13 Jahre lang war der Staat nicht in der Lage oder willens, drei bekannte Neonazis ... zu finden« (»Unter staatlicher Aufsicht«). Die von ihnen verübten Morde haben in der Naziszene unterschiedliche Reaktionen ausgelöst, strategische Distanz bis zu offener Sympathie und sogar der Vermutung, dass man es hier mit einer Verschwörung des VS gegen die Rechte zu tun hätte (»Zwischen Verherrlichung und Schuldverschiebung«). Eine schöne Nummer und auch außerhalb des Schwerpunktes mal wieder absolut lesenswert. ✖

✖ Lotta. Antifaschistische Zeitschrift aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 46, Winter 2011/2012, 3 Euro. ISSN: 1865-9632.
Web: projekte.free.de/lotta



Bilderschule der Herrenmenschen

KLAUS MÜLLER

Wer kennt sie nicht aus seiner Kindheit, die kleinen Fußball-Sammelbildchen in Süßigkeiten, die mensch auf dem Schulhof tauschen konnte und für die es Sammelalben zum einkleben gab. Im späten 19. und beginnenden 20. Jahrhundert gab es das auch schon, nur bei weitem nicht so harmlos: »Neger« tragen »Weiße Forscher« in der Sänfte durch den Busch, in Herrenmenschen-Pose zeigt der »Weiße Doktor« den »kleinen Negerkindern« im Dorf, was zu tun ist, Der »heroische Soldat« (natürlich weißer Europäer) kämpft, waffentechnisch weit überlegen, gegen »schwarze Horden«. In diesen damals zu Produkt-Werbezwecken verteilten Sammelbildchen wurden so ziemlich alle Stereotype des Fremden und der eigenen kulturellen Überlegenheit reproduziert, die zu dieser Zeit im Umlauf waren und so eine »Bilderschule der Herrenmenschen« für Kinder und Erwachsene geschaffen, mit der das Gefühl der eigenen Überlegenheit tief im Alltagsbewusstsein verankert wurde. Im vorliegenden Buch werden, nach einem einleitendem Text, viele dieser damals im Umlauf befindlichen Sammelbildchen abgebildet und mit erläuternden Texten kritisch das Zeitgeschehen und die bildliche Darstellung der Interessen der Herrschenden beleuchtet – eben die »Bilderschule der Herrenmenschen«. ✖

✖ Joachim Zeller: »Bilderschule der Herrenmenschen – Koloniale Reklamesammelbilder«, Ch. Links Verlag, Berlin, 2008 (noch immer erhältlich), 483 Abbildungen farbig, 256 Seiten, € 39.90
ISBN: 978-3-86153-499-0

ANZEIGEN

BACKLIST

2011 **Nr.59** Antiziganismus in Europa **Nr.58** It's All Natural **2010** **Nr.57** Krieg! Im Westen nicht Neues? **Nr.56** Islambilder 2 **2009** **Nr.55** rasse·kultur·macht **Nr.54** Osteuropas rechte Ränder **2008** **Nr.53** Homophobie **Nr.52** Antidiskriminierung **2007** **Nr.51** Grenzerfahrungen **Nr.50** Verschwörungen **2006** **Nr.49** Nationale Befreiungsbewegungen **Nr.48** Die Türkei in Europa **2005** **Nr.47** Produktionen des Westens, Gemeinsame Ausgabe mit: ›kleine anfrage‹ **Nr.46** Lechts und Rinks **2004** **Nr.45** Migration von Frauen (*) **Nr.44** Migrationsmanagement (*) **2003** **Nr.43** Antiziganismus (*) **Nr.42** 911 Turbo **2002** **Nr.41** Monster AG **Nr.40** Blitzkultur **2001** **Nr.39** Antisemitismus (*) **Nr.38** Abschiebeknäste **2000** **Nr.36/37** Zimmer ohne Aussicht **Nr.35** Schengenland (*) **Nr.34** Islambilder **1999** **Nr.33** Konzepte antirassistischer Arbeit **Nr.32** Die Bilder-Zag **Nr.31** Gesundheit als Privileg **Nr.30** Das Ende der Tabus **1998** **Nr.29** Sport und Rassismus **Nr.28** Innere Sicherheit light - Alternative Sicherheitskonzepte **Nr.27** Antirassistische Jugendarbeit **Nr.26** MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt **1997** **Nr.25** Arbeit mit Illegalisierten - Wege aus der Illegalität **Nr.24** Globale Migrationskontrolle **Nr.23** Mobilität **Nr.22** City 2000 **1996** **Nr.21** Balkan, Krieg und Flucht **Nr.20** Ökologie **Nr.19** Einwanderungspolitik **Nr.18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit: ›Arranca!‹ (*) **1995** **Nr.17** Alltag-Kultur-Rassismus **Nr.16** Europa **Nr.15** Illegalisierung (*) **Nr.14** Deutscher Antirassismus?, Gemeinsame Ausgabe mit: ›off limits‹ **1994** **Nr.13** Polizei und Justiz **Nr.12** Rassismus und Soziale Frage **Nr.11** Innere Sicherheit **Nr.10** Rassismus und Bildung **1993** **Nr.9** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen (*) **Nr.8** Ausweisung und Abschiebungen (*) **Nr.7** Rassismus und Bildung (*) **Nr.6** Gleiche Rechte für alle / Lagerkampagne (*) **1992** **Nr.5** Roma in der BRD / Rostock (*) **Nr.4** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda (*) **Nr.3** Wer schweigt, stimmt zu **Nr.2** Greift ein! - Schaut nicht weg **1991** **Nr.1** Rassismus tötet

(* = leider vergriffen)

ISSN: 2192-6719

IMPRESSUM

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, E-Mail: redaktion@zag-berlin.de, Telefon +49 (0) 30 7857281, Fax +49 (0) 30 6913005, **Internet**: www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 303 96 01, **Gestaltung:** :::rainGroup **Druck:** Fata Morgana, **Gewerbliche Anzeigen:** Es gilt Anzeigenpreisliste 01. April 2007, **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement**: http://www.zag-berlin.de oder ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt**. **Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.